

10 Jahre Autonomes Blättchen

Anarchists
Celebrate
**Autonomes
Blättchen**

autonomes
Blättchen

Dez19 • Feb20 #39



10 Jahre Autonomes Blättchen!

Krass, wer hätte das gedacht! Und noch ein Ausrufungszeichen: Bämm! Vor 10 Jahren haben manche von euch und von uns quasi noch in die politischen Windeln geschissen - andere kamen 2009 noch ohne Leiter über Zäune und ohne Brille bis zum Infoladen. Manche lassen das Blättchen mittlerweile links liegen, und viele haben es in den letzten Jahren erst entdeckt. Wir sind froh und ein wenig stolz, so ein lebendiges Projekt mitgestalten zu können. Wir bekommen viele positive Reaktionen und kriegen mit, dass viele Texte die fürs Blättchen geschrieben wurden, in Deutschland, Österreich und der Schweiz diskutiert werden. Das ist gut, denn wir finden, dass ein paar wichtige Debattenbeiträge in den letzten Jahren dabei waren. Schließlich sind wir als einzelne Personen und als Projekt Teil der Kämpfe, über die im Blättchen berichtet wird. Wir sind nicht die Chronist_innen dieser beschissenen Zeit. Wir demonstrieren auf den Straßen, bekämpfen Faschist_innen, schleichen Nachts durch dunkle Gassen - und hin und wieder schreiben wir Texte, fragen welche an und sammeln welche ein. Das Autonome Blättchen war immer eine Zeitung, die aus den Kämpfen entstand, die weltweit geführt werden. Wir sind ein Teil davon.

Was wir nicht übersehen können ist, dass die Verhältnisse in den letzten 10 Jahren politisch beschissener geworden sind. Unsere Mühen, unser Wissen und unsere Fähigkeiten reichen nicht für große Sprünge. Welchen Beitrag haben wir also geleistet? Haben Texte aus dem Blättchen zu einer anderen Form des Kampfes, der Sozialität und des Begreifens von Gesellschaft geführt? Wurde kritisches Bewusstsein geschaffen oder Debatten angeregt? Wir überlassen die Antwort euch, werte Leser_innen. Und perspektivisch? Welche Perspektiven sehen wir in unseren Kämpfen? Wo steht die Welt, wo stehen wir in den kommenden 10 Jahren?

Als Mutmacher gibt es jetzt schon mal das 4fache ACAB. Ja wo denn? Wie denn? Warum? Wo gab es das jemals? Vorne, hinten, in der Mitte und... im Infoladen. Denn das mittlere Plakat zum Herausnehmen, gibt es auch in Groß! Und in Farbe! Und gegen Spende! Weil es geil aussieht

und damit etwas Geld reinkommt. Fragt in eurem Infoladen nach oder bestellt es bei www.black-mosquito.org Verschenkt es an Freund_innen, Eltern, Kolleg_innen und Autobesitzende. Wir greifen inhaltlich mit dem Plakat sowohl die aktuellen Auseinandersetzungen um Klimapolitik, die Gelbwesten, G20-Soli, Militanz und Bullenhass auf. Da ist für Jede_n was dabei. Ok, es ist jetzt keine intellektuelle Höchstleistung geworden, stimmt. Aber für den WG-Flur sollte es reichen, oder? Eigentlich wollten wir für diese Ausgabe noch ein Glitzercover machen, unsere Lieblings-CDs dazupacken, Aufkleber reinlegen, Champagnergutscheine verteilen und so weiter. Aber das Geld fehlt. Es ist, wie es ist.

Nochmal einen Schritt zurück: Das Autonome Blättchen entstand als Teil der Soli-Arbeit für einen Genossen aus Hannover. Dieser wurde von den Bullen für einen gescheiterten Brandanschlag auf einen sehr großen reetgedeckten Pavillon verantwortlich gemacht, in dem alljährlich das Orchester der 1. Panzerdivision der Bundeswehr zum Tanze für Militarist_innen aufspielte. Zum Glück wurde das Verfahren letztendlich eingestellt - und zum Glück steckten Unbekannte das Ding ein Jahr später erfolgreich in Brand. Diese Aktion war Teil einer damals entstehenden Welle antimilitaristischer Aktivitäten in Hannover und in der BRD. Es verging einige Jahre kaum ein Woche ohne antimilitaristische Aktionen. Das Blättchen bezog sich zu Beginn schwerpunktmäßig auf diese Bewegung und machte deshalb auch weiter, als die lokale Repression wegen des doofen Pavillons versandete. Eine zeitlang gabe es noch viele lokale Bezüge zu Hannover in unserem Lieblingsmagazin. Im Laufe der Jahre änderte sich das Aussehen der Zeitung und auch die inhaltlichen Schwerpunkte immer mal wieder. Das langweilige Lay-out von heute hält sich jedoch schon eine ganze Weile. Es ermöglicht immerhin viel Text auf wenig Platz. Die Redaktion war immer dem sozial-revolutionären autonomen Spektrum zugehörig. Aber mit den immer mal wieder wechselnden Mitgliedern gab es trotzdem auch unterschiedliche Schwerpunkte. Spätestens seit den arabischen Aufständen 2011 war das Blättchen thematisch entgültig der niedersächsischen

Impressum:

Nr. 39 Dez19 - Feb20

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647
5D93 E37A 4489 E058 5969

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:
1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

Inhalt:

Widerstand gegen Abschiebebehörde!	4
Von Parkbänken	5
Die Knastgesellschaft meucheln	7
Chile – Die Wut hat kein Ende	8
Athen: Feuerangriff auf Polizeistation Zografou	9
Im Iran wird es keine Versöhnung mehr geben	10
Vonovia den Kampf ansagen!	12
Sozialrevolutionäre Stadtentwicklung	12
Feuer auf Großbaustelle der CG-Gruppe	19
Grüße aus Connewitz	22
Verbotsandrohung gegen de.indymedia.org	22
[LE] Fight Cops	24
[H] Farbe und Kleber für die AfD	25
Brief einer anarchistischen Internationalistin	25
Munitionshersteller angezündet	27
Unser Kampf bedeutet Frieden	32
Baubeginn in Qamislo	33

Kriegsprofitierende sabotieren!	37
Feuer und Flamme den Immobilienhaien	37
Burn all prisons and those who build them	37
Wagen von Johnson Control brennt	37
Keine Räumung ohne Folgen:	38
Squatting-Days in Freiburg	39
Nachrichten aus der Zwischenwelt	40
„Die Nudelwochen sind vorbei“...	41
Wie der Staat mordet	42
Erweiterte DNA-Analyse	44
Bure/F: Die Rückkehr der Eulen	46
[B] Tu Mal Wat mit Feuer	48
[B] Tu Mal Wat für Ende Geländewagen	49
CLIMATE CRIMES	50
Klimapolitik - noch schlechter als ihr Ruf	51
Der Gig-Economy die Luft rauslassen	
– UBER plätten!	54
direct action for future	59

Provinz entwachsen und wurde zu dem, was es heute ist: ein Projekt der Gegenöffentlichkeit, das politischen Aufbrüchen, sowie militanten Aktionen und Debatten Raum bietet. Aus den Augen verloren wurde etwas der politisch-kulturelle Bereich, der früher eine größere Rolle spielte. Aber da ist das Blättchen auch ein Spiegel der Zeit...

An dieser Stelle der unvermeidliche solidarische Gruß an all die neuen Zeitungsprojekte die in letzter Zeit entstanden sind und an die alte Interim aus Berlin. In den letzten 10 Jahren haben einige Zeitungsprojekte aufgegeben. Der Informationskonsum hat sich leider bei vielen Aktivist_innen kulturell und politisch weitestgehend gegen das Konzept der Gegenöffentlichkeit durchgesetzt. Wir halten weiterhin dagegen, solange das Geld für ein analoges, verdeckt hergestelltes Zeitungsprojekt reicht. Versprochen!

Es gibt ja zum Glück immer wieder miliante Aufbrüche. Es wäre schön, wenn die sich noch mehr im Blättchen wieder spiegeln würden. Dazu müsste allerdings etwas mehr geschrieben werden. Und das mal nebenbei: Wenn ihr eure Anschlagserklärung in das Blättchen haben wollt, müsst ihr es uns auch zuschicken! Ist nicht schwer. Wer heimlich Feuer legt, Farbbömbchen wirft, Nazis umnietet oder Infrastruktur sabotiert und das indymedia mitteilt, sollte es auch schaffen, uns sicher eine Mail, einen Blogkommentar oder einen Brief zu schicken. Hinterher meckern lässt uns echt kalt. Soviel dazu.

Wir fragen uns schon, warum relativ wenig geschrieben wird. Es wird kaum schriftlich debattiert. Ist die Verstümmelung der Denk- und Ausdrucksweise durch die Smartifizierung daran schuld, wie einige von uns befürchten? Wie entsteht ein sich stärkendes Miteinander von Debatte und Handlung, von Theorie und Praxis? Ja, durch

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

das dialektische Verhältnis zueinander, schon klar. Aber bitteschön: Her mit den Berichten aus der Praxis und her mit den Debattenbeiträgen! Uns fehlt zu so Vielem eine Einschätzung oder wenigstens ein Bericht, der nicht aus bürgerlicher Perspektive erzählt wird.

Es gäbe genug zu betrachten. Wir erleben gerade das finale Scheitern der „Revolutionen von oben“. Was in Venezuela gescheitert war, ist jetzt in Bolivien zum erputschten Sieg der Rechten geworden. Es sollte jetzt auch den Letzten klar werden, dass es keine revolutionäre Machtübernahme eines Staates geben kann, die in unserem Sinne wäre. Darüber müssen wir nicht diskutieren - aber wir wollen gerne wissen und verstehen was zur Zeit in Südamerika los ist. Ein paar Betrachtungen über den Auftsand in Chile haben uns zum Glück erreicht. Was ist mit Hong-Kong, wo so viele Leute ihre Freiheit und ihr Leben riskieren? Wir suchen weiterhin Texte dazu. Wie sieht die Situation in Rojava aus, nachdem die Türkei einmarschiert ist? In den bürgerlichen Medien herrscht dazu eisernes Schweigen, damit Erdogan sich nicht ärgert. Wir wünschen ihm übrigens den Tod an den Hals, ohne mit der Wimper zu zucken.

Und wir hätten gerne mehr Texte zur Diskussion über die Klimaveränderungen und ihre gesellschaftlichen Folgen.

Dieses politische Feld nicht zu beackern, wäre ein Fehler, denken wir.

In diesem Heft findet ihr spannendes zu vielen Themen. Ein Blick ins Inhaltverzeichnis dürfte überzeugen.

Wir bekommen ja einiges zugeschickt, was wir nicht abdrucken. Zum Jubiläum gönnen wir euch einen kleinen Einblick in unser Geheimarchiv. Im Heft findest du ausgewählte Sätze und Texte die wir allein im Laufe der letzten Monate zugeschickt bekommen haben und die wir nicht abgedruckt haben. Wir bekommen oft verwirrende Texte zugeschickt und wollen euch mal einen Eindruck vermitteln. Aber dies soll kein Dissen derjenigen sein, die sie uns schicken - oft sind die Textfragmente irritierend unterhaltsam oder beklemmend - manchmal will man uns auch nur verhöhnen. Aber lest selbst die Nachrichten aus der Zwischenwelt.

Achso, wegen chronischen Geldmangels reduzieren wir die Auflage etwas. Wenn bei euch also ein paar Exemplare weniger ankommen, seid nicht allzu traurig, sondern spendet, spendet, spendet.

Effektiver Widerstand gegen Abschiebebehörde!

Brandanschlag auf die Ausländerbehörde in Göttingen

Dokumentation: „Es geht hier nicht um Meinungsfreiheit! Der ehemalige Innen- und Außenminister Thomas de Maiziere kommt wieder nach Göttingen.

Er möchte hier sein Buch „Regieren“ vorstellen.

Wir haben das zum Anlass genommen, einen Teil des menschenverachtenden Systems, für welches auch er in seiner Person steht, anzugreifen.

Es sterben Menschen! Jeden Tag!

Sei es im Mittelmeer durch unterlassene und behinderte Seenotrettung, an den Grenzen der Festung Europa oder durch deutsche Waffen, die seit langem im Wissen der Bundesregierung nicht nur an die faschistische Türkei, sondern von dieser auch an dschihadistische Milizen und sogar den Islamischen Staat geliefert werden. Es ist zutiefst zutreffend, zu sagen „Die Politik von Politiker*innen wie Thomas de Maiziere ist eine mörderische Politik!“.

Und wenn es doch noch Menschen auf der Flucht bis nach Deutschland schaffen, treffen sie hier auf ein System, aufgebaut auf Unterdrückung, Repression und Schikane. Das Ziel: Möglichst viele Menschen möglichst schnell wieder abzuschieben.

Die Ausländerbehörde hier in Göttingen leitet Abschiebungen ein und lässt Polizeikommandos nachts unangekündigt in Wohnungen

stürmen, reißt Menschen aus dem Schlaf, aus ihrem Leben, aus ihrer Sicherheit, und verschleppt sie in Armut, Unterdrückung oder den Tod. Daneben werden Menschen, die vor deutschen Waffen fliehen, hier kriminalisiert. De Maiziere trägt die Verantwortung für Verbote von kurdischen Vereinen und Symbolen und linken Medienplattformen. Soviel zum Thema Meinungsfreiheit.

Das muss aufhören!

Wir wollen der rassistischen und mörderischen Abschiebep Praxis der BRD nicht länger tatenlos zusehen und fordern alle auf, sich auch weiterhin gemeinsam diesem menschenverachtenden System entgegenzustellen, mit allen notwendigen Mitteln.

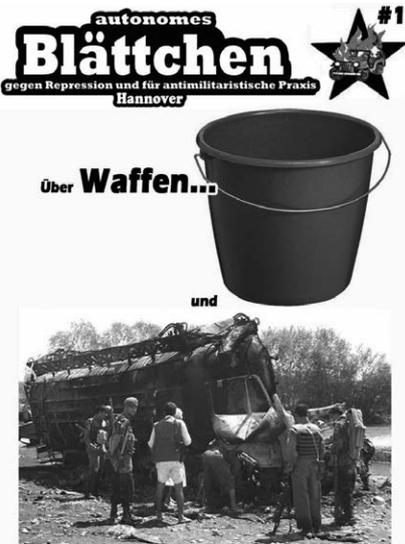
Die Ausländerbehörde und ihre Mitarbeiter*innen sind Teil dieses Systems und tragen auch persönlich Verantwortung für ihr Handeln. Hört auf, Menschen rassistisch und respektlos zu behandeln. Sonst hat das Konsequenzen! Kündigt lieber eure Jobs!

Im Angesicht von Leid und Tod Tausender, die unter dem deutschen Abschiebe- und Abschottungsregime leiden, stellen wir klar: Wir meinen es ernst!

Wir werden tun was nötig ist, um wirkungsvoll gegen dieses alltägliche Verbrechen vorzugehen! Auch wenn es dafür all unseren Einsatz und Mut braucht. Es geht nicht anders!

Feuer und Flamme allen Abschiebebehörden!
Bewegungsfreiheit für alle!“

anonym



...friedenserhaltende Maßnahmen

Von Parkbänken

und nervösem Ermittlungseifer in Hamburg

Zu den Ermittlungen gegen 3 Hamburger_innen

In der Nacht zum 8. Juli wurden drei Personen von zivilen Einsatzkräften der Hamburger Polizei in einem Park in Eimsbüttel kontrolliert. Ihre Sachen wurden durchsucht und dabei angeblich Gegenstände gefunden, die darauf hindeuteten, dass sie einen Brandanschlag hätten verüben wollen. Alle drei wurden daraufhin in Haft genommen. Im Anschluss erfolgten die obligatorischen Hausdurchsuchungen bei den 3en, die seit dem von allen nur noch ‚Die 3 von der Parkbank‘ genannt werden. Eine Person von ihnen kam schon am nächsten Tag gegen Auflagen wieder frei. Die anderen beiden sitzen seit dem in Untersuchungshaft im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis in Hamburg. Vorgeworfen wird ihnen die gemeinsame Vorbereitung einer schweren Brandstiftung. Die andauernde Haft wird mit einer angeblichen Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe begründet, der dringende Tatverdacht mit der Einbindung in die autonome/ anarchistische Szene.

In mehreren Artikeln in der Hamburger Presse, die den Zeitungen ziemlich deutlich vom Staatsschutz und der Staatsanwaltschaft direkt in die Feder diktiert wurden, stand zu lesen, dass es schon länger andauernde Observationen gegeben haben soll. Ob gegen alle drei oder einzelne wurde nicht deutlich formuliert. So soll aber zumindest eine Person den betreffenden Tag über observiert worden sein. Angeblich soll er dabei beobachtet worden sein, wie er Benzin kauft und in einer Kleingartenanlage verschwindet. Im Laufe der Veröffentlichung weiterer Artikel wandelten sich Einzelheiten in der Darstellung. So wurde später nichts mehr davon geschrieben, dass die drei schon seit längerem observiert wurden, oder, dass sie beim Vorbereiten von Brandsätzen beobachtet worden seien, nachdem gerade dies anfangs ein großes Thema war. Auffällig war in allen Veröffentlichungen, dass von Beginn an vor allem ein Beschuldigter in den Medien zu einem Hauptbeschuldigten aufgebaut wurde, zu einem berüchtigten autonomen Rädelsführer mit internationalen Kontakten. Gleichzeitig wurden zumindest in einem Artikel demonstrativ Szenetreffpunkte, Läden und Zentren benannt. Diese direkt aus den Büros des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft stammende Presseberichterstattung ist zum einen natürlich die propagandistische Begleitmusik und das Abfeiern des eigenen Erfolgs. Zum anderen bereiten sie aber auch die Öffentlichkeit auf verschiedene Verfahrensvarianten vor und verkaufen die Festnahmen als Schlag gegen die gesamte radikale Linke.

Wir gehen davon aus, dass es schon seit längerem, zumindest temporäre sich über Monate hinziehende Observationen, gegen verschiedene Strukturen in Hamburg gab und gibt. Sowohl vom Staatsschutz als auch vom Verfassungsschutz hat es solche Überwachungsmaßnahmen in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Diese

Maßnahmen richten sich vor allem gegen Strukturen, denen unterstellt wird, sie könnten eine militante Praxis verfolgen. Die Versuche der Infiltration durch verdeckte Ermittler in den letzten Jahren hatten im Wesentlichen genau diese Zielrichtung. Solche Maßnahmen laufen in der Regel nicht im Zusammenhang mit einem Strafverfahren, sondern im Rahmen des Polizeigesetzes zur Gefahrenabwehr. Die Begründung der Gefahrenabwehr wegen militanter Aktionen ist auch immer wieder das Zauberwort, wenn die G10 - Kommission des Senates geheimdienstliche Überwachungen durch den Verfassungsschutz in Hamburg genehmigt. Gerade im Vorfeld von größeren Ereignissen oder zu Jahrestagen, an denen es erfahrungsgemäß zu symbolischen militanten Aktionen kommt, fährt der Repressionsapparat die Intensität solcher Überwachungsmaßnahmen nach oben. Mit dem Ziel mögliche militante Aktionen zu verhindern und um endlich einmal einen Ermittlungserfolg im Zusammenhang mit militanten Interventionen vorweisen zu können. Nachdem es schon 2018 zu Aktionen zum 1. Jahrestag des G20 gekommen war, lag es für den Staatsschutz dementsprechend nahe, auch 2019 von Aktionen auszugehen. Observiert wurden vermutlich alle diejenigen, von denen polizeiliche und geheimdienstliche Erkenntnisse vorliegen, dass sie möglicherweise an militanten Aktionen beteiligt sein könnten. Auch wenn im Zusammenhang mit den Festnahmen von verschiedenen Seiten immer wieder vermutet oder spekuliert wurde, dass es einen direkten Bezug zum G20 gäbe, gehen wir nach allem was bisher bekannt ist, nicht davon aus, dass es ein schon länger andauerndes Ermittlungsverfahren gegen bekannte und konkrete Personen im Zusammenhang mit G20 gibt. Abgesehen von den Ermittlungen, die sich aus den Fotofahndungen der SoKo Schwarzer Block ergeben haben. Auch wenn die Festnahmen vom Juli 2019 immer wieder im Zusammenhang mit G20 betrachtet oder gestellt werden, ergibt sich für uns der Zusammenhang zum G20 aus der zeitlichen Nähe zum Jahrestag des G20, vor allem aber auch aus den klandestinen militanten Aktionen, die sowohl in der Mobilisierung gegen den G20 und danach stattgefunden haben. Den Bullen sind diese inhaltlichen Zusammenhänge aber vermutlich erst einmal egal, denn für sie stehen die militanten Strukturen an sich im Fokus, egal mit welchen Themen diese sich gerade beschäftigen.

Das Hauptinteresse der Polizei ist jetzt den dreien die Planung einer militanten Tat und weitere Beteiligungen an militanten Aktionen der letzten Zeit und vor allem die Bildung einer größeren Struktur nachzuweisen. Der Staatsschutz steht dabei deutlich unter Druck. Die Hambur-



ger Polizei tappt seit fast 25 Jahren weitestgehend im Dunkeln, was militante Aktionen in Hamburg angeht. Die Geschichte des Misserfolgs der Hamburger Polizei ist es, nicht geschafft zu haben, an Strukturen und Aktivist_innen wie die autonome zelle zum gedenken an ulrike meinhof, Akteure militanter Antifaaktionen oder die verschiedenen Gruppen, die kontinuierlich Aktionen gegen Politikerinnen und Repräsentanten der Wirtschaft oder den Polizeiapparat selber durchgeführt haben, heranzukommen. Flächendeckende Ermittlungen aller möglichen Behörden incl. geheimdienstlicher Operationen und der wiederholte Einsatz von verdeckten ErmittlerInnen haben zu nichts geführt. Neben der öffentlichen Kritik an dieser Praxis in Hamburg selbst gab es schon mehrfach ein öffentliches Abwatschen durch Bundesbehörden wie die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt, so etwa nach den militanten Interventionen in der Mobilisierung gegen den G7 Gipfel in Heiligendamm oder nach dem Angriff auf die Lerchenwache.

Der Beschluss des Bundesgerichtshofes von 2009 im Verfahren gegen die militante gruppe hat dem Staatsschutz den § 129a als vorrangiges Ermittlungsinstrument gegen linke Organisationen aus der Hand genommen. Der § 129a als Ermittlungsparagraf gegen terroristische Vereinigungen hatte der Polizei in Ermittlungsverfahren fast unbegrenzte Möglichkeiten an die Hand gegeben. Seit 10 Jahren werden zu diesem Zweck immer häufiger die Polizeigesetze der Länder genutzt, die dem Apparat von Verschärfung zu Verschärfung mehr Möglichkeiten auch geheimdienstlicher Art und vor allem außerhalb jeder richterlichen oder politischen Kontrolle verschaffen.

Ermittlungserfolge und Zugriff auf militante Strukturen zu bekommen war seit langem das vorrangige Ziel beim Hamburger Staatsschutz. Nach den Festnahmen der drei im Juli 2019 sind Polizei und Staatsanwaltschaft jetzt in der Situation weiter erfolgreiche Ermittlungen und eine schlüssige Anklage zu liefern, die zu einer Verurteilung führen.

Der Aufbau eines Beschuldigten zum Rädelsführer und wichtigen Oberanarchisten auch jenseits der konkreten Beschuldigung dient einer doppelten Strategie. In den Ermittlungen und propagandistisch wird der Staatsschutz weiterhin versuchen, internationale Zusammenhänge einer militanten Szene zu entwerfen und nach größeren Strukturen suchen oder sie schlicht behaupten, die sie mit in das Verfahren ziehen können. Zudem ist die Behauptung der Einbindung der Beschuldigten in Strukturen und ihre Wichtigkeit innerhalb einer Szene und damit die Konstruktion einer angeblichen Gefährlichkeit der Beschuldigten ein ganz entscheidender Grund für die andauernde Untersuchungshaft.

Andererseits bereiten Polizei und Staatsanwaltschaft gleichzeitig auch eine Anklage und Verfahrensführung vor, die auf eine sichere Verurteilung nur wegen der angeklagten Vorwürfe hinauslaufen soll.

Bis jetzt allerdings scheint alles, was der Staatsschutz präsentiert, auf äußerst wackeligen Füßen zu stehen. Offensichtlich fällt es ihnen schwer nur aus dem angeblichen Besitz von Brandsätzen eine schwerwiegende Anklage zusammen zu zimmern. Im Moment begibt sich die Staatsanwaltschaft auf das dünne Eis der Vorfeldkriminalisierung und des Feindstrafrechts, in dem sie gegen eine Straftat beschuldigt, die gar nicht stattgefunden hat bzw. eine Verabredung behauptet, die nicht zu belegen ist. Gerade deshalb hat die Generalstaatsanwaltschaft das Verfahren an sich gezogen und nicht wieder an die untergeordneten Strukturen zurückgegeben, wie es bei anderen Staatsschutzverfahren normalerweise der Fall ist. Den Behörden ist die Brisanz des Verfahrens durchaus bewusst, wenn der oberste Staatsanwalt der Stadt die Hoheit über die Ermittlung und Verfahrensführung behält, der nur der politischen Instanz des Senates rechenschaftspflichtig ist.

Eine erste Ermittlungspraxis, wenn es darum geht gegen Strukturen zu ermitteln, ist, die bekannten Kontakte von bereits Beschuldigten intensiv abzuscanen. Telefonverbindungen, Mailkontakte, sowie soziale Netzwerke und Observationsergebnisse werden auf weitere Verdächtige hin geprüft. Das bedeutet, dass bis jetzt vermutlich eine Vielzahl von Menschen aus linken Strukturen, aber auch durchaus den Bullen Unbekannte überprüft werden und im Fokus stehen. Die drei von der Parkbank werden als Einstieg in die Ermittlungen benutzt.

Und wenn wir davon ausgehen, dass die drei im Rahmen einer Observation zur Gefahrenabwehr festgenommen wurden, bedeutet das auch, dass an dem betreffenden Abend weitaus mehr Menschen als Zielpersonen auf den Listen der Observationstrupps gestanden haben als die drei Festgenommenen.

Durch die andauernde U-Haft, begründet mit einer angeblichen Fluchtgefahr trotz Arbeitsplätzen (die wider besseren Wissens von der Polizei geleugnet wurden), festen Wohnsitzen und einem festen sozialen Umfeld, hängen Polizei und Staatsanwaltschaft die Ermittlungen höher, als die Erkenntnisse es hergeben und begründen das Ganze nur mit der Bedeutung der einzelnen Beschuldigten.

Es liegt durchaus nahe, dass die Behörden auf weitere Ermittlungsergebnisse hoffen, die dann im Ergebnis die Haft rechtfertigen könnten und unter Umständen noch andere Vorwürfe gegen möglicherweise weitere Beschuldigte hergeben. Das Suchen nach angeblichen, unbekanntem Mittäter_innen ist bekanntlich die Zauberargumentation, um erfolglose Ermittlungen am Laufen zu halten.

Also gilt weiterhin: Passt auf Euch auf
Alles Liebe und 1000 Grüße den Gefangenen

Einige solidarische autonome

Die Knastgesellschaft meucheln

Feuer den Feinden der Freiheit

Dokumentation: „Die Existenz der Knäste dient der Konditionierung des Menschen, der Verwaltung des Elends, der Vernichtung der Rebellion, der Marterung des Körpers, der Abstumpfung der Seele. Für eine Knastgesellschaft wie unsere ist es notwendig das Elend, welches die kapitalistische Ordnung produziert, wegzusperrern. Wird man arm geboren, ist die Gefahr irgendwann hinter Gittern zu landen sehr hoch. Der Knast hält die ganze Maschinerie der Unterdrückung am Laufen, indem es die Urteile der Justiz vollstreckt, welche im Interesse der wohlhabenden Klassen richtet. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit muss daher immer auch Kampf gegen diese Mentalität und die Existenz von Knästen sein. Der Kampf um die Befreiung der Menschen muss die Knastgesellschaft abschaffen.“

Deshalb haben wir in der Nacht zum 05. November zweimal zugeschlagen: Einmal in Rodewisch beim Straßenbauunternehmen VSTR GmbH und bei der Hentschke Bau GmbH in Bautzen. An beiden Orten haben wir schwere Baugeräte in Brand gesetzt und zwei Lastwagen, zwei Bagger, einen Kleintransporter und eine Sattelzugmaschine den Flammen übergeben. Der entstandene Sachschaden liegt im sechsstelligen Bereich. Beide Firmen haben Aufträge zum Bau der neuen JVA in Zwickau-Marienthal angenommen und ziehen dort fleißig die neuen Knastmauern hoch. Nach dem erfolgreichen Angriff auf die Baustelle im August 2019, haben wir uns nun dieser Aktion angeschlossen. Mehr Hintergründe zu dem Bau der JVA und der Firma Hentschke Bau haben die Gefährt*innen, die sich „Autonomes Kommando Thomas Meyer Felk“ nannten im August bereits dargelegt, wir möchten an dieser Stelle auf ihr Cominque verweisen. [1] Den Unternehmen sollte klar sein, dass die Beteiligung an der Knastindustrie nicht lohnenswert ist, wir empfehlen weiterhin sich zukünftig nicht an dem grausamen Geschäft des Knastsystems zu beteiligen. Es könnte Ärgernis in manchen Herzen wecken...

Knast bedeutet immer Isolation und Ausschluss aus der Gesellschaft. Die „Probleme“ der kapitalistischen Gesellschaft werden so zum Teil aus den Augen der Bevölkerung geschafft. Das Elend, die Armut, die viele Menschen in die Kriminalität treibt, muss verwaltet werden. Ob durch das Verjagen von Menschen ohne Obdach oder Bettler*innen aus den Innenstädten oder eben die Einkerkung unliebsamer Individuen. Sind diese Menschen ersteinmal eingesperrt braucht sich die Gesellschaft nicht mehr um sie zu kümmern, sie werden ausgesondert, in die Verbannung geschickt, unsichtbar gemacht, vergessen.

Auch deswegen befinden sich ein Großteil der Justizvollzugsanstalten in trostlosen, entlegenen Gegenden. Die großen, grauen Bauten sollen möglichst nicht von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Diese soll sich nicht in Erinnerung rufen müssen, dass hinter den Mauern die Menschen verrotten; dass auch sie vielleicht Schuld

an ihren Leiden sind. Sie verwehrt sich so der Diskussion, ob man bei dieser Justiz und ihren Vollstreckenden von Gerechtigkeit reden kann.

In den letzten Jahren konnten wir beobachten, wie das Thema Knast auch in der radikalen Linken zunehmender an Sichtbarkeit verliert. Mit diesen Beitrag wollen wir dem entgegentreten und die Existenz der Knäste und ihre Rolle in unserer Gesellschaft wieder mehr in das Bewusstsein der Menschen und unserer Gefährt*innen bringen.

Wir müssen Knast als das entlarven, was es ist: Ein Instrument der Macht. Ein Werkzeug, das den Herrschenden dient, um sich vor der Bevölkerung zu schützen. Seine Funktion ist seit jeher das Strafen, nicht die Resozialisierung. Viele Gefangene weisen zurück, das Gefängnis habe eine resozialisierende Wirkung. Sie beklagen, dass eher das Gegenteil der Fall sei: „In Wirklichkeit sieht es so aus, dass in den meisten Gefängnissen nicht mit, sondern gegen die Gefangenen und das Ziel der Wiedereingliederung gearbeitet wird“[2]. Von den 50957 Strafgefangenen (Stand 31.03.2018) hatten 53, 3% bereits eine Jugend- oder Freiheitsstrafe verbüßt.

Der Gefangene H.Deutsch schreibt, dass sich seit der Strafvollzugsreform in den 70er Jahren an der gedanklichen Struktur der Gefängnisse nicht viel geändert hat. Dafür wäre ein „kompletter Austausch der damals noch benannten Wärter (Schließer), sowie der Gefängnisdirektoren alter Gesinnung von Nöten gewesen.“ Die Resozialisierung bleibt nur eine Maskerade, die die Inhaftierung von Menschen vor der Bevölkerung rechtfertigt. Hinter ihr verbergen sich immer noch die Gräueltaten des Strafgefängnisses und dessen Folgen für die Inhaftierten.

So zum Beispiel:

- seelische (bis zu 88% aller Inhaftierten) und physische Erkrankungen der Gefangenen aufgrund des Strafvollzugs [3]
- Unzureichende medizinische Behandlung der Gefangenen[4]
- Isolationshaft, auch als weiße Folter bekannt
- Arbeitszwang, kein Mindestlohn, kein Einzahlen in die Rentenkasse
- schlechte Nahrungsversorgung bei horrenden Preisen für gesunde Lebensmittel im Gefängnis-Supermarkt
- Kontaktsanktionierung und totale Überwachung der Kommunikation
- Schikanie durch die Schließer*innen





- Hin zur „Sicherungs-“ Ver-
wahrung bis zum Tod

Wir unterstützen die Kämpfe
der Gefangenen für bessere
Haftbedingungen und die Ein-
gestehung ihrer Rechte. Diese
beinhalten unter anderem die
Abschaffung der Isolations-
haft, der Sicherungsverwah-
rung, des Arbeitszwangs, Ein-
führung des Mindestlohns, die
Einzahlung in die Rentenkasse
auch innerhalb der Knastmau-
ern, eine gute medizinische

Wir hoffen mit unseren Flammen all die zu wärmen, die
in den kalten Mauern der Knaste verweilen. Möge unser
Feuer allen, die eine dunkle Zeit durchstehen müssen, ein
Licht sein. Für Loic, für die 3 von der Parkbank. Für Lisa
und für Thomas. Euer Kampf inspiriert uns und war auch
Motivation für diesen Angriff.

Freiheit für alle Gefangenen!“

Militante Feuerzellen gegen Knäste

[1] Deutsch: <https://de.indymedia.org/node/36448>

English: <https://anarchistsworldwide.noblogs.org/post/2019/08/21/saxony-germany-prison-construction-site-sabotaged-by-autonomous-commando-thomas-meyer-falk/>

[2] <https://ggbo.de/wp-content/uploads/2019/11/Gesundheit-und-wie-der-Staat-seine-Gefangenen-behandelt..pdf>

[3] <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Immer-mehr-Haeftlinge-sind-psychisch-krank-364373.html>

[4] <https://ggbo.de/wp-content/uploads/2019/11/GGBOPapier-zur-medizinischen-Versorgung-im-Knast-2-1.pdf>



Versorgung.

Der Knast wird die Probleme der Gesellschaft nicht lösen. Auch menschenverachtende Gewalt entspringt aus gemachten Erfahrungen, aus unserer Sozialisierung und unserem gesellschaftlichen Umfeld. Wenn es also keine Gewalt mehr geben soll, muss ein Umdenken im Miteinander stattfinden, die Gesellschaft muss neu gedacht werden. Nur eine andere, eine befreite Gesellschaft kann das Knastproblem lösen.

Chile – Die Wut hat kein Ende

18.11.2019 Schon seit einem Monat kommt es im gesamten Land zu massiven Unruhen und Protesten. Aus der ersten Explosion der Wut ausgelöst durch die Erhöhung der Fahrpreise entwickelte sich ein unerwarteter und zerstörerischer sozialer Moment. Das erste Wochenende der Revolte (18.-20. Oktober) war der Startschuss für eine unglaubliche Maße an Momenten der Revolte, des Kennenlernens, der Solidarität, des Angriffs und soviel mehr.

Von Anfang an handelt es sich um eine Revolte die klar die soziale Frage stellt, die explosivsten Auswirkungen hatte und hat sie in den armen peripheren Vierteln um die großen Städte herum. Es ist eine Revolte gegen die Armut und das Elend, welche der Kapitalismus in seiner ungezügeltsten Form in Chile errichtet hat. Man kann dabei auch eine gewisse Form der „Klassensolidarität“ beobachten, fast nirgends werden die kleinen Geschäfte in den Vierteln zerstört, sondern meistens die Filialen der großen Ketten. Und auch wenn die Medien es verzweifelt versuchen andersherum darzustellen, ist sich ein Großteil der Leute bewusst, wenn die Gewalt trifft.

Es scheint zudem so, als hätte der Staat und seine willigen Gehilfen, die Medien, die Deutungshoheit über bestimmte Dinge verloren: „Die wahren gewalttätigen sind die Bullen und die Militärs, die schon mehrere Personen umgebracht haben und aufgrund derer über 200 Personen ein Auge verloren haben und nicht die Vermummten, die sie zurückdrängen. Die echten Plünderungen werden von den multinationalen Konzernen verübt, die Chiles Natur verwüsten wie sie wollen und nicht den Menschen, die sich Dinge aus den Supermärkten wieder aneignen.“ Dieser Verlust der Deutungshoheit ist nicht zu

unterschätzen, ist sie doch die Basis für das Gewaltmonopol des Staates...

Es ist schwer zu überblicken was alles durch die Revolte ausgelöst wurde, aber worin sich alle einig sind ist, dass es kein Weg mehr zurück gibt, der komplette soziale Kontext hat sich geändert. Ein paar Auswirkungen sind jedoch jetzt schon offensichtlich. Der Hass gegen die Bullen großer Teile der Gesellschaft ist ins unermessliche gewachsen, das Vertrauen in Medien und Staat ist zerstört, viele neue Beziehungen zwischen RebellInnen, NachbarInnen, etc. sind entstanden, die Akzeptanz sozialer bzw. revolutionärer Gewalt ist extrem gestiegen...

Ein Teil dieser Revolte hat sich in eine sozialen Bewegung die für eine neue Verfassung kämpft (die jetzige stammt noch aus der Militärdiktatur und garantiert das neoliberale Wirtschaftsmodell) entwickelt, dazu gehören auch die Nachbarschaftsversammlungen die in vielen Vierteln entstanden sind. Ein anderer Teil sind die brennenden Barrikaden, die jede Nacht und jeden Morgen Teile Santiagos aber auch im Rest von Chile, blockieren. Im Zuge derer kommt es oft zu Plünderungen oder Brandlegungen. Das interessante ist, das es Staat und Medien bis jetzt nicht gelungen ist, die verschiedenen Teile zu trennen. Auch wenn sie mit aller Kraft versuchen die Gewalttätigen (die „Gangster“ und die „Vermummten“) zu isolieren, kommt es bisher zu keinen Distanzierungen, viele sehen Gewalt als notwendig an, auf den großen Demos jubeln tausende wenn ein Molli sein Ziel erreicht.

Am vergangenen Dienstag riefen verschiedene Organisationen zu einem Generalstreik auf und es war einer

der gewalttätigsten Tage seit dem Ausbruch der Revolte. In ganz Chile kam es zu knapp 100 Plünderungen, 350 Bullen wurden verletzt, 19 Kommissariate angegriffen und 850 Personen verhaftet. Um nur einige einzelnen Beispiele zu nennen: In Concepcion wurde das Regierungsgebäude angezündet, in Santiago wurde während einer Brandstiftung an einer Bank auf die anrückende Polizei geschossen, in Arica wurde ein riesiger Supermarkt nachdem er geplündert wurde niedergebrannt, etc..

Zur gleichen Zeit geht aber das alltägliche Leben einigermaßen normal weiter, zumindest bis zum frühen Nachmittag, wenn oft die Proteste wieder losgehen. Soll heißen die Menschen gehen arbeiten, die Geschäfte öff-

nen, die Busse und U-Bahnen funktionieren einigermaßen, in den reichen Vierteln ist es eh ruhig geblieben...

Und wir als AnarchistInnen, wo sehen wir uns in solch einer Situation? In den ersten Reihen der Straßenkämpfe? In den Nachbarschaftsversammlungen? Beim Verbreiten anarchistischer Propaganda? Hinter den Barrikaden in unseren Vierteln? Überall dort?

Aber vielleicht auch dort wo uns niemand erwartet? An den neuralgischen Punkten dieser durchtechnologisierten Gesellschaft? Das einzige was klar ist, ist dass wir uns das im Vorhinein überlegen müssen, in der Hitze des Gefechts wird uns die Zeit und der Raum dafür fehlen.

Athen: Feuerangriff auf die Polizeistation Zografou

Dokumentation: „Bewegliche, gebeugte Uhrzeiger laufen durch die grauen Metropolen. Von Grab zu Grab. Von Zelle zu Zelle. Von Apathie zu Apathie. Von Tür zu Tür. Die Türen auch gebeugt, beugten sich vor, zum Einsturz verurteilt, wenn sie nicht sehen, wie die Zeiger zur richtigen Zeit vorbeikommen. Und die Zeit schluckt die Uhrzeiger, wie die Zahlen, die sie zeigten, etwas Unwichtiges und Konventionelles waren, wie das Einzige, was immer wichtig war, nur gebeugt herumzulaufen. Einige Uhrzeiger brachen ab, und für diese ist jeder befriedete Tag ein weiterer Tod für einen ihrer Aspekte. Deshalb nehmen sie ihre Körper alle zusammen und laufen auf den Straßen umher, die sie seit ihrer Kindheit erdrücken. Der Feind ist da, in Festungen, die für die herrschende Ordnung und Normalität sorgen. Eine dieser Festungen, die Polizeistation Zografou, wurde ausgewählt, um im Morgengrauen des 14. September mit Brandsätzen angegriffen zu werden.

Das Kapital und der Staat haben eine Kontinuität. In ihrem ewigen Pantheon: Eigentum, freies Unternehmertum, reibungsloser Geschäftsfluss, Geld, das mehr Geld produziert. Vielleicht wechseln die Taktiken des vorgeannten für das Establishment, abhängig von der Regierungsführung, aber die Strategie bleibt die gleiche. Und alle Lakaien, die die Uniformen von Recht, Ordnung und Sicherheit tragen, sind die bewaffnete Frontlinie dieses Komplexes. Sie sind eine ständige Wunde für unsere Ästhetik und unsere Gefühle. Daher gibt es immer Gründe, ihre Infrastrukturen und ihre Körper anzugreifen. Es gibt viele Gründe, um dort zu sein, und erinnert sie daran, dass sie, wenn wir die Bedingungen für den Konflikt wählen, verwundbar sind. Und sie werden nicht aufhören, es zu sein, auch nach der Rekrutierung von 1500 neuen Bullen für ihre „Kampftruppen“.

Wir nehmen die Erklärungen der Regierung der Neuen Demokratie über die Umsetzung des Dogmas „Recht und Ordnung“, über „Sicherheit für die Bürger“, „Beendigung der Ghettos“, „Entwicklung und Wohlstand“ als klar klischeehaft wahr. Durch die Strategie der Spannung können sie nur die inhärenten Widersprüche des Kapitals stärker herausstellen und die soziale Polarisierung schärfen. Rote Teppiche für Investitionen und „Entwick-

lung“, Polizeistaat und Militarisierung ganzer Nachbarschaften, Gesetze gegen Arbeiter*innen, rassistische Politik der Unterschätzung und Abwertung der Migranten, Gentrifizierung und Tourismus von Gebieten im Schrein der Profitmacherei, Abschaffung des Universitätsasyls, Räumung von Squats, Verhaftungen und Anklagen von Kämpfer*innen, Konzentrationslager und Abschiebungen für die migrantische „Überschwemmung“: Die Aggression der Rechten eskaliert auf allen Feldern des sozialen Krieges.

Offensichtlich schulden uns unsere Feinde nichts als Krieg, und diese Erkenntnis bringt uns zur Verantwortung unserer individuellen und kollektiven Entscheidungen. Und genau diese Verantwortung und diese Entscheidungen bleiben als Abbild der Würde und Freiheit, die wir mit unseren Bärenhänden erreichen konnten. Die Würde und Freiheit der Menschen, die ihr Leben in die Hand genommen haben und es nicht von der herrschenden Macht dieser Welt plündern ließen. Die Individuen, deren Verlangen nach dem, was sie lieben, sie dazu bringt, sich im Rahmen einer täglichen Selbstbeobachtung ihren reinsten und gleichzeitig rohen Gefühlen zu stellen. Wir sind die ehrlichen Beziehungen, die wir unter uns aufbauen. Wir sind die tiefsten Wünsche, die wir uns gegenseitig kommunizieren. Für jede/n von uns, die wir ein aktiver Teil des heutigen und zukünftigen Widerstands sind, ist es eine Herausforderung von großer Bedeutung, nicht in den Sumpf des Selbstmitleids zu versinken und nicht vor dem Terror zu zögern, der von jeder Regierung ausgelöst wird.

Wir müssen eine starke und scharfe Präsenz in den kommenden Schlachten zeigen. Nur durch Aktionen können wir zeigen, was wir wollen. Und wir wollen alles, JETZT und für immer.

Wir senden unsere implizite Solidarität an die inhaftierten Gefährten Dinos Giagtzoglou, Yannis Dimitrakis und Kostas Sakkas sowie an die 3 von der

#5



autonomes
Blättchen
zur Stärkung der Abwehrkräfte

Parkbank in Deutschland. Wir vergessen weder diejenigen, die im sozialen Krieg gefallen sind, noch die Morde an Pavlos Fyssas und Zack Kostopoulos/ Zackie Oh.

ps: Wir gratulieren den „Helden“ der griechischen Polizei herzlich zu ihrer Professionalität. Auf der einen Seite, für ihren Kollegen „Solidarität“, als sie den Bullen, der auf den gegenüberliegenden Bürgersteig ging, allein ließen und auch zwei Blendschock Granaten fast auf ihn warfen. Und andererseits für die „Ruhe“, die auf denschwitzen- den und zitternden Händen des oben genannten Bullen zu spüren war, der mit seiner Waffe in einer geraden

Schußlinie auf uns zielte. Wir heißen auch den neuen Anführer der griechischen Polizei, Herrn Karamanlakis, herzlich willkommen, der einige Minuten nach dem Angriff sofort an den Ort kam, für das notwendige Babysitting der Kollegen.“

Anarchistische Banden für Metropolitan Disruption

(Translation, Original publication, 20th September 2019:
<https://athens.indymedia.org/post/1600095/>
<https://athens.indymedia.org/post/1600207/>)

Im Iran wird es keine Versöhnung mehr geben

Die letzte Episode der Proteste im Iran scheint niedergeschlagen. Wieder einmal hat der Sicherheitsapparat der hochgerüsteten Islamischen Republik Iran (IRI) die militärische Oberhand gewonnen. Aber der Konflikt ist nicht wirklich beendet, geschweige denn gelöst, sondern nur aufgeschoben. Denn der Bruch mit dem System ist irreparabel. Und die nächste Aufstandswelle wird kommen. Ein Plädoyer für alle mit den Protesten Solidarischen, nicht die Hoffnung aufzugeben.

Der Iran ist ein seit Jahrzehnten brodelndes Fass. Ein dichtes und miteinander verwobenes Netzwerk an Krisen rund um unterschiedlichste Themen - Ökonomie, Klima, Sexualität, Zensur, Repression, Kriegsangst, Arbeit, Gewalt, Glauben – lässt immer mehr der 80 Millionen Einwohner*innen in Elend und große existenzielle Ungewissheit über die Zukunft verfallen. Die Iran, so gerne ihn Kommentator*innen oder Interessierte als mysteriösen „Gottesstaat“ exotisieren, ist damit kein Einzelfall. Ganz im Gegenteil reiht er sich ein in die zunehmende, globale und immer offensichtlichere Krisenhaftigkeit des neoliberalen Kapitalismus im 21. Jahrhundert und seiner Unmöglichkeit, zukunftsfähige Modelle anzubieten.

Dieses brodelnde Fass ist vor einer Woche erneut übergelaufen. Die Ankündigung in der Nacht des 16. November, den Benzinpreis zu verdoppeln bzw. zu verdreifachen, löste die heftigsten Unruhen seit knapp zwei Jahren aus: vermutlich über 200 Tote, Tausende verletzte und rund 10.000 Festnahmen. Der Staat schmeißt seine ideologische und repressive Mobilisierungsmaschine an und

verfolgt im Umgang mit den Protestierenden – mal wieder – eine einfache Linie: Keinen Millimeter entgegenkommen. Mehr noch werden erstmals seit Jahren bereits jetzt Todesstrafen für „Anführer des von außen orchestrierten Aufstandes“ gefordert und vermutlich umgesetzt. Um der eigenen Verschwörungserzählung des Unruhestifters von außen Glaubwürdigkeit zu attestieren, werden Festgenommene und weiß Gott

wie lange Gefolterte vor die Kamera geschleift, um ein dementsprechendes „Geständnis“ abzulegen.

Mittelfinger für die harte Hand Gottes

Das ist die eine Seite der Medaille: der schier unbesiegbare, klerikal-autoritäre, hochgerüstete Sicherheitsstaat der IRI schafft es immer und immer wieder, Aufstände niederzuschlagen. Diese Seite der Medaille versetzt alle, die diesem Protest Erfolg wünschen, in Frust, Defätismus, Wut und Ohnmacht zugleich. Und sie lässt einen tatsächlich die Frage stellen: Wie soll sich in diesem Land jemals etwas zum Guten verändern?

Jeder Mensch mit Verstand sollte anhand Beispiele der jüngsten Geschichte im nahen und mittleren Osten begriffen haben, dass Demokratie und Freiheit nicht von außen herbeigebombt werden können. Und all jene, die glauben, Wirtschaftssanktionen und Drohgebärden über Twitter zwingen tatsächlich die Mullahs zum Einlenken und zur Änderung ihrer Herrschaftsweise, leben in einer Märchenwelt: die Mullahs beweisen seit Jahren, dass sie in 100 Fällen 100 mal das eigene Volk verhungern und verelenden lassen, als nur einen Zipfel ihrer eigenen Privilegien einzubüßen. Gepriesen wird angesichts der Feinde von außen die nationale Einheit und die Notwendigkeit, den Gürtel enger schnallen zu müssen, wie zu Zeiten des Ersten Golfkrieges oder der US-Sanktionen. Ein einfacher wie erfolgreicher Bauerntrick, um von Korruption, wachsender Schere zwischen Arm und Reich und staatlichem Zugriff ins Alltagsleben der Bürger*innen abzulenken. Verantwortlich für das Elend im Land sind immer die Anderen.

Doch dieses Ticket zieht nicht mehr. Wir werden derzeit Zeuge, wie sich in den letzten zwei, vielleicht drei Jahren eine revolutionäre, intersektionale Bewegung bildet, verstetigt und wo sie kann rebelliert. Ihr gehören jene an, die 2009 – als angesichts der Wahlen die Hoffnungen ein letztes Mal innerhalb des Systems gelegt wurden – nicht Teil der „grünen Bewegung“ waren und sogar von ihr als „Lumpenproletariat“ diffamiert wurden: Ausgestoßene, Überflüssiggemachte, Prekarierte, religiöse und ethnische Minderheiten in Provinzen, aber zunehmend auch die abschmelzende und perspektivlose Mittelschicht im Verbund mit Studierenden und fortschrittlichen Frauen.

#6



autonomes
Blättchen
bildet Banden



Kein Zurück mehr, denn der Riss sitzt zu tief

Das, was in einem immer engeren Zyklus auflodert - Blockaden, Demonstrationen, ziviler Ungehorsam, Straßenschlachten, militante Aktionen - sind die Highlights, die alle Beobachter_innen mit Herz und Verstand aufhorchen und hoffen lassen. Doch längst hat sich dieser Unmut zu einer alltäglichen Praxis verstetigt, die mal mehr und mal weniger subtil einen endgültigen Riss mit der herrschenden mächtigen Klasse und ihrer autoritären, neoliberalen Politik im Namen Allahs manifestiert. Dieser Riss vertieft sich mit jeder Explosion wie der letzten weiter, und mit dem nächsten Aufstand, der kommt, noch weiter. Diese Bewegung ist revolutionär, denn sie findet erst Frieden, wenn die Islamische Republik in dieser Form nicht mehr besteht. Das kann man an mindestens drei Punkten festmachen, die aus der Bewegung selbst sprechen.

Erstens geht es längst geht es nicht mehr um die einzelnen Lager der IRI, die ein politisch-differenziertes Spektrum eines autoritären Regimes simulieren. Das verdeutlichten bereits Anfang 2018 gerufene und nun wiederholte Parolen wie „Konservative und Reformisten - das Spiel ist vorbei“ oder eindeutige, mit der Todesstrafe versehenen Ausrufe wie „Nieder mit der Islamischen Republik“ oder „Nieder mit Khamenei“.

Zweitens sprechen die Ziele der Aktionen und die Aktionsformen eine eindeutige Sprache: mehrere hundert Banken wurden abgefackelt. Alleine in Teheran waren 300 Banken nicht nutzbar, in ca. 15 weiteren Städten gab es zwischenzeitlich keine intakte Filiale. Ähnlich verhält es sich mit Polizeistationen und klerikalen Autoritätssymbolen wie Konterfei der Revolutionsführer, aber auch anderen Gebäuden wie großen Supermarktketten. Was als wahllose Zerstörungswut ausgelegt werden kann (und vom Regime auch wird), lässt schnell eine rote Linie und einen gemeinsamen Feind erkennen: sowohl die meisten Bankfilialen, wie auch die betroffenen Supermarktketten sind im Besitz der iranischen Revolutionsgarden, der wirtschaftlich-politisch-militärischer Machtblock der IRI. Diese Ziele haben, ebenso wie die selten so radikalen Parolen, einen klaren Adressaten: das System als solches, und nicht einzelnen Vertreter*innen.

Dass die Iraner*innen das perfide Spiel, in der die Mullah-Diktatur sich einen demokratischen Charakter a la „Vollzieher des Volkswillen“ geben, durchschaut haben und es beenden wollen, zeigen drittens auch die Hintergründe und das politische Kalkül der Machthabenden in Bezug auf die Benzinpreiserhöhung, das völlig nach hinten losgegangen ist: Die Regierung Rohani hat diese Maßnahme damit begründet, dass sie aufgrund der Folgen der Sanktionen nun umverteilen und u.a. in Sozialleistungen investieren müssen. Das alte Muster: Die Aufhebung der Subventionen für Benzin wurden so verargumentiert, dass sie aufgrund von Faktoren von außen unumgänglich sind (Sanktionen), sie aber woanders in staatlicher Unterstützung reinvestiert und damit den kleinen Leuten zugute kommen sollten. Die Regierung

inszenierte sich - wie so viele Regierungen in der IRI - in der Kürzungspolitik selbst als volksnah und besorgt um die Bedürfnisse der kleinen Leute. Welch eine Frechheit und welch ein Eigentor! Denn genau diese Leute waren es, die sofort und in einer seit der Revolution 1979 nicht dagewesenen Radikalität deutlich machten, dass diese „Umverteilung“ nichts als ein unverschämter Taschenspielertrick ist, denn: Wie kann es sein, dass das Land mit den viertgrößten Öl-Reserven der Welt seine Bevölkerung verhungern lässt und währenddessen Mullahs und Revolutionsgarden ein Leben in Saus und Braus - ironischerweise teilweise ausgerechnet an westlichen Elite-Unis im „Herzen des Teufels“ - leben? Wie kann es sein, dass dieses Land Zig Milliarden Dollar in regionale Konflikte und den Stellvertreterkrieg mit Saudi-Arabien um die regionale Hegemonie pumpt, aber Arbeiter*innen über Monate und Jahre ihren Lohn „wegen der Sanktionen“ nicht erhalten? Die Menschen im Iran fragen daher auf der Straße völlig zurecht „Palästina, Libanon, Jemen - was ist mit uns?“.

Der Aufstand, der kommt.

„Sie können viele Schlachten gewinnen, aber den Krieg verlieren sie“. Dieser Satz eines unbekanntes Demonstranten, getätigt in einem der letzten Videos vor dem Internet-Shutdown, in schlechter Auflösung, mit zittriger Hand gefilmt, in einer unbekanntes Stadt, mit einer brennenden Bank im Hintergrund, ist in sich genommen einer der präziseste Ausdrücke für die Situation im Iran. Denn Menschen wie, wie sie zu Hunderttausenden auf der Straße waren und damit ihr Leben riskiert haben, haben nichts mehr zu verlieren.

Und genau davor fürchtet sich die IRI. Denn sie weiß, was das bedeuten kann. Schließlich ist dieser Staat selber aus einer Massenrevolution gegen den Schah (und einer anschließenden Konterrevolution der Islamisten) geboren worden und weiß daher: am Ende entscheidet die Straße. Der Moment, als die Truppen des Schahs 1979 auf die Revolutionär*innen geschossen haben und diese weitermarschiert sind, gilt als eine der zentralen Symbole des Monarchen. Dieser Moment ist noch nicht erreicht, doch die hohen Todeszahlen und regelrechten Hinrichtungen auf der Straße werden als Anzeichen von Nervosität eines Sicherheitsapparates gedeutet, der sich eigentlich auf Festnehmen und Foltern spezialisiert hat und nun panikartig den Griff ein letztes Mal erhöht - verzweifelt, um in Kontrolle zu bleiben.

Die Folgen dessen sind erneut blutig und traumatisch. Doch die Bewegung macht weiter, und der nächste Aufstand gegen das System IRI wird kommen. Denn schlägst du einen Kopf ab, wachsen zwei neu.



Vonovia den Kampf ansagen!

Dokumentation: „In der Nacht vom 13. auf den 14. September haben wir ein Vonovia-Auto in Freiburg-Zähringen mit Messer und Farben angegriffen. Damit schwappt nun endlich die nächtliche Anti-Vonovia Bewegung mancher militanter Grüppchen ins ach so hübsch-saubere Freiburg im Breisgau über. Das Auto wurde mit zerstochenen Reifen und klaren Worten auf Scheiben und Wänden zurückgelassen. Auf das dies erst der Anfang war!

Wir haben mit der Aktion die Machenschaften von Deutschlands größtem Immobilienkonzern sabotiert, um in der Clean&Green-City Freiburg ein deutliches Zeichen setzen, dass systematische Verdrängung und ungehemmter Profitwahn nicht ungesehen toleriert wird. Gerade hier, wo Mieten immer unbezahlbarer werden, dem Metzgergrün als nächstem Viertel der Kahlschlag droht und wo Obdachlosigkeit am liebsten von der Straße gekehrt wird, ja gerade hier, leisten wir aktiven Widerstand

gegen das herrschende zerstörerische und kapitalistische System im Kleinen, sowie im Großen.

Die Aktion ist auch als eine Einstimmung auf einen stürmischen Oktober zu verstehen. „Tu mal wat“-Basswellen schallen aus Berlin in die Republik. Wir sagen: Joo, wir machen ja was! Auf auf mit euch ins Dreiländereck zu kraftvollen und vielfältigen Squatting Days vom 18.-25. Oktober! Lasst uns gemeinsam Freiburg von ihrer grünversifften Außenfassade befreien und zusammen mit Gefährt*innen von jenseits deutscher Staatsgrenzen Wohnraum besetzen, halten und gestalten! Lasst uns Räume schaffen, in denen gelebt und gekämpft wird! Denn: Wohnraum ist und bleibt keine Ware!

Mehr Infos zu den Squatting Days in Freiburg unter <http://www.diewg.noblogs.org>
Ausführliche Kritik an Vonovia z.B. Autonomes Blättchen #37“

anonym

Neues sozialrevolutionäres Stadtentwicklungsprogramm

Abteilung: Mietkampf, Revolution & Anarchie 2019

Referat: „Deutsche Wohnen“ kaufen oder enteignen?

Anlass dieses Beitrages ist eine Veröffentlichung in „Analyse&Kritik“ (AK) vom März 2019 Nr. 647 [2] zum Thema „Man muss den Unternehmen die Wohnungen wegnehmen.“ Besagten Artikel gelesen zu haben, ist keine Voraussetzung, um der nachfolgenden Kritik folgen zu können. Eine Kritik entlang der formulierten Positionen der Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“ (im weiteren Verlauf: „Kampagne DW“) ist überfällig. Wir nehmen das Ergebnis unserer Kritik gleich vorweg: Die Kampagne wird weder halten was sie verspricht, noch wird sie eine Ein-

wortreich erklären, dass Parteien nur zu den Spielregeln des Kapitals spielen dürfen und dass darum eine Organisation außerhalb der Parlamente nötig ist. So platt wie wahr. Es erübrigt sich eigentlich auszusprechen, welche Organisation gemeint sein könnte, blättern wir doch gerade in dem Sprachrohr der Organisation – der „Interventionalistischen Linken“ (IL). Dass es aber auch innerhalb der radikalen Linken Verwirrungen über die Bedeutung der „Kampagne DW“ gibt, zeigt auch das Beispiel des Bündnisses „Zwangsräumung verhindern“, die der Kampagne einen fulminösen Start auf der Mietenwahnsinndemo zuspricht. Auch in der Interim, die für sich bestimmt alles andere in Anspruch zu nehmen, als reformistisch zu agieren, lässt sich blenden von dem Begriff „Enteignen“. Entsprechend positiv der Bezug zu der „Kampagne DW“ in ihrem Editorial.

*Aber es wäre auch vermessen zu glauben, sozialdemokratische Denke sickere nicht auch immer wieder in Strukturen, die sich zwar für radikal halten, aber diese „Radikalität“ dann doch eher über identitäre Codes produzieren. Zugehörigkeitsinszenierungen und szenebühlicher Konformismus dominieren, eine offene Praxis und Diskussionen entlang anarchistischer Perspektiven kommen im Alltag kaum vor. Einerseits. Andererseits gibt es gegenüber der „Kampagne DW“ auch bis hin ins bürgerliche Spektrum der Mieter*innenbewegung Vorbehalte [3].*

lösung der Parole „Deutsche Wohnen enteignen“ auch nur annähernd auf den Weg bringen. Unsere Fazit: Das was uns in dem Artikel und dem Interview mit zwei Funktionären von „Deutsche Wohnen enteignen“ als „Enteignen“ verkauft wird, ist nicht nur eine Luftnummer, sondern bedeutet ein fettes Geldgeschenk an die Immobilienwirtschaft. Enteignen sieht anders aus.

Gleich zu Beginn des Artikels werden wir so richtig radikal eingestimmt: „Es hilft alles nichts, die Immobilienunternehmen müssen enteignet werden.“ Der AK-Redakteur, der das verkündet, wird an anderer Stelle in der Printversion

Es ging bei der Kampagne gegen „Deutsche Wohnen“ nie um enteignen. Hier geht es nur um einen Rückkauf von Wohnungen. Erinnern wir uns: Der rosarote Senat hat die GSW vor mehr als 10 Jahren verscherbelt. Und das damals weit unter Preis: für etwas mehr als 400 Millionen.



Zusammengezogen mit den Schulden von etwas mehr als 2 Milliarden, die die Konzerne übernahmen, haben diese ein Schnäppchen gemacht. Die landeseigene GSW wurde damals von der SPD und den LINKEN auf Betreiben des damaligen Finanzsenators Sarrazin (SPD), bekannt eher nur für seine rassistischen und heute AfD-kompatiblen Positionen in der Migrationsdebatte, verkauft, d.h. privatisiert. Es soll jetzt ganz schöne zurückgekauft werden – die Kampagne nennt auch einen Preis: 8 bis 13 Milliarden. Es steht – auch für die Kampagnenmacher*innen - außer Frage, dass nicht der damalige Verkaufswert den heutigen Rückkauf bestimmt, sondern der heutige Wert der Immobilie. Denn das bestimmt das Grundgesetz und auf dessen Boden bewegt sich die Kampagne ausdrücklich. Der Rückkauf ist nicht einfach ein Rückkauf, der beliebig verhandelbar ist. Es handelt sich um einen Entschädigungsanspruch, der aus der Verfassung resultiert. Die Höhe der Entschädigungen werden ja nicht von der IL festgelegt, noch nicht mal vom Senat, sondern von „Experten“ und „Deutsche Wohnen“ und in letzter Instanz von deutschen Verfassungsrichter*innen. Dass eine Entschädigung in der zu erwartenden Höhe den Mieter*innen keine Luft verschaffen wird, liegt auf der Hand, wird aber wie so vieles unterschlagen in den Argumentationen für die Kampagne. Denn, eine Entschädigung wird nicht in Obst, nicht in Pflanzen, nicht in Dildos oder Kondomen, sondern in Geld getätigt. Logisch. Und was macht ein Konzern mit Geld in der Regel? Er setzt es sofort zur weiteren Wertschöpfung ein – eine Wertschöpfung die sich sofort gegen andere Mieter*innen anderswo wenden wird. So sieht sie also aus, die not-in-my-backyard-Solidarität von Teilen der Berliner Mietenbewegung. Der ganze Vorgang hat genau genommen mit emanzipativer Politik nichts zu tun, sondern läuft auf eine juristische Auseinandersetzung hinaus, die in den Gerichten und Verwaltungen ihren Ort hat. Dort sitzen dann auch keine Mieter*innen, sondern Experten, Anwälte, Gutachter, Banker und all so ein Zeug. Die Mieter*innen der Kampagne dürfen dann Beifall klatschen oder was um einiges wahrscheinlicher sein wird, ernüchert und resigniert spüren, auf welchen Irrweg sie von ihren Bewegungsfunktionär*innen mit ihrer Enteignungslüge geführt wurden. Wir gehen sogar so weit zu behaupten: Durch solche Lügen, Versprechungen und den nachfolgenden Enttäuschungen produzieren solche Kampagnen Ohnmacht und Resignation. Ein guter Nährboden für Kräfte wie der AfD. Aber scheuklappenbewehrt würden sie, die Kampagnenfunktionäre, uns den Rückkauf als Erfolg ihrer Enteignungskampagne verkaufen. Das ganze auch nur annähernd mit dem Begriff der „Enteignung“ zu belegen, ist nicht nur dumm und frech, sondern politisch brandgefährlich.

ENTEIGNEN...? Klingt irgendwie geil... ich bin da ganz bei Dir...

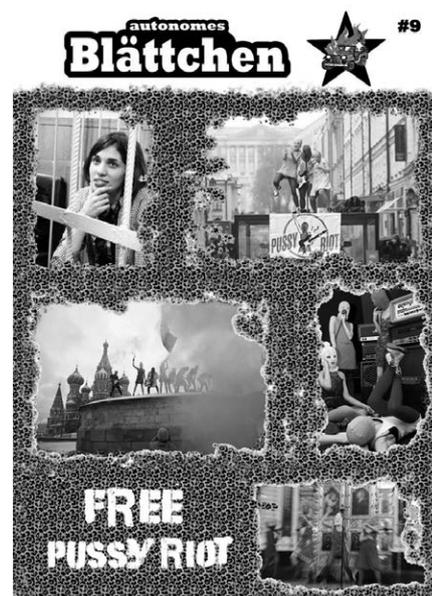
Wir verstehen „Enteignen“ als Kampfverhältnis, das an die Wurzel des kapitalistischen Privateigentums geht und nicht als den sozialdemokratischen Regulierungsansatz, der uns gerade serviert wird. Für uns sind unbezahlbare Mieten und Verdrängung nur eine Facette einer unge-

rechten Gesellschaft, ein Ausdruck. Als revolutionäre Anarchist*innen stellen wir die soziale Ordnung grundsätzlich in Frage, weil sie nicht sozial ist und meinen das auch so. Wenn die „Kampagne DW“ diesen Begriff im Bezug auf den Mietkampf von den radikalen Kräften der Bewegung räubert, vereinnahmt, in Besitz zu nehmen versucht, damit kokettiert, dann muss sie sich auch daran messen lassen. Bereits seit mehr als fünf Jahren diskutieren verschiedene Strömungen immer wieder entlang der Eigentumsfrage. Sie tasten sich darin langsam im Tempo der Bewegung und entlang der Möglichkeiten vorwärts. #Besetzen ist der sicherlich sichtbarste Ausdruck derzeit, aber eben auch viele direkte Aktionen in Richtung dieser Thematik. Die „Kampagne DW“ hat den Begriff noch nicht mal selbst gesetzt oder gar entwickelt, sondern aufgegriffen und verdreht. Der einzige wirklich anerkennenswerte Erfolg der Kampagne liegt auf der diskursiven Ebene: Die Frage des Eigentums ist derzeit breites Thema – wenn auch in verkürzter Form.

Denn: Das was hochtrabend als „Diskursverschiebung“ abgefeiert wird, ist ohne materielle Bedeutung. Immer wenn ihnen nichts mehr einfällt, kommt der Hinweis auf die „Diskursverschiebung“. Diese geschieht nur an der Oberfläche und bewegt nichts – die materielle Substanz des Problems (das Eigentumsverhältnis) hat sich weder verschoben noch wurde es berührt. Und es wird auch nicht berührt werden, genau dafür garantiert der sog. Enteignungsartikel im Grundgesetz und die Konformität

der Kampagne dem gegenüber. Der Enteignungsartikel ist ein Entschädigungsartikel. Er ist kein Artikel zum Angriff auf das Privateigentum, sondern im Gegenteil: zu dessen Garantie – für den vielleicht politisch opportunen Ausnahmefall einer Enteignung eines Privaten aus öffentlichem Interesse. Wenn der CEO von „Deutsche Wohnen“, Michael Zahn, die Kampagne beschreibt, dann tut er das aus einer gänzlichen anderen Sicht als wir natürlich, aber er trifft einen Nagel auf den Kopf: Die Kampagne „Enteignung schafft derzeit viel Emotionen, aber keine Wohnung.“

Aber das Mantra von der Enteignung macht sich vor allem gut, für alle die daran glauben wollen und eignet sich auch zur Inszenierung eines Etappensieges gegenüber den Unterstützer*innen der Kampagne. Regel Nummer 1 der Kampagnen-Heinze dieser Welt: Starte nie eine Kampagne, die du nicht gewinnen kannst. Egal wie kümmerlich die Zielsetzung, egal wie erbärmlich die Begriffsverdrehungen, mit denen du arbeiten muss – möchten wir hinzusetzen.



Uns stört es nicht, in einer Kampagne auf Emotionalisierung zu setzen. Uns stören die Lügen dahinter. Das ist bestenfalls irreführend, aber eigentlich fällt die Kampagne den Mieter*innen in den Rücken: Indem sie etwas vorgibt zu sein, was sie nicht ist. Der Volksentscheid ist zahnlos hinsichtlich der Eigentumsfrage. Die Hoffnung kann nur betrogen werden. Es ist nicht schön, diese Hoffnung zum Platzen zu bringen und die Finger in die Wunden zu legen. Aber uns wird niemand sorgenfreies Wohnen auf dem Silbertablett servieren. Das Ganze ist ein heftiger Kampf, der Zähigkeit braucht, viele Rückschläge einstecken wird, keine großen Siegesinszenierungen verspricht, aber eine revolutionäre, eine militante Perspektive sucht und braucht. Um den Herrschenden das Zittern zu lehren – diejenigen also, die aus Sorge vor dem sozialen Frieden Zugeständnisse machen müssen (auf denen wir uns es nicht leisten werden auszuruhen).

Und was macht die Kampagne? Freut sich wenn Parteien Zuspruch säuseln...

So sollte eigentlich wundern, warum der Umstand unhinterfragt bleibt, wenn die Kampagne Zuspruch von einer Partei der Besserverdiener und Modernisierungsvertreter – den Grünen - erhält? Und wie kommt es, dass die LINKE, die Berlin mit der SPD und den GRÜNEN die nach wie vor neoliberale Stadt verwaltet, die Kampagne ebenfalls unterstützt in ihrem Europawahlkrampf? Ausgerechnet die Partei, die die GSW zu einen Spottpreis verscherbelt hat und deren Personal heute immer noch die Politik bestimmt? Was läuft falsch, wenn von Fraktionen der herrschenden Parteien Zuspruch kommt? Richtig, dann kann das alles ja gar nicht so doll sein, will man da meinen. Denn eine Partei, so haben wir ja eingangs in der „Analyse ohne Kritik Nr 674“ lernen dürfen, folgt ja immer nur den Spielregeln des Kapitals. Was also ist das für eine Kampagne, die ihre Unterstützung im „linken“ Spektrum der Parteien erfährt, die den kapitalistischen Rahmen nicht verlassen können und nicht wollen – denn das Verbleiben in dem Spielrahmen garantiert ihre Existenzberechtigung. Natürlich ist „Deutsche Wohnen“ ein großer Player, dem ein Riegel vorgeschoben gehört, das steht außer Frage, aber was ist das für ein Riegel im Falle der Kampagne „DW enteignen“ - wenn das Parteienspektrum bis hin zu Teilen der SPD sich damit gemein machen können? Es ist ihr alltägliches Geschäft, vereinnahmen und spalten. Die Kampagne bietet den Parteien mit deren Profilierungsanspruch bei der Frage der Mieten eine Steilvorlage an. Auf den seichten Zug einer nicht ernst gemeinten Enteignungskampagne, die die Menschen auf den Staat hoffen lässt und die zu dem billigen Preis nur einer Unterschrift zu haben sind, das ist doch geradezu grandios. Die Parteien wären doof, wenn sie nicht auf diesen Zug aufspringen würden. Eine Kampagne mit Anschlussfähigkeit Richtung Sozialdemokratie eben. Und das Beste, nicht die Parteien müssen ein Spaltungsprojekt der Mieter*innenbewegung inszenieren, das machen deren selbsternannte Manager*innen und Sprecher*innen schon von selbst. Nicht nur dass die Kampagne die Mitwirkung an einem mehr oder weniger radikalen Projekt

vortäuscht und emotional auflädt, sondern bewusst die Leute verarscht, die unterschreiben, genau genommen.

Vergessen die Rot-Grüne deutsche Beteiligung am NATO-Angriffskrieg auf Serbien vor 20 Jahren - ohne Grüne und SPD wäre das nicht durchsetzbar gewesen. Ebenso Hartz IV. Und heute zum Beispiel: Der größte Teil des Hambacher Forsts wurde unter einer Rot-Grünen Regierung gerodet: Mehr als 3500 der etwa 4000 Hektar. Und die Leute wählen trotzdem „Grün“, weil die vielleicht das Klima retten - hoffentlich... Wieder besseren Wissens wird eine Kampagne inszeniert, die alleinig dafür sorgen wird, das alles so bleibt wie es ist.

Wieso sollten die Reformist*innen da auch anders agieren als die Parteien, wenn es ums Eingemachte der bürgerlichen Gesellschaft geht, um das geliebte Privateigentum? Denn die Kampagnenheize lassen völlig außer Acht, das sich die Eigentumsfrage nicht ohne die Frage der (Gegen-)Gewalt stellen lässt. Dies zu unterschlagen ist Basis der Lüge, auf der die Unterschrift gegeben wird. Die herrschende Klasse wird es nicht zulassen, dass durch eine Unterschriftensammlung die Eigentumsfrage zu ihren Ungunsten entschieden wird. Wer verteidigt das Eigentum? Wer besitzt? Und warum? Und wer besitzt nicht? Und wo war das Eigentumsrecht als die Zwangsäumung mit knapp 1000 Bullen in der Lausitzer Strasse durchgesetzt wurde? Wenn die Dörfer für die Kohlekonzerne enteignet, geräumt und abgebaggert werden? Und welche juristische Handhabung machte diese Durchsetzung möglich? Keine Unterschriftenkampagne war in der Lage, diese Enteignungen und Zwangsäumungen zu stoppen. Das ist der Klassencharakter jeder grundgesetz- und damit systemkonformen Enteignungsdebatte. Hier werden Hoffnungen geschürt, die nur enttäuscht werden können. Hier ist ein Selbstbetrug in Gange, durch eine entweder naive und/oder korrumpierte Linke, die im eigentlichen Sinne einfach nur eine Rückkaufkampagne entlang der Gewinnerwartungen der Immobilienwirtschaft betreibt.

Lustige Idee...

Doch tun wir mal so als könnte das klappen, nur mal so tun; die Politik beschließt die Verstaatlichung von „Deutsche Wohnen“...

Bei einer solchen Verstaatlichung haben sich ja die Spielregeln nicht plötzlich geändert, wenn der Staat im Besitz der Häuser ist. Weder Polizisten noch Gerichte sind verschwunden. Die Machtverhältnisse bleiben die gleichen, der Rahmen der Wohnen zur Ware macht, verändert sich nicht. Denn, ist ein Haus im Besitz der Stadt was ändert sich denn dann wirklich? Wir kennen die Geschäftsmodelle der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, die ebenfalls überschussorientiert arbeiten. Dort ist das gleiche Managerpersonal am Start wie in den Immobilienfonds. Sie steuern diese Unternehmen nach den gleichen Vorgaben des gleichen Marktes. In sofern ist auch der Ruf nach „Neubau, Neubau, Neubau, aber bitte sozial“ – ein Mantraähnlicher Ruf in der Wüste. Ob Stadt, Staat oder Investor – gebaut wird nach Marktgesichtspunkten, und auch die so viel gepriesenen Genossenschaften taugen eben oft auch nicht mehr als Beispiel.

Ohne eine radikale Mietbewegung, die die Wurzeln, das Eigentum, den Besitz an Grund und Boden in Frage stellt, wird jeder Neubau keine soziale Lösung sein, sondern ein Geschäftsmodell.

Vorkaufsrecht: die selbe Kacke in klein

Nebenbei: Das von vielen bejubelte Instrument des kommunalen Vorkaufsrechts funktioniert im Grunde genauso, nur im kleinen. Auch für das Vorkaufsrecht gelten die Marktpreise. Die Bezirke spendieren 10% zur Kaufsumme hinzu, Geld das woanders gekürzt wird. Der Rest läuft über Kredite, die über die künftigen Mieten in der Regel über 30 Jahre gegenfinanziert werden. Hohe Einlagen in Hausgenossenschaften oder ähnliche Zusammenschlüsse sollen den Eigenanteil erhöhen und die Kredite verbilligen. Wer diese Einlagen nicht auf Tasche hat, kann sie abstottern. Am Ende kommen derzeit bei diesem Modell „wohnwirtschaftlich gerechnet“ Quadratmetermieten von 10 bis 12 Euro raus, brutto kalt. Und freiwillig, selbst ausgerechnet. Da freut sich doch das landeseigene Wohnungsbaunternehmen, das die Trägerschaft übernommen hat. Und die Bank, die die Kredite gegeben hat. Und der Verkäufer, der seinen Wertzuwachs aus der Immobilie realisiert hat und nun woanders wieder zuschlagen kann. Und die, die solche Mieten bezahlen können. Die, die das nicht können, haben halt irgendwas falsch gemacht. Sie sind dann schon ausgezogen aus dem tollen per Vorkaufsrecht der „Spekulationssphäre entzogenen“ Objekt. Mit dem kommunalen Vorkaufsrecht bekommt der zahlungskräftige Mittelstand seine Mietwohnung gesichert. So wird Widerstand befriedet, indem man einen Teil der Akteure kauft, bzw. sich selbst zum Kauf vorschlägt. Teile und Herrsche. Wer von dem in der Masse üblichen Einkommen leben und ohne Ersparnisse auskommen muss, dem oder der hilft das Vorkaufsrecht nicht. Sowohl diese selbst auferlegten Monstermieten im Vorkaufsrecht als auch die Mietsteigerungen der landeseigenen Konzerne heizen den Mietspiegel an und werden so zur Rechtfertigung neuer Mietsteigerungen. Sie deckeln auch keine Mieten, sondern halten Schritt mit der Aufwertung einer Stadt, die eben beabsichtigt ist. Als ob die landeseigenen Wohnkonzerne keine Mieten steigen ließen. Die Aufwertung und damit einhergehende Verdrängung ist kein Kollateralschaden, sondern Programm. Der einzige Unterschied zwischen landeseigenen und privaten Konzernen: Überschüsse gehen nicht als Dividende an Aktionäre, sondern in Sanierungen. Denn mit sanierten Wohnungen lassen sich höhere Mieten nehmen. Oder in unbezahlbaren Neubau, wie von städtischen Wohnungsbaunternehmen hinlänglich bekannt. Oder die Überschüsse gehen an den Eigentümer, die Stadt und von dort z.B. über den Schuldendienst doch wieder an die gleichen Leute, die auch die Dividenden der Immobilienfonds und privaten Konzerne kassieren. Denn verschuldet ist die Stadt ja massiv, weil sie die ganzen Wohnungen zurückgekauft hat – zu Entschädigungspreisen, die selbst die Kampagne bei 8 bis 13 Milliarden Euro ansetzt.

Noch eine lustige Idee...

Nur mal so... Die Kampagne reflektiert die Kritik und verändert ihre Zielsetzung... Kann sie nicht, wird sie nicht, will sie nicht, aber tun wir mal so... Als Ausflug in die Realpolitik zwar, aber radikal gedacht...

Wenn die Kampagnenmacher*innen also einen Rest von politischem Verstand und Klassenstandpunkt hätten, dann würden sie jetzt den Fokus ändern und sagen: So, wir haben erreicht was wir wollten, die ganze Welt spricht über Enteignungen. Aber Enteignungen mit Entschädigungen sind natürlich Quatsch. Wir wollen entschädigungslos enteignen. Was ist das spannende am Eigentum für den Besitzenden, für den Investor? Die freie Verfügungsgewalt des Eigentümers über sein Eigentum bzw. über von seinem Eigentum betroffene Mieter*innen. Deckeln wir also diese Verfügungsgewalt. Dafür müssen wir ihm oder ihr gar nicht ihr geliebtes Eigentum abnehmen. Daher kämpfen wir ab sofort mit unseren Mitteln 1. für die Entfristung des Mietendeckels und 2.

für die Neuberechnung des Mietspiegels. In den Mietspiegel müssen auch die Mieten eingerechnet werden, die unverändert blieben im Berechnungszeitraum. Nicht nur die Neuvermietungen und die Mietsteigerungen. Der Berechnungszeitraum ist von 4 auf mindestens 20 Jahre hochzusetzen. Mieten, die nach der Neuberechnung drüber liegen, müssen gemindert werden. Zweitens: Ein entfristeter Mietendeckel ist eher eine Enteignung als ein Rückkauf.

Denn wem macht das Eigentum noch Spaß, wenn er nicht mehr damit machen kann was er will, z.B. ständig die Miete steigern? Ein entfristeter Mietendeckel ist die de facto-Enteignung, bei der aber der Entschädigungszwang des Art. 15 nicht greift.

Auch das totale Verbot von Neubau zu fordern, wenn es sich um Eigentumswohnungen handelt – auch das wäre ein Feld das es zu bearbeiten gälte – denn der Berliner Mietmarkt soll langfristig in einen Eigentumswohnungsmarkt transformiert werden, weil das die größte Rendite bringt. Das wäre radikale Realpolitik: Die Widersprüche innerhalb des Bestehenden immer weiter zu treiben statt ein selbstgesetztes reformistisches Ziel zu erreichen, koste es was es wolle und selbst wenn sich im Prozess die Handlungsmöglichkeiten erweitern. Dazu fehlt ihnen der Mut und die Fähigkeit zur Selbstkritik. Stattdessen distanzieren man sich von zwei Autos von „Deutsche Wohnen“, die abgebrannt wurden. Das sei der falsche Weg, sagt ausgerechnet der Oberguru der „Kampagne DW“, dem der Begriff und die Deutungshoheit „Enteignen“ nicht nur mit solchen Aktionen längst enteignet wurde. Selbst die BILD-Zeitung in ihrem Titelblatt war da solidarischer,



„Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.“
Wahlkreis-Initiativen, 1. März 2012, im Zusammenhang mit den Wahlen zum Bundestag am 1. März 2012 in Berlin



indem sie den Zusammenhang zur Wut der Mieter*innen und der Aktion herstellt.

Keine Hoffnung auf Kampagnen wie diese...

Wir vermuten, und das hat Gründe, dass diese Riege, die den Volksentscheid forciert, bereits jetzt für Kritik unempfindlich ist. Denn sie haben noch nicht mal ein selbstkritisches Wort darüber verloren, wie sie den letzten Mietenvolksentscheid erfolgreich in den Sand gesetzt haben. Ohne Rücksprache mit den Unterstützer*innen, ohne Einbeziehung der Basis hat die zum Teil gleiche Clique (!) eigenmächtige Entscheidungen getroffen und viele Menschen vor den Kopf gestoßen. Auch diese Kampagne war hochemotional aufgeladen. Und man ließ die Basis Unterschriften sammeln, hochmotiviert und engagiert. Doch der sogenannte K.O.-Kreis spielte damals ein doppeltes Spiel und verhandelte mit dem Senat im Geheimen, traf intransparente Entscheidungen und schockierte die Basis bis auf die Knochen. Was war das für ein Frust, eine Enttäuschung und Ernüchterung. Als hätte es das alles gar nicht gegeben wird eine neue Kampagne aus der Taufe gehoben, ebenso fragwürdig wie die damalige. Vielen gelten die damaligen Akteure bis heute als politische Verräter*innen an der Mietkampf Bewegung der Stadt. Ein Teil der damaligen Kritiker*innen an dem K.O.-Kreis schweigt vielleicht heute aus Höflichkeit, manche auch aus Resignation. Doch andere haben eine klare Haltung. Sie setzen auf eine Verbreiterung einer radikalen Bewegung gegen die Stadt der Reichen. Friedrichshainer Nordkiez und internationale und interkiezonalen Aktionen, #besetzen, Basisstrukturen, Demos wie „Keine Rendite mit der Miete“, „Fang den Bus“, Aktionen und Blockaden vor den Immobilienversammlungen, Friedel 54, Radikale Beratungsstellen, Küchen für Alle, Zwangsäumungskämpfe, direkte Aktionen und Anschläge z.B. auf das Carloft, auf Investoren, Googlecampus – die Agenda der Radikalen setzt seit langem eigene und vielfältige Akzente. Der braune Verfassungsschutz (VS) kotzt und warnt vor der Gefahr, dass anarchistische Gruppen Zuspruch im bürgerlichen Lager bekommen. Zu spät in dem Fall. So arbeitet der VS daran, seinen parlamentarischen Arm, die AfD, soziale Fragen von Rechts besetzen zu lassen. Das gelingt derzeit in dem Mietenkampf nicht, nicht mit so dummen wie plumpen Parolen wie „die Ausländer haben uns die Wohnungen weggenommen“.

Das Thema ist von linker und anarchistischer Seite durch eine jahrelange Kontinuität, Praxis und Ansprechbarkeit und einer Offenheit gegenüber Bürgerlichen und Gestrandeten im Kapitalismus gleichermaßen gesetzt. Und die Mietenbewegung wird auch diese Kampagne hinter sich lassen und die „Eigentumsfrage“ radikalisieren. Diejenigen, die das dann aufgreifen und zu verwässern versuchen, werden mit dem Gegenwind klarkommen müssen. Die Kampagnenheinzle zu zwingen sich immer wieder einer Perspektive zu stellen, stellen zu müssen, die eine andere Gesellschaft will und nicht die Menschen mit ihren Nöten verarscht durch Bevormundung, das ist der Part jener Gruppen, die länger dabei sind und erkennen wann wieder die Kampagnenheinzle Sozialdemokratie in die

Bewegung hinein zu etablieren versuchen. Wenn diese die Menschen und Bewegung versuchen zu benutzen und zu funktionalisieren, für das eigene Projekt, die eigene Ego- Befriedigung, die eigene Organisation, für eine zukünftige Machtbeteiligung... dann ist ein klares, ehrliches und offenes Wort zu sagen. Wenn die Menschen durch die Machtstrukturen und Verarschungen durchblicken, können sie den Bewegungsmanager*innen auch das Management versauen und die Bewegung schützen.

Rückkauf von DW ist Wohnraum im Besitz des Landes... Und?

Doch kommen wir nochmal zurück und vertiefen wir inhaltlich den Gedanken rückgekaufter Wohnungen am Beispiel „Deutsche Wohnen“: Auch wenn ein teurer Rückkauf der Wohnungen von „Deutsche Wohnen“ und anderer stattfinden sollte, ist das Eigentum nur in den Händen anderer Betriebswirtschaftler gelandet und eben nicht in der Verfügung von Vergesellschafteter*innen. Nehmen wir Stadt & Land. Sie nutzen den Mietspiegel ständig um Gewinn zu generieren, wie einst von Sarrazin verordnet und bis heute von der Regierung vorgeschrieben. Sie handeln nach Marktgesichtspunkten und sind per Senatsweisung auch daran gebunden rentabel zu arbeiten. Rentabilität bedeutet Gewinne zu erwirtschaften, die nicht nur in Sanierung, sondern auch in Neubau investiert werden. Neubau geht aber marktkonform nur in einem Preissegment, das die Mittelschichten bedient, aber nicht die sowieso schon ausgegrenzten Klassen. Diese werden als „Überflüssige“ verwaltet und an den Rand geschoben: verarmte Rentner*innen, „Hartzler“, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und jene, die gerade den Mindestlohn erhalten, Geflüchtete mit Arbeitsverbot, der White Trash, der vor den Supermärkten und in den Parks rumlungert, etc.

Und so arbeitet auch „Stadt und Land“ und die HOGO-WE „rentabel“ - diese landeseigenen Betriebe führen sogar die Liste der Zwangsäumungen für 2017 in Berlin an - mit über 750 Zwangsäumungen. Öffentliche Wohnungsbauunternehmen in Hand der Stadt sind also nicht Teil einer Lösung, sondern Teil eines Problems. Sollte tatsächlich eine Gesetz auf den Weg gebracht werden, so sagen die Interviewten in dem AK-Artikel: „Die Umsetzungen werden wir natürlich kritisch begleiten und kontrollieren“. Welch eine Selbstherrlichkeit und Selbstüberschätzungen der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten: Der Glaube, sich auf fremden Terrain souverän entlang der Interessen von Unten bewegen zu können. Und was für eine Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse zu glauben, dass durch den Bescheid etwas anderes heraus kommen könnte als ein weiteres bürokratisches Wohnungsverwaltungsmöster, das entlang der marktlogischen Gewinn- und Wachstumsambitionen operiert. Und wer vielleicht darauf schielt ein Pöstchen zu ergattern um diese Umsetzung kritisch zu begleiten – der*die lasse sich besser auf keiner einzigen Demo mehr sehen.

Warum wohnen nicht alle Menschen zu einigermaßen ähnlichen Bedingungen in Wohnungen, die der Gesamtheit gehören, die im kleinen durch die Mieter*innen verwaltet werden? Hier behauptet niemand, dass das ein leichter Prozess wäre. Aber an der eigenen Entmündigung zu arbeiten und dem Konzern „Deutsche Wohnen“ den Besitz wegzunehmen, um ihm dem Staat zu übereignen, der muss nicht nur ein ausgesprochenes loyales Verhältnis zum Staat haben und verharrt anscheinend darüber hinaus gerne auch in Knechtschaft. Oder er verarscht die Anderen absichtlich, um selber voran zu kommen. Denn es ist eine süße Illusion, dass dem Landes Eigentum leichter beizukommen ist als dem privaten. Hat Stadt und Land sich nennenswert bewegt, als sie für die Mieterhöhungspolitik kritisiert wurden? Bleiben sie weit unter dem Mietspiegel, haben sie bezahlbare Wohnen gebaut, haben sie vielleicht sogar Mieten gesenkt in den letzten Jahren, um angesichts der Mietspiegelentwicklung im Sinne der ärmeren Bevölkerungsteile gegen zu halten? Komisch, warum eigentlich nicht? Sind doch städtisch. Aber „Deutsche Wohnen“ im Besitz des Senats soll nun plötzlich alles verändern?

8 oder 13 Milliarden? Ach, nur 30 Milliarden? Peanuts...

Die Macher*innen des neuen Volksentscheides hantieren mit Entschädigungssummen wie die Großen, vielleicht 8 Milliarden, vielleicht aber auch 13, als wären sie die Finanzabteilung des Senates. Die Gegenseite hantiert im übrigen mit 30-35 Milliarden Euro als Entschädigungssumme. Dass der Kampagne nicht selber auffällt, dass das mit Enteignung im politischen Sinne nichts zu tun hat? Das ist das Problem mit reformistischer und Ängste funktionalisierender Politik, die sich auf Spielregeln einlässt anstatt das Spiel zu beenden. Kann eine solche Politik zu einer radikalen Selbstkritik fähig sein? Folgerichtig kann man auch andere Wege nicht erkennen und hält den eigenen für alternativlos. „Die Entschädigungssumme ist natürlich eine hoher Preis (...) Aber die Enteignung ist die einzige Möglichkeit wie man sich die Bestände [Verkaufte GSW-Häuser Anm. Verfasser*innen] wiederholen kann, ohne die hohen Preise zu bezahlen, die zukünftige Mietsteigerung schon eingepreist haben.“ (Zitat A&K) Kein Wort von anderen politischen Möglichkeiten. Keine Perspektive entlang von Widerstand. Stattdessen schwadroniert im Artikel der Iler weiter: „Insofern ist das sogar unter finanziellen Gesichtspunkten die beste Variante“. Spricht da noch ein Linker? Oder ist Links-sein so sehr auf den Hund gekommen?

Stadt von unten selber machen – es lebe die Anarchie...

„Enteignen“ steht Land auf, Land ab, für einen radikalen Ansatz – Kampagne hin oder her. Es ist an der Mietkampf Bewegung damit weiter zu experimentieren und die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Es sind und bleiben die Eigentumsverhältnisse als Ganzes, es bleiben die neuen Klassenverhältnisse, die uns bewegen werden. Wer arm ist, wird arm bleiben und wird folglich immer

beengter wohnen, oder aufs Land gehen, bis auch dort das Wohnen schwierig wird. Ein Teil wird obdachlos, ein anderer Teil bleibt einfach bei Mama wohnen, und viele resignieren und zerbrechen an den Verhältnissen. Oder werden von ihrer Existenzangst aufgefressen, im Irrglauben sie seien selber schuld an der Misere. Es geht also um einen Kampf, der sich gegen eine Stadt der Reichen richtet. Gegen deren kaputte Konsumbedürfnisse, gegen die Touristifizierung der Stadt, den Ballermann-tourismus in unseren Kiezen und die Ferienwohnungen und Hostels in unseren Häusern. Es geht gegen das Unternehmen Stadt, das nicht nur seine Wohnungsbaugesellschaften gewinnorientiert zu wirtschaften zwingt, sondern als Ganze nach betriebswirtschaftlicher Logik verwaltet wird. Es geht gegen die Startups, die hoffen im Run auf das große Geld aufs richtige Pferd gesetzt zu haben, es geht gegen Baugruppen und öko-konservative Eliten wie sie in der Markthalle 9 zusammen schmausen. Es geht gegen die Gier, alles zu Geld zu machen, den Boden, das Haus, die sozialen Beziehungen. Der Kampf ist vielseitig zu führen und immer wieder zu bündeln an der Frage des Eigentums, der Klassenfrage im Neoliberalismus, an anarchistischen Gegenentwürfen, die militant verteidigt werden müssen und an einer sozialen Kultur, die ernsthaft auch an einem anderen sozialen Entwurf arbeitet, der im Widerspruch zur Konkurrenz, zur Lüge, zur Kälte, zur Macht, zur Intrige steht – denn genau das sind unsere Strukturen nicht. Sie sind in ihrem Inneren in der Regel zu oft ein Abbild der von Herrschaft dominierten Gesellschaft. Denn das private ist politisch!

Wer steht im Weg rum und nervt...?

Gerade ist doch das Problem, dass die Eigentumsverhältnisse in ihrer bürgerlichen Auslegung den Anspruch auf Besitz in welcher Größe auch immer garantiert, während es zugleich den Ausschluss der Nichtbesitzenden garantiert. Die Nichtbesitzenden haben noch nicht mal die Garantie darauf, an den Rändern der Stadt wohnen zu können, um dann für die Reichen zu Dienstleistungszwecken anzureisen, zu putzen, kochen, die Kinder zu betreuen und die Hunde auszuführen, die Autos zu reparieren, den Bus zu fahren, sexuell zu Diensten zu sein, den Dachgarten zu pflegen, den Partymüll von der Straße zu sammeln. Die Boulevardpresse titelte schon: Polizisten können sich die Stadt nicht mehr leisten, die sie schützen sollen. Da lachen wir über die der Polizei zugeschriebene Rolle, denn „ganz Berlin hasst die Polizei“, wie wir wissen. Eine Polizei, die zur Sicherung des Eigentums, Zwangsräumungen durchsetzt und immer wieder brutal zuschlägt um den Mächtigen die Macht zu sichern, die den Nordkiez terrorisiert und über die Funktion des Befehlsempfängers hinausgehend ein politischer Player gegen den Mietkampf ist. Beispielsweise sei hier die illegale Räumung des besetzten Ladens



Abschiebungen verhindern!
Fight antiziganism!

in der Wrangelstraße erwähnt. Der Klassencharakter von Wohnsituation ist aber exemplarisch klar benannt.

Besetzen als Wille Eigentum zu Vergesellschaften...

Es wird um die Weiterführung der Besetzungsversuche gehen. Um die militante Absicherung der Besetzungen entweder, oder mit den Körpern von tausenden Menschen die der Polizei das durchkommen unmöglich machen. Das sind nicht irgendwelche Körper, sondern Menschen, mit dem Willen, ein von Räumung bedrohtes Haus, Mieter*in, Zwangsgeräumte, ein Haus im Mietstreik kollektiv und verantwortlich zu schützen. Dieses Bewusstsein fällt nicht vom Himmel, diese Angst vor den Gegenreaktionen wird nicht einfach so überwunden. Es geht darum auch eine Stimmung zu schaffen, die jede Räumung zu einem hohen politischen Preis für die Stadt werden lässt, wie damals bei der Zwangsräumung in der Lausitzer Strasse. Da hasste ganz Kreuzberg mal die Polizei. Eine Bewegung, die sich tief verankert in der Bevölkerung und solidarisch handelt. Ein Mietstreik zu propagieren und dann aber tatsächlich dafür die sozialen, solidarischen und kämpferischen Bedingungen zu schaffen, sind zwei unterschiedliche Sachen. Für einen Mietstreik braucht es eine sehr starke Bewegung, die den Streikenden bei einer Räumung Perspektive bietet. Oder die eben schon so stark ist, das sie den Mietstreik über eine Bewegung durchzusetzen in der Lage ist.

Wir setzen auf Kontinuität, auf die Stärkung einer basisorganisierten Mieter*innenbewegung, die sich nicht anführen lässt, sondern selbst anführt. Eine Bewegung, die Mut hat zur Diversität, zu internationalen Bezügen und Kämpfen, die Erfahrungen mit Staat und Gesellschaft macht, von bürgerlich bis anarchistisch. Die Erfahrungen sammeln mit unterschiedlichen praktischen Ansätzen, sozialrevolutionär, feministisch, breite Massenaktionen und mit Massenmilitanz, mit Straßenfesten und Kulturaktionen, mit Wohnungsbesetzungen und gekaperten Aktionärsversammlungen. Und diese Erfahrung miteinander teilt und ihre nächsten Schlüsse und Aktionen daraus ableitet. Die Mietenwahnsinnsdemo 2019 mit ihren über 35.000 Menschen war vor allem ein Erfolg eines jahrelang gewachsenen, basisorientierten Organisationsansatzes, der mit den ersten Mietenstoppdemos vor rund zehn Jahren begann. Damals wie heute: Keine Parteien, Sekten und NGOs, die uns anführen, geschweige denn als Organisationen offen auftreten durften. Und dann dieses Jahr der Versuch einer Ladenbesetzung in der Wrangelstrasse im Rahmen dessen was möglich war.

Etappenziel: Allen Eigentumsneubau verhindern...

In diese Richtung gilt es weiter zu denken: Verstetigung, kontinuierliche Stadtteilarbeit, Beratungen, Kiez- und Hausversammlungen durch öffentliche Gruppen etc. bei gleichzeitig militanten Angriffen informeller Gruppen. Offene Diskussion und Versammlungen an vielen Orten über eine Aneignung der Stadt auf breiter und auch auf massenmilitanter Basis (Blockaden, Mietstreiks, Besetzungen etc.) sind zu initiieren. Auch tatsächlich Mietkampf mit anderen Kämpfen zu verbinden und auszuweiten.

Und anarchistisch-revolutionäre Herangehensweisen und Konzepte diskutierbar und zugänglicher zu machen. Subversive Kommunikationsattacken auf die Eliten (z.B. Kündigungen/Zwangsräumungen an Reiche aussprechen). Nicht nur auf den Grunewald beschränkte Spaziergänge sondern auch Spaziergänge oder Angriffe auf ihre sozialen Orte der Reproduktion (wie Golf & Tennisplätze, Saunen, Edelkittas, Privatschulen, SUVs, Restaurants, etc). Und ihre Arbeitsstätten, Privatjets, Firmenwagen, Hausverwaltungen, Wachschutz... Hier liegt auch die Verschränkung mit dem Klimathema auf der Hand. Zerstören sie die Welt, in der wir leben, verdrängen sie uns aus der Stadt, zerstören sie sozial-gewachsene Kieze, werden wir sie besuchen. Der Bau von Eigentumswohnungen muss vielfältig zum Erliegen kommen. In jedem Winkel der Stadt. Das sollte eine unserer Zielrichtungen unter vielen anderen werden: Tags mit Vielen, Nachts mit wenigen.

Party Ende Gelände...

Und auch der Ballermannismus und die Hostels: Das ist nur die kommerzielle (Aus-)Nutzung unserer sozialen Räume, die damit verkauft werden. Lassen wir uns in diesem Gewerbebereich des Unternehmens Stadt nicht weiter zu unbezahltem Statistenvolk degradieren. Die Stadt ist keine ergiebige Tourismusfabrik, wie sie sich das rot-rot-grünen Regierungspersonal erhofft und wofür es alles tut, sondern unser Lebens- und Wohnort. Zerstören wir den Partyort Berlin, das geile Feerimage, bevor wir zwischen Lärm, Oberflächlichkeit, sozialer Kälte und Konsumterrorimus zerrieben werden. Es kann nur eine große Party geben: Die der Zerstörung der Herrschaft. Und den Feiern der Etappensiege, wenn ein Kampf gewonnen wird – ein Haus verteidigt, eine Besetzung durchgeführt wurde, ein Investor aufgibt (Google raus), ein CEO den Koffer packt (tschüss, Zahn), ein Bulle überläuft, eine Spitzel sich outet, eine Enteignung praktisch von Tausenden, Wütenden, Entschlossenen durchgesetzt wird.

Wir plädieren an Alle:

An die militanten Gruppen zum Beispiel, und diejenige die es werden wollen: Setzt Akzente, die die Menschen in ihrem Kampf um bezahlbare Mieten, um ihr Wohnrecht, um eine andere Stadt stärken und ihnen den Rücken frei halten. Verbindet den Kampf um unsere Freiräume und Projekte mit Mietkämpfen und Auseinandersetzungen anderer Betroffener. Greift die Konzerne und Reichen an. Helft den Stadteilkampf auszuweiten in die Konzerntage und Villenviertel. Unberechenbar. Bunt. Vielfältig. Offensiv.

An die offen auftretenden Zusammenschlüsse von Mieter*innen, Stadtteil-Initiativen etc.: Sucht die Diskussion mit dem radikalen Teil der Bewegung, tauscht Euch mit ihnen aus. Entwickelt eigene (radikale) Ansätze, stellt sie zur Diskussion und fordert Unterstützung vom militanten Teil der Bewegung ein. Organisiert Euch sozial, solidarisch, kollektiv und offensiv. Ja, es sieht nicht gut aus insgesamt. Unsere Erfolge stehen oft nicht im Verhältnis zu unseren Niederlagen. Ja, bevor wir eine Wohnung erfolgreich

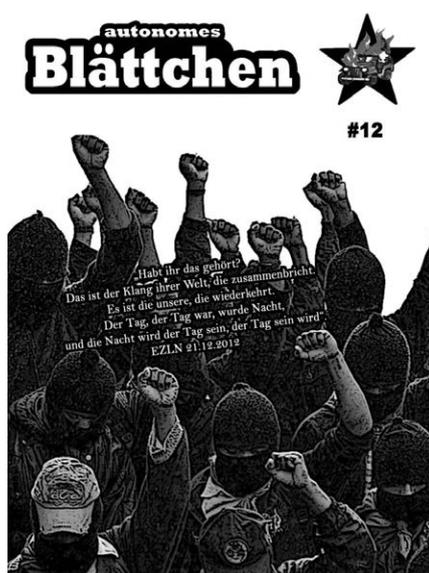
verteidigt haben, sind mehr als zehn andere verloren gegangen. Ja, einer bezahlbaren Unterkunft stehen weit mehr zehn Eigentumsneubauten gegenüber. NOCH! Denn wir sind entschlossen. Ja, wir haben keine andere Wahl. Ja, aber wir werden unsere Kraft entdecken und uns wundern, was wir ausrichten in der Lage sind – wenn wir uns nicht spalten. Wenn wir den BewegungsManagern (und Managerinnen) und Führern die Macht wegnehmen und uns von ihnen nicht immer wieder aufs Glatteis führen lassen – wenn wir die Kuschel-spiele mit der Politik beenden, wenn Tausende an einer Baustelle, Zwangsräumung, Besetzung, Entmietung stehen und „NEIN“ sagen, und auch „NEIN“ meinen und auch „NEIN“ durchsetzen.

ENTEIGNEN! Es lebe die Anarchie – viva la revolucion!
Juli 2019

„Wir sind über zehntausend Jahre alt und unser Name ist Mensch“ TSS

[1] Das „Sozialrevolutionäre Stadtentwicklungsprogramm“ von 2010 und „Die Eigentumsfrage stellen – Stadt übernehmen“ von 2013 wurden in Medien wie „indymedia linksunten“ hochgeladen. Die Zerschlagung anarchistischer Medien durch den Staat infolge einer revolutionären Mobilisierung zum G20 in Hamburg hat der Bewegung ihr Archiv und somit ein Teil unseren Gedächtnis beraubt. Radikale Antworten stehen nach wie vor aus!
»Sozialrevolutionäres Stadtentwicklungsprogramm. Der Zweijahres-Plan »Stadt übernehmen«:
<http://urbanconflicts.blogspot.de/texte/stadtentwicklungsprogramm/>

[2] »Man muss den Unternehmen die Wohnungen wegnehmen«: https://www.akweb.de/ak_s/ak647/20.htm
[3] »Mieten-Enteignungs-Volksbegehren als Nebelkerze mit toxischen Nebenwirkungen für Mieter« : <http://berliner-wasserbuerger.de/?p=4318>Zeit für eine Schärfung einer radikalen Position und entsprechenden Widerspruch



Feuer auf Großbaustelle der CG-Gruppe

Leipzig, 3. Oktober 2019 - Der Brandanschlag auf die Großbaustelle des Leipziger Bauträgers CG Consultan der Prager Straße hat offenbar einen hohen Schaden in zweistelliger Millionenhöhe verursacht. Wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, handelt es sich bei den beiden völlig ausgebrannten Kränen um hochmoderne Geräte, die Spitzenlasten von 500 beziehungsweise 400 Tonnen heben können. Beide seien „Vollschrott“, erklärten Experten, die an der Südseite der Baustelle des ehemaligen Technischen Rathauses darum bemüht sind, die zerstörten Mobilkräne zu bergen. Insgesamt könnte dies einen Monat Zeitverzug auf der Baustelle bedeuten. Christoph Gröner, Chef der betroffenen CG-Gruppe beschwert sich: „Wir haben in Leipzig mehrere Hundert Arbeitsplätze geschaffen und weitere rund 1000 Menschen leben als Zulieferer von uns. Da wünsche ich mir, dass der Oberbürgermeister auch mal an uns denkt. Wäre dieser Anschlag auf einer unserer Baustellen in Köln passiert, hätte mich Oberbürgermeisterin Henriette Reker

am nächsten Tag angerufen und gefragt, was die Stadt für uns tun kann. In Leipzig geschieht das nicht. Da frage ich mich schon, ob wir ein Fremdkörper sind.“ Gröner bezifferte den Schaden auf 15 bis 20 Millionen Euro.

Hier die Bekennung aus dem Internet vom 05.11.2019:

Dokumentation: „Wir haben die Nacht in Brand gesteckt - Angriff auf die CG-Gruppe - Flammende Grüße an die Gefangenen!“

In der Nacht zum 03. Oktober haben wir im Leipziger Osten drei Baukräne und einen Bagger auf dem Gelände des CG-Prestige Projekts „FourLiving“ in Brand gesetzt. Es entstand ein Schaden im unteren zweistelligen Millionenbereich. Trotz der erwarteten medialen Hetze haben wir bei unserer Aktion Gefahren für Leib und Leben anderer Menschen ausgeschlossen.

Wir sind Teil derjenigen die um ihren Wohnraum bangen, sind Teil derjenigen die sich von der einen präkeren Arbeit zur nächsten schleppen, die Gelder vom Amt beziehen und die kaum noch in der Stadt Wohnraum finden. Aber vor allem sind wir ein Teil derjenigen, die die soziale Kälte dieser Stadt der Reichen spüren. Wir wandern durch Straßen voller Konsumtempel, wo Solidarität ein Wort vergangener Zeiten zu sein scheint, wo alles nur mit Geld zu haben ist und das Privateigentum einen höheren Stellenwert als ein Menschenleben hat. Viele hoffen darauf noch ein Stück vom Kuchen abbekommen zu können, sei es auch noch so klein. Ihr Selbstoptimierungswille, ihre Karrieresehnsucht bestimmt immer mehr wie wir Zusammenleben. Projekte wie das der CG-Gruppe schaffen No-Go Areas der sozialen Interaktionen die über das gemeinsame Konsumieren hinausgehen. Sie schaffen No-Go Areas für all diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft, aufgrund von äußeren Merkmalen vom Wettbewerb des Marktes ausgestoßen werden. Sie sind exklusiv. Exklusiv für diejenigen deren Profitgewinn der Verlust der anderen ist. Exklusiv für die, die sich niemals vorstellen können in den dunklen Hallen von Amazon zu stehen. Exklusiv für die, die gerne beherzt glauben wollen, dass Angestellte in der Krankenpflege nur ihre Prioritäten richtig setzen müssten, um sich eine Wohnung für 12 Euro/m² leisten zu können. Wir haben keinerlei Interesse an diesen Tempeln. Kein Interesse an der Stellung derer die darin wohnen können. Kein Interesse daran Teil ihrer Exklusivität zu sein. Wir kämpfen nicht für mehr „sozialen“ Wohnungsbau neben Luxusgemäuern, sondern bekämpfen eine Gesellschaftsordnung in der es Menschen gibt die in Armut leben müssen - wir wollen keine Welt in der sich einige wenige ihre Tempel errichten können.

Wir kämpfen für eine Stadt von unten und gegen die der Reichen!

Die gewünschte Verdrängung schreitet in Leipzig mit großen Schritten voran. War vor 20 Jahren noch Armut, Perspektivlosigkeit im vorpreschenden Neoliberalismus und der Verfall des Wohnungsbestands Realität, schimpft sich die Stadt heute „Hypezig“. Und das, obwohl trotz einiger neu angesiedelter Industrie Leipzig ein Niedriglohnstandort geblieben ist. Der große Aufschwung, die Modernisierung tangiert nur wenige der Einwohner*innen dieser Stadt. Leipzig ist Stadt der Arbeiter*innen von BMW, Amazon, DHL und anderer Großindustrie und -logistik. Durch die massive Verschönerung von städtischen Flächen und Immobilien konnte sich nach der Eingliederung in die BRD die zu erwartende Immobilienblase wie ein Heißluftballon aufblasen und in weit entfernte Lüfte hinaufbewegen. Besonders die LWB konnte sich

hierdurch einiges an Lob und Profit durch westdeutsche Investoren einheimen.(1) Momentan gehören in Leipzig mehr als 94% der renovierten Altbauten und 60% der Neubauten Investor*innen, die nicht hier wohnen. Die Spekulation mit der Attraktivität der Stadt für eine sich neu ansiedelnde Oberschicht schoss in den letzten Jahren durch die Decke. Der künstlerische und alternative Flair und die Arschkriecherei der Stadt soll eine ganz neue „hippe“ einkommensstarke Gruppe anlocken: Die neue Start-Up Hauptstadt Leipzig wurde schon ausgerufen.

Die CG-Gruppe, als milliardenschwerer Immobilienkonzern, tut sich nicht nur in Leipzig als großer Akteur der Verdrängung hervor. Allein in Leipzig sind nach Schätzungen 20% der Neubauprojekte von der CG-Gruppe. Die bereits umgesetzten Projekte sind Wohntempel in attraktiven Gegenden mit Quadratmeterpreisen weit über dem Mietspiegel, teure Eigentumswohnungen, Lofts und Bürokomplexe. Der Konzern plant zudem die Gestaltung neuer Stadt“quartiere“, nicht nur in Leipzig. Neu entstehende Stadtteile, die nach dem Konzept der CG-Gruppe entworfen werden. Teurer Wohnraum, Geschäfte unter dem Image eines autark funktionierenden Viertelkonzepts. Schaut man sich die Planungen genauer an sieht man, dass diese Konzepte keine Räume der Interaktion abseits des Konsums bieten sollen. Diese geplanten Quartiere sind Ausdruck der zunehmenden Verfremdung unserer Gesellschaft, Orte der Zusammenkunft verschwinden und werden durch sterile und anonyme Straßenzüge ersetzt. Auch sie sollen Orte der Exklusivität für die oberen Schichten werden. Diejenigen, die von diesen Konzepten ausgeschlossen sind, sind diejenigen die in dieser Stadt immer weiter zurückgedrängt und immer weiter kriminalisiert werden. Die Struktur dieser Quartiere, als „smarte“ Stadtviertel, sind auch ein Vorstoß für die totale Überwachung der Stadt. Kameraüberwachung, smarte Wohnungen, intelligente Verkehrskontrollsysteme. Alles soll regulierbar, erfassbar, sanktionierbar werden - vom Gespräch im Schlafzimmer bis zu den Bewegungen in den Straßen.

Die Idee des „Vertical Village“ wie es jetzt an der Prager Straße umgesetzt werden soll, wird Konsummöglichkeiten, Arbeits“spaces“ und Wohnraum in einem Tower vereinen. Ein Luxustower in der Innenstadt - alles soll verfügbar sein. Auch hier umgibt man sich gern mit Gleichen. Trotz Quadratmeterpreisen weit über dem Mietspiegel versucht Gröner sein Märchen aufrecht zu erhalten, der Krankenschwester von nebenan eine erschwingliche Wohnung anzubieten. Wer von den präkeren Arbeitsbedingungen im Pflegesektor weiß, weiß auch, neben einer solch teuren Wohnung bliebe dann für die knappe Freizeit kaum ein Cent über.

Der CG Chef Gröner, der kein Scheinwerferlicht für eine Performance auslässt, gibt sich gern als Wohltäter. So hat er aktuell mit der Ersteigerung des Gemäldes „Der Anbräuner“ für 750.000 Euro auf einer Charity-Gala darauf hingewiesen, wessen Geistes Kind er ist (2).



Gröner macht keinen Hehl aus seiner Machtposition, die allein auf Reichtum basiert. Er sieht sich als positiver Gestalter, ein Macher, ein Kapitalist wie er sich nicht besser karikieren ließe. Gröner propagiert wo er nur kann seine sozialchauvinistische Ideologie. Der egozentrische Neureiche möchte Menschen rund um die Uhr auspressen. Er erklärt es zur Tugend in 30 Jahren nur drei Tage krank gewesen zu sein und auch Nachts am Arbeitsplatz zu erscheinen. Dabei stellt er sich als unerschütterlichen Vertreter eines Systems dar, in welchem nur durch die totale Selbstaufopferung der Sprung auf der Karriereleiter gelingen kann. Dafür, dass er Arbeiter*innen nach dem Mindestlohnsatz bezahlt, setzt er sich selbst den Lorbeerkrantz auf. Würden nur alle Menschen die von ihm geforderten Arbeitsmoral einhalten, müsste in seinen Augen niemand mehr arm sein. Für ihn ist die riesige Kluft zwischen seinem Einkommen und dem anderer Menschen daher gerecht. Wir leben in dieser Welt von Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, weil die einen Kapital akkumulieren und die anderen diesen Reichtum erschuffen, weil den einen die Ressourcen genommen werden und diese an anderer Stelle zur Profiterwirtschaftung dienen und vor allem weil die Mächtigen alles tun, um dieses System zu schützen. Für uns ist hier nur eines gerecht: der Kampf gegen diese Verhältnisse.

Gröner führt Klassenkampf von oben. „Wir, die Leute, die Gas geben, die Geld haben, müssen uns einbringen, wir sind der Staat“. Firmenchefs wie Gröner benötigen keine politischen Parteien. Die paar Kieselsteine die ihm ein aufjaulender Grünenpolitiker oder eine linke Stadträtin in den Weg zu legen versuchen, wird von ihm mit einem Lächeln beiseite gekickt. „Wir machen Wirtschaft, und das trotz Politik. Wir lassen uns durch solche politischen Verhältnisse nicht irritieren und schon gar nicht in unserem Handeln beeinflussen.“ In einem kapitalistischen Staat sind die Bestrebungen eines Gröner Raison. Das leise Schimpfen derjenigen, die dem Luftschloss des „sozialen Staates“ hinterhertrauern, wird die Machtverhältnisse nicht erschüttern und nicht den Interessen des Kapitals im Weg stehen. Nur auf der Straße können wir für eine gerechtere Welt kämpfen!

- Wir handeln in Solidarität mit all denen, die in ständiger Existenzangst leben müssen, die aus ihren Wohnungen geschmissen, an den Stadtrand gedrängt und deren soziale Nachbarschaftsgeflechte auseinandergerissen werden.

- Wir sind in Gedanken bei allen, die gegen die herrschenden Gewaltverhältnisse revoltieren und für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen!

- Flammende Grüße an die Gefangenen!

Und zum Abschluss...

...noch eines für dich, Dirk Münster und all deine Schlapphutfreunde: Euer Einheitstag bedeutet für uns nichts, wir wünschen uns keine DDR zurück und feiern nicht eure BRD. Die herrschenden Verhältnisse sind das was wir bekämpfen. Wir kämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Unterdrückung, gegen den Faschismus und gegen euch, die diese Ordnung Tag für Tag am Laufen halten. Wir sind da, jeden Tag. Es war einfach eine schöne, kalte und klare Herbstnacht die uns aus den Betten geholt hat. Deine Schnüffelnase, die dir trotz deines Deletantismus ein ordentliches Jahreseinkommen bringt, lag wie so häufig falsch.

(1) Durch den Marktdruck nach der Eingliederung in die BRD versuchte die Leipziger Wohnungs- und Bau-gesellschaft ihre hohe Verschuldung durch eine massive Verscherbelung kommunalen Wohnraums auszugleichen. Die Anzahl der zu niedrigsten Preisen verhökerten Wohnungen war die höchste in der gesamten BRD-Geschichte. Beispielhaft hierfür ist die Entwicklung des Waldstraßenviertels. Die Altbauten wurden von westdeutschen Investoren zu Spottpreisen gekauft und zu Luxusvillen am Innenstadtrand ausgebaut. Jahrelang standen diese leer, weil es in Leipzig nicht genug kapitalstarke Interessenten dafür gab. Die Frage nach gutem, aber vor allem bezahlbarem Wohnraum der vor der Kälte im Winter schützte und in welchem es funktionierende Wasser- und Stromversorgung gab, war zu dieser Zeit des Bevölkerungswegzugs trotzdem hoch. Die Menschen die zu der Zeit in Leipzig blieben, verteilten sich vor allem auf die bezahlbaren Plattenbausiedlungen am Stadtrand. Die gewünschte Segregation konnte sich gut entwickeln.

(2) Das Gemälde „Der Anbräuner“ von Neo Rauch ist eine direkte Reaktion des rechten Künstlers auf Kritik an seinen rechten Positionen aus Kunstkreisen. Seit Jahren gibt er öffentlich zum Besten, dass er ein neues „Zeitalter der Aufklärung“ vor allem „gegen die Meinungs-diktatur der DDR 2.0“ schaffen möchte. Rauch liebäugelt mit der Politik des Front National, die für ihn eine „progressive und keineswegs rechtsextreme Partei ist.“ Gröner erwarb das Gemälde für schlappe 750.000 Euro auf einer der unzähligen Charity-Galas, auf denen er versucht sein Image vom hilfsbereiten Millionär aufzupolieren. Er verkündete dieses „Kunstwerk“ in seinem neugegründeten „Verein für den gesunden Menschenverstand“ in Berlin aufhängen zu wollen.“

anonym

Chronik: 28.08.: Chiapas: Die Zapatistas erklären das sie ihre Gebiete friedlich um ein dutzend kommunen erweitert haben. **September: 02.09.:** In Berlin werden acht Vonovia-Transporter beschädigt – verbeult, entglast, geplättet. In Solidarität mit der Liebig34 sowie dem Wagenplatz DieselA. **03.09.:** Steine und Farbe gegen die Anwaltskanzlei Gross in Berlin, die die Räumungsklage gegen die Kiezkeipe Syndikat führt. **03.09.:** Anlässlich der staatlichen Repressionswelle gegen Anarchist*innen in Griechenland wurde das griechische Konsulat in München mit Bitumen angegriffen.

[LE] Grüße aus Connewitz

Hausbesuch bei Claudia Pech

Dokumentation: „Aktuell tobt ein Sturm der Empörung durch die Leipziger Presselandschaft. Grund ist nicht etwa der gesellschaftliche Rechtsruck, oder die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum, sondern es wird zum X-ten mal von einer „neuen Stufe der Gewalt“ fantasiert, wenn im Rahmen von sozialen Kämpfen Bagger brennen. Wir freuen uns, wenn sich der Bau von Luxuswohnung o.Ä. verzögert, denken aber, dass diese Aktionsform angesichts vollumfänglicher Versicherungsabdeckung nur symbolischen Charakter hat. Wir haben uns deswegen entschieden, die Verantwortliche für den Bau eines problematischen Projekts im Leipziger Süden da zu treffen wo es ihr auch wirklich weh tut: in ihrem Gesicht.

Claudia Pech wohnt aktuell (noch) in der Gottlaßstraße 6 in 04159 Leipzig und ist verantwortlich für das Errichten eines Komplex von Luxuswohnungen auf der Wolfgang-Heinze-Straße in Leipzig Connewitz. Die ProjektentwicklerInnen von „Wassermühlen Immobilien“ erdreisten es sich eine bereits vorher durch StadtteilbewohnerInnen genutzte Fläche zur Profitmaximierung zu nutzen.

Connewitz ist ein Ort des Widerstandes gegen kapitalistische Verwertung, rassistische Ausgrenzung und staatlichen Terror. Ein Rückzugsort für Menschen die sich an feministischen und sozialen Kämpfen beteiligen.

Projekte wie das Südcarré stellen eine Bedrohung für Connewitz als politischen Raum dar. Jegliche Beteiligung an dem Projekt ist als Angriff auf einen linken Stadtteil und seine BewohnerInnen zu bewerten. Akteure davon sind nicht nur ProjektentwicklerInnen wie Claudia Pech. Ebenso verantwortlich sind alle Personen, die vorhaben im Südcarré zu investieren oder zu wohnen. Selbigen muss klar sein, dass sie sich an einem Angriff auf einen Raum der radikalen Linken beteiligen, und dass dieser Angriff beantwortet werden wird.

„Gelegen in Leipzigs Süden treffen hier Kapitalanleger und Eigennutzer auf ein Immobilieninvestment, das im Immobilienmarkt der Metropole Maßstäbe setzt und in seinem Wesen die aufstrebende Stadt verkörpert.“

Das einzige auf das Kapitalanleger und Eigennutzer des Südcarrés treffen werden, sind kaputte Scheiben, brennende Autos und kaputte Nasen. Verpisst euch aus Connewitz!

Liebe Grüße an dieser Stelle an alle FreundInnen der gepflegten Baustellensabotage, sowie die 3 Beschuldigten des Parkbankverfahrens.“

anonym

Verbotsandrohung gegen de.indymedia.org

Tag (((i))) - Unsere Perspektive: Widerstand!

Wir laden alle, die Wut im Bauch haben und sich staatlicher Repression stellen wollen, zum Tag (((i))) nach Leipzig ein. An diesem Tag wollen wir auf der Straße Stärke zeigen und unsere Ideen verteidigen. Und bekanntlich ist die beste Verteidigung der Angriff.

Nach den vergangenen Angriffen in Leipzig, u.a. auf einige Baustellen und die Verantwortliche eines Luxusimmobilien-Projekts in Connewitz, wurden von staatlicher Seite Überlegungen und Forderungen laut, gegen de.indymedia.org polizeilich vorzugehen. [1] Das Bekenner*innenschreiben, in dem die Verantwortung für den Angriff auf die Immobilienmarklerin übernommen wird, wurde daraufhin von der Plattform gelöscht. Im weiteren Verlauf möchten wir näher die Ursachen der neulichen Verbotsandrohung erläutern, warum wir es wichtig finden dazu angemessen zu reagieren und alle dazu anregen, den Tag (((i))) zu einem Tag des Widerstands zu machen.

Ohne einen kleinen Rückblick auf den Verbot von linksunten.indymedia.org und die Reaktionen der Bewegung darauf, wäre eine umfassendere Betrachtung nicht möglich.

Der geringe Widerstand gegen das Verbot von linksunten war ein Zeichen der Schwäche. Gerade das militante Milieu hätte angemessen reagieren müssen, war die Seite doch die wichtigste Verbreitungsplattform für ihre Aktionen und Erklärungen. Der Moment wurde verpasst, an dem wir hätten zeigen können, dass das Innenministerium die Sperrung unserer Plattform nicht ohne erhebliche Konsequenzen vollziehen kann. Sicherlich haben sich die für linksunten verantwortlich gemachten Genoss*innen auch mehr Solidarität gewünscht. Die Verantwortung für die Verbreitung unserer Ideen und Taten kann nur dann genommen werden, wenn sich die Gefährt*innen unserer Unterstützung sicher sein können. Zur Zensur durch den Staat kommt nun die Eigenzensur durch de.indymedia.org,

03.09.: Die Leihfahrräder von Uber werden in Berlin zu Hunderten geplättet oder anderweitig unbrauchbar gemacht. 04.09.: In Bergen wurde Ausstellungsstück des Panzermuseums der Bundeswehr mit neuem Lack versehen und mit Parolen verziert. Krieg dem Krieg! 04.09.: In Hamburg wird ein Fahrzeug des Knastdienstleisters SPIE abgefackelt. In Solidarität mit den 3 von der Parkbank, den Menschen die Exarchia verteidigen und allen die, die zu erwartenden Räumungen in Berlin zum Desaster für die dortige Regierung machen wollen. 05.09.: In Bremen wird am Hauptbahnhof ein Reisebus

welche das Konzept linksradikaler Plattformen torpediert, indem sie vor möglicher Repression kapituliert. Das können wir nicht gutheißen und fordern eine Stellungnahme von de.indymedia.org.

2017 war der Aufstand gegen die G20 der Anlass für den staatlichen Angriff. Jetzt scheint für den Staat wieder eine Grenze überschritten zu sein und ein neuer Angriff auf unsere Strukturen wird vorbereitet.

Ob der Angriff auf die Immobilienmarklerin sinnvoll ist oder nicht und ob sie das richtige Ziel war, wollen wir hier nicht bewerten. Was wir sagen können, ist, dass diese Aktion sich von anderen herkömmlichen Aktionen militanter Gruppen der letzten Jahre unterscheidet, auch wenn der ihr zugrunde liegende Gedanke kein neuer ist. Einzelne Personen zur Verantwortung zu ziehen, weil sie Unterdrückung und Ausbeutung aufrechterhalten, verteidigen oder weiterentwickeln, war lange Teil der Praxis revolutionärer Gruppen wie der RAF, Bewegung 2. Juni oder Rote Zora/Revolutionäre Zellen. Auch gab es in den 80er Jahren Kiezmilizen, die z.B. auch in Kreuzberg Politiker*innen tötlich angriffen.

Der Anschlag auf die Baukräne war seit längerer Zeit derjenige mit dem höchsten Sachschaden einer militanten Aktion. Es entstand ein Schaden von 15 - 20 Millionen Euro und das Bauvorhaben wurde um zwei Monate verzögert. Die Verantwortlichen der Aktion versicherten, dass sie keine Menschenleben gefährdet haben. Auch wenn die Maschinen versichert waren, wie die Bauherren von CG behaupten, so verkompliziert und verteuert eine Bauverzögerung das gesamte Projekt.

Beide Aktionen haben gemeinsam, dass sie die Schwelle vom Protest zum Widerstand überschritten haben. Sie haben Teile der Immobilienbranche jeweils empfindlich getroffen und auf eine Art und Weise direkt angegriffen, die so nicht vorhersehbar war. Dass Widerstand, sowie die daraus wie ein Naturgesetz folgenden Gegenreaktionen des Staates, nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern auch von vielen sich als links verstehenden Leuten, nicht als wünschenswert empfunden werden, konnte man in den letzten Wochen in den (sozialen) Medien verfolgen. Teilweise wurde sogar soweit gegangen, den Genoss*innen vorzuwerfen, sie seien schuld an der anschließenden Repression. Dass diese Argumentation darauf zielt, letztlich nichts Offensives mehr gegen herrschende Ungerechtigkeitsverhältnisse zu tun, sollte eigentlich allen klar sein. Eine Haltung, die Angriffe auf die Herrschenden verurteilt, weil sie möglicherweise zu Repressionen gegen die Bewegung führt, lässt nicht nur außer Acht, dass diese Repression sowieso früher oder später kommt und sich nur den passenden Anlass sucht. Sie führt letztlich auch zu einem Sich-Einrichten in den Verhältnissen

der Bundeswehr angezündet als Akt gegen die autoritäre, patriarchale, tötende Scheißnormalität. Dieses Rauchzeichen gilt allen Eingesperrten! **05.09.:** In Bern brennt es bei der AMAG. Diese ist Hauptimporteur von VW in der Schweiz. VW hat vor kurzem entschieden, ein großes Werk in der Türkei zu bauen. Riseup4Rojava! **05.09.:** Die Glasfront der Yuppie Werbeagentur Phanke in Hamburg wird mit Hämmern bearbeitet. Phanke ist beteiligt am „Pauli-Haus“ dem neuesten monumentalen Getrifizierungsprojekt auf Sankt Pauli. Gegen die Stadt der Reichen! **06.09.:** Buttersäure gegen zwei

und zu einer befriedeten Situation.

Dennoch sollten die Aktionen kritisierbar bleiben und nach ihrer Wirkung analysiert werden.

Der mediale Schrei hält bis heute nach. Artikel mit der Überschrift „Baubranche in Angst“ oder absurde Vergleiche mit der RAF dominierten die Schlagzeilen. Der Freistaat Sachsen antwortete mit der Aufstockung und Umbenennung der „GEG-LE“ (Gemeinsame Ermittlungsgruppe - Linksextremismus) zur „Soko LinX“. Es wurde zur Hetzjagd geblasen; die linke Szene und das militante Spektrum insbesondere in Leipzig sollen zerschlagen werden. Es wurden Kopfgelder ausgesetzt in Höhe von insgesamt 160.000 Euro [2]- die Angriffe auf Knastbauunternehmen, die von dem entstehenden Riesengefängnis in Zwickau profitieren, wurden ebenfalls mit einbezogen. Die Bullenpräsenz in Connewitz ist in die Höhe geschossen und verdachtsunabhängige Kontrollen und Schikanen sind mittlerweile an der Tagesordnung. Die großen Bauherren trafen sich ebenfalls und verkündeten ein eigenes Sicherheitskonzept, um ihre Mitarbeiter*innen zu schützen. Dann kamen die Rufe de.indymedia.org zu verbieten.

Wenn wir all dem Gerede in den Medien Glauben schenken wollen, haben diese Aktionen eine Grenze überschritten. Vielleicht war es die Grenze, ab der sich die Herren und Besitzerinnen der Stadt tatsächlich von uns angegriffen fühlen und um ihre Projekte fürchten. Wäre dies der Fall, so hieße das: Sobald wir Aktionen mit einem effektiven Schaden durchführen und den Rahmen üblicher militanter Propaganda verlassen, sobald die Mächtigen sich bedroht und direkt angegriffen fühlen, müssen wir die Zensur durch den Staat fürchten. Der geringe Widerstand gegen das Verbot von linksunten erleichtert dabei die Überlegung des Staates, unsere Seiten zu schließen, wann immer sie es wollen. Im Hinblick auf de.indymedia.org sehen wir deshalb die Dringlichkeit uns mit allen Mitteln dagegen zu wehren und uns gegenseitig zu stützen. Der Widerstand gegen die Repression muss auf die Ebene gehoben werden, an der es die empfindliche Stellen des Staates trifft.

Eine Möglichkeit das alle gemeinsam zu tun sehen wir am 25.01.2020. Wir laden alle, die Wut im Bauch haben und sich staatlicher Repression stellen wollen, zum Tag (((i))) nach Leipzig ein. An diesem Tag wollen wir auf der Straße Stärke zeigen und unsere Ideen verteidigen. Und bekanntlich ist die beste Verteidigung der Angriff.



Ps.: Unterstützt die Mobilisierung! Verbreitet den Tag (((i))) in eure Städten, ladet die Plakatdatei weiter unten herunter, druckt sie aus und plakatiert sie. Anmerkung dazu: Nach dem linksunten Verbot würde dieses Plakat verfassungswidrige Abbildungen darstellen (das indymedia „i“ in Kombination mit „linksunten.indymedia.org“). Seid deshalb etwas vorsichtiger bei der Verbreitung und beim Plakatieren. Für einen autonomen Widerstand!

[1] <https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/indymedia-bekenn...>

[2] <https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Soko-LinX-Weitere-Belohnunge...>

pdf des posters: https://de.indymedia.org/sites/default/files/2019/11/autonomes_linksunten_a3.pdf

[LE] Fight Cops

Dokumentation: „In letzter Zeit kommt es in Leipzig vermehrt zu Auseinandersetzungen mit den Bullen. So auch am Freitagabend, 25. Oktober, in Connewitz rundum die Stö.

„Kein Sommer der Liebe“

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass sich unter dem neuen Leipziger Polizeichef Torsten Schultze die Gangart der Polizei geändert und verschärft hat. Der Kurs unter ihm ist im Vergleich zu Merbitz noch einmal deutlich konfrontativer geworden. Vermehrt kam und kommt es zu Auseinandersetzungen mit den Bullen, wie zuletzt bei der Solidaritätsdemo mit Exarchia im Leipziger Westen oder der Spontandemonstration in Connewitz anlässlich des rechten Terroranschlags in Halle. Auch im Sommer kam es zu mindestens zwei größeren Konfrontationen mit den Cops.

Der Trend dabei ist klar: Vermehrt setzen die Bullen in jüngster Vergangenheit auf direkte körperliche Gewalt gegen jegliches tatsächliches oder vermeintliches polizeiliches Gegenüber:

Am 1. Juni griffen die Bullen willkürlich Menschen vor dem Zoro an, die dort in der Schlange vor einer Party standen. Dabei prügeln sie wahllos auf mehrere Personen ein und versprühten Reizgas. Im Vorfeld führen die Bullen mehrmals provozierend durch eine feiernde und spielende Menschenmenge am Herderpark, woraufhin diese sich zur Wehr setzten. <https://de.indymedia.org/node/33464>

In der Nacht von 9. auf 10. Juli veruchten mehr als 500 Menschen eine Abschiebung in der Hildegardstraße im Leipziger Osten zu verhindern. Auch hier reagierte die Polizei direkt und ohne Vorwarnung mit heftiger körperlicher Gewalt in Form von Schlägen, Schlagstock und Reizgas. <https://de.indymedia.org/node/34646>

Am 9. Oktober demonstrierten etwa 80 Menschen von Connewitz ausgehend spontan gegen Antisemitismus und rechten Terror, nachdem am Nachmittag in Halle zwei

Menschen durch einen rechten Terroristen erschossen wurden. Die Demonstration wurde unvermittelt von mehreren Seiten von den Bullen angegriffen. <https://de.indymedia.org/node/40300>

Am 18. Oktober lief eine Solidaritätsdemo mit Exarchia durch Lindenau und Plagwitz. Im Verlauf der Demonstration wurden die Auflagen durch die Polizei willkürlich geändert und das Rufen „polizeikritischer Parolen“ wurde plötzlich untersagt. Als am Rande der Demo Pyrotechnik gezündet wurde, kam es zu einem Angriff der Bullen auf die Demo. <https://de.indymedia.org/node/42270>

In allen Fällen agierten die Bullen direkt und ohne Vorwarnung unter dem Einsatz brutaler körperlicher Gewalt. Dabei waren zu den genannten Ereignissen immer wieder auch Verletzte zu beklagen. Dass die Bullen gewalttätig agieren ist allerdings nicht neu. Was aber auffällt, ist die Häufigkeit und die Art der Austragung auftretender Konflikte zwischen politischen Aktivist*innen und der Bullerei in den letzten Wochen und Monaten.

Wochenende!

Am vergangenen Freitagabend kam es in Connewitz an der Ecke Stö/Bornaische Straße wieder zu Stress mit den Bullen. Nachdem zunächst eine brennende Barrikade errichtet wurde, flogen anschließend Steine, Flaschen und Pyro auf die anrückenden Cops. Auch an anderen Stellen in Connewitz brannten an diesem Abend Barrikaden, ehe die Bullen nach längerer Zeit und erst mit Verstärkung die Lage unter Kontrolle bringen konnten. Entgegen diverser Berichte, in denen unkritisch der Polizeibericht als Quelle herangezogen wurde, sind keine Feuerwehrleute angegriffen worden. Im Zuge ihres Einsatzes setzten die Bullen auch Tränengas mittels Mehrzweckwerfer ein, mit dem eine Tränengasgranate in die Stö geschossen wurde. Das austretende Tränengas war auch in den umliegenden Seitenstraßen und Wohnungen wahrzunehmen. Nachdem sich die Lage beruhigt hatte, wurde am Ort des Geschehens akribisch alles mitgenommen, was der extra herangekarrten Spurensicherung (Dunkler VW Bus mit Dachaufbau: DD-Q-2526) verwertbar erschien. Darüber

Immobilienbüros in München. Gegen Aufwertung und Verdrängung! **08.09.:** In Munster wird ein Truppenübungsplatz aufgesucht, mit antimilitaristischen Parolen markiert und in einem Sicherungsbäude am Rande des Geländes wurden die Sicherungskästen zerstört. **09.09.:** Farbe gegen die Commerzbank in der Göttinger Innenstadt. Kriegspoliteure angreifen – RiseUp4Rojava! **09.09.:** Farbe gegen Thor Steinar Läden in Münster und Dortmund. **09.09.:** Das Ladengeschäft von Martin Schiller, Vorsitzender der AfD in Münster, wird großflächig mit Farbe verschönert. **10.09.:** Farbe gegen die

hinaus waren mehrere Zivikarren unterwegs (z.B. weißer Mercedes Vito: DD-Q-2546).

Der darauffolgende Samstagabend war geprägt von einer erhöhten Polizeipräsenz. Den ganzen Abend hindurch schlichen die Bullen mit ihren Fahrzeugen planlos durch das Viertel. Dennoch brannten auch in dieser Nacht wieder an mehreren Stellen diverse Gegenstände, die anschließend von der Feuerwehr in Begleitung nervöser Cops mit Schutzschild gelöscht wurden. Leider wurde dabei eine „verdächtige Person“ von den Bullen festgestellt.

Wenngleich die Bullen am Freitag diesmal erst kamen, weil sie einen Anlass wegen einer brennenden Barrikade hatten, so dürfen wir nicht vergessen, wer zuletzt immer wieder ansatzlos unsere Demos angegriffen und unsere Freund*innen verletzt hat. Der Freitag ist ein Resultat einer sich immer mehr anstauenden Wut über das Agieren von Schultzes enthemmten Prügeltrupps. Es ist schön

zu sehen, dass sich Leute spontan zusammenfanden, sich den Raum nahmen und zumindest zeitweise die Bullen zu statischem Handeln zwangen. Wenn in die Leipziger BILD zu den Geschehnissen schreibt, dass "die oft größeren Gruppierungen von bis zu 100 Personen [...] es den Beamten schwer [machen], schnell zu reagieren" und "erst [...] Kräfte nachgefordert werden, um die Lage unter Kontrolle zu bringen und die Beamten nicht großer Gefahr auszusetzen" (<https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/brandherd-leipzig-immer-wieder-anschlaege-und-attacken-auf-polizisten-65611604.bild.html>), so zeigt das, dass wir durchaus in der Lage sind die Bullen kalt zu erwischen und daraus weitere Möglichkeiten entstehen können. Wir werden uns auch weiterhin nicht von Schultzes Bullen einschüchtern lassen, sondern selbstbestimmt auf die Straße gehen.

Gegen Repression und Verdrängung! Für ein rebellisches und solidarisches Viertel!"

anonym

[H] Farbe und Kleber für die AfD

20.11.2019 - Dokumentation: "In der Nacht von Montag auf Dienstag haben wir das Stadtteilzentrum Weiße Rose in Mühlenberg, das Freizeitheim Lister Turm und das Freizeitheim Vahrenwald mit Farbe und Kleber angegriffen.

In der Nacht von Montag auf Dienstag haben wir das Stadtteilzentrum Weiße Rose in Mühlenberg, das Freizeitheim Lister Turm und das Freizeitheim Vahrenwald mit Farbe und Kleber angegriffen. Alle drei Freizeitheime haben in der Vergangenheit die faschistische Alternative für Deutschland beherbergt. Für Dienstag waren an den drei Orten Veranstaltungen der AfD angekündigt.

Das Freizeitheim in Mühlenberg trägt den Namen der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, deren Mitglieder von den Nazis ermordet wurden. Es ist untragbar wenn an diesem Ort eine Partei tagt, für deren Köpfe die Verbrechen des deutschen Faschismus ein „Vogelschiss“ der Geschichte sind Sophie Scholl würde

sich schämen wenn das unkommentiert bleibt. Das haben wir auf die Hauswand gemalt.

Am 22. Februar 1933 griff die SA-Stürme 13 und 14 eine Wahlveranstaltung der SPD im Lister Turm an. Dabei wurden zwei als Ordner eingesetzte Reichsbannerleute, Wilhelm Heese und Willi Großkopf, erschossen. Eine Gedenktafel erinnert am Eingang des Turms noch heute an diesen Angriff. Wir haben die Eingangstür mit Kleber verschlossen und Farbe hinterlassen. Auch das Freizeitheim Vahrenwald haben wir in dieser Nacht mit Farbe markiert.

Kein Raum der AfD – in Hannover oder Braunschweig! Kommt am 30. November nach Braunschweig und beteiligt euch an den Aktionen gegen den AfD Bundesparteitag! Am Samstag Nazis aus der hannoverschen Südstadt ja-gen! Antifa heißt Angriff!"

anonym

Brief einer anarchistischen Internationalistin

Compañeros, compañeras, Ich glaube, dass es jetzt wichtig ist, dass unsere Stimmen von Rojava, aus dem Herzen dieses Kampfes, gehört werden. Ein Kampf um das Leben, um eine würdige Existenz, um eine echte Demokratie und um die Freiheit aller Frauen.

Ich möchte mitteilen, wie der Widerstand von Serekaniye ablief, wie der Anfang war, wie das Ende war und auch was zwischendurch geschah. Serekaniye befindet sich im

Moment in den Händen von jihadistischen Banden, die von der Türkei unterstützt werden, mit der Zustimmung der Vereinigten Staaten. An einem Punkt sagten sie, dass es eine 5-tägige Waffenruhe geben würde... wir glaubten es keine Sekunde. Und so war es auch - die Angriffe hörten nicht auf, vielleicht wurden sie reduziert, aber sie griffen uns weiterhin mit schwerer Artillerie, Bombardierungen und Flugzeugen an. Wenn es Bombardierungen gibt, gibt es sehr wenig, was getan werden kann; ver-

christlichen Fundamentalisten vom Jesus House in Berlin-Wedding. Dort wurde Werbung für den „Marsch für das Leben“ gemacht. **11.09.**: Das griechische Generalkonsulat in München wird Ziel einer Farbattacke. Das Tor wird mit den Worten „Exarchia Resists (A)“ verziert. Die Aktion ist eine Antwort auf die Repression des griechischen Staates gegen die Squats. **11.09.**: In Wuppertal wird im Rahmen von „Ende Gelände-wagen“ ein SUV der Marke Dodge abgefackelt und so die Umwelt von einer weiteren Klimakillbenzinschleuder befreit. **13.09.** In Berlin werden drei Autos des Deutsche

steck dich hinter einem Baum und hoffe, dass sie dich nicht laufen gesehen, oder dass sie deinen Platz entdeckt haben.

Die fünf Tage des vermeintlichen Waffenstillstands waren für die Vereinigten Staaten und die Türkei tatsächlich entscheidend, um den Konflikt neu zu definieren, um die Situation von Krieg, Konfrontation und Widerstand gegen unseren erzwungenen Abzug, den niemand erwartet hatte, neu auszurichten. Niemand konnte es glauben, nach 11 Tagen Widerstand, schön und sehr hart zugleich. Die Stadt verlassen. Die türkische Invasion von Serekaniye hatte einige Tage zuvor, am 8. Oktober, mit einer Bombardierung unserer Militärposten begonnen, die nicht beantwortet wurde, um nicht zu entfesseln, was später sowieso geschah. Es war ein Versuch der Freund_innen, die Bevölkerung und die Gesellschaft zu schützen. Aber am nächsten Tag, um 15-16 Uhr, gab es eine weitere Bombardierung eines der Posten von YPG, wo 5 Freunde fielen, und ab da an bombardierten sie die ganze Grenze.

Die ersten Tage waren sehr chaotisch. Wir versuchten einen klaren Kopf zu behalten und ruhig zu bleiben und uns auf die Invasion vorzubereiten. Ja, die letzten Monate der Vorbereitungen machten Sinn, es wurde Realität. Neben allen Ängsten zu realisieren, was der Krieg bedeutet, der Mut, sich einer getroffenen Entscheidung zu vergewissern und gleichzeitig sind da die Zweifel, dass alles zum Schweigen gebracht würde, dass niemand auf der Welt von dieser Barbarei erfahren würde.

Wenn der Krieg eintrifft, ist es ein entfernter Krieg, mit vielen unvorhersehbaren Bombardierungen, die man erst im letzten Moment hört. Wenn die Bomben fallen, fallen sie, wenn es passiert, dann passiert es. Nach Tagen lernt man, sie zu erkennen und gleichzeitig beginnen die Verwundeten einzutreffen, mit den Gefühlen, die sie in uns erwecken; Traurigkeit auf der einen Seite, weil die Kriegsmaschinerie monströs ist, und auf der anderen Seite die Kraft, auch für sie zu kämpfen.

Alle Verteidigungseinheiten, die bereits hier waren und die ankamen, als sich der türkische Angriff verschärfte, hielten die Stadt trotz der Bewegungen der dschihadistischen Banden sicher und ermöglichten die Überstellung der Verwundeten in die Stadt Til Temir. Bis die Türkei diese Straße abschnitt und es nicht mehr möglich war, sie dorthin zu bringen.

Das war sehr heftig für uns alle, weil wir ihnen nicht die nötige medizinische Versorgung geben konnten. Bei einigen von ihnen verschlechterte sich der Gesundheitszustand rapide und ein Freund ist beim Warten auf die Behandlung gestorben. Und mehr Wut erreichte unsere

Herzen. Je mehr Angriffe kamen, umso größer wurde unser Mut. Gleichzeitig war uns bewusst, dass wir es mit der zweitgrößten Armee der NATO zu tun haben und wenn wir fallen, wer wird dann diese Geschichte von Barbarei und Widerstand erzählen? Wir schützten die Stadt, mit dem Gedanken, es mit allen Konsequenzen zu tun und niemand erwartete, dass wir die Stadt verließen, wie wir sie verließen. In unseren Gesprächen, in Momenten der Pause, waren wir alle entschlossen und überzeugt, dass Serekaniye uns gehört und auch bleiben würde. Für mich war es unglaublich, diese Freund_innen an meiner Seite zu haben, zu sehen, wie sie kämpfen, von ihnen zu lernen, denn ihr Kampf kommt aus dem Herzen und wenn sie verletzt wurden, wollten sie nur einen Verband, Medikamente und wieder an die Front. Diese Menschen kämpfen für das Leben. Weil sie glauben und dieser Glaube ist ein so starker Wert, dass ich ihn mit dieser Intensität noch nie zuvor gespürt habe.

Serekaniye hatte schon einmal Krieg gesehen und gerade deshalb war unser Rückzug vielleicht so hart. Und jetzt sind wir in anderen Teilen, denn der Krieg ist noch nicht vorbei, es gibt viel zu verlieren und viel zu gewinnen. Es ist unsere Aufgabe, den Widerstand zu verteidigen, ihn

öffentlich zu machen, weiter zu kämpfen, wie ihr alle es tut hier und dort. In Serekaniye hat bis heute niemand aufgehört, niemand hat sich hingesezt, der Kampf und das Leben gehen weiter. Wir dürfen nicht vergessen, dass jeder Schritt ein Schritt nach vorne ist, für die Märtyrer, für die zerstörten Häuser, damit sie wieder schön werden, wie das Leben, das sie beherbergen. Als wir gingen, konnte ich vom Fenster aus die Stadt brennen sehen und ich konnte die Tränen nicht zurückhalten, ich konnte die zerbombten Außenbezirke, die Ruinen nicht ertragen, aber wisst ihr was?

Wir werden sie zurückgewinnen und befreien und sie noch schöner, freier und ohne jede Spur von dieser Barbarei gestalten. Wir werden es für die vertriebenen Mütter und Mädchen, für die Märtyrer, für die tapferen Freund_innen, für diese Erde, die auch unter den Bomben Leben hervorbringt. Wäre ich nicht an der Seite der Freund_innen gewesen, die seit vielen Jahren in der



Wohnen angezündet. Antimilitaristisch, feministisch, antifaschistisch und unverholen gegen die Stadt der Reichen! 13.09.: In München wird in Solidarität mit den 3 von der Parkbank ein Auto des Kastprofiteurs Siemens mit Farbe angegriffen. 14.09.: Im Fahrzeuglager des AfD-Landesverbandes Sachsen wird ein Lkw in Brand gesetzt, die Flammen greifen auf weitere Autos über. 14.09.: In Freiburg wird ein Vonovia Auto mit Messer und Farben angegriffen. Gegen systematische Verdrängung und Profitwahn! 17.09.: Glasbruch und Buttersäure gegen das Technologieunternehmen AVA in Berlin-Mit-

Bewegung hier sind, hätte ich nicht all den Mut und die Liebe zu dieser spüren können. Und ich denke, „wenn wir das hätten, nicht eine Miliz, nicht eine Armee, nur das, ein einfaches Gefühl.“ An diese Zukunft zu glauben, die wir uns vorstellen. Wir würden nichts anderes brauchen.

Als wir die Stadt mit dem Konvoi verließen, sahen wir die türkische Flagge, die bereits am Kontrollpunkt des Stadteingangs angebracht war, wir sahen die Gesichter unserer Feinde, die sich bis kurz zuvor in den Gebäuden versteckt hatten, um uns zu erschießen. Sie gingen auf die Straße, sammelten sich auf den Balkonen...

Wir werden nicht aufhören, und jede_r muss wissen, was hier vor sich geht. Und ich weiß, dass ich mich nicht für all eure Solidarität bedanken sollte, denn die Solidarität ist ein Teil von uns, Teil des Kampfes, aber ihr wisst



nicht, was jedes Foto bedeutete, jeder Text, den ihr uns geschickt habt, alles, was wir sehen konnten, wie aus Tausenden von Orten Menschen zusammenkommen und für eine internationalistische Solidarität ihre Differenzen beiseite legen. Ihr dürft nicht aufhören, denn das hier fängt gerade erst an.

Denn es ist nicht nur eine militärische Operation, sondern ein Versuch, eine Kultur, Ideen, einen Traum zu vernichten.

Solange es nur einen Panzer oder nur einen türkischen Soldaten gibt, werden wir nicht aufhören, es kann Jahre dauern, aber wir werden es nicht zulassen, dass der Faschismus auch nur einen Schritt weiter geht. Wenn sie Rojava besiegen wollen, werden sie dem Hass der neuen Generationen begegnen, den sie selbst erzeugen, wenn nötig für Tausende von Generationen, die dem Widerstand folgen werden. Lasst uns nicht aufhören, hierher zuschauen, der Krieg ist nicht nur ein paar Monate des Konflikts, er ist etwas, das Konsequenzen hat, die nicht vergessen werden sollten.

Russland und die Truppen von Assad breiten sich auf dem Territorium aus. ISIS organisiert sich neu, insbesondere im Raum Til Temir und stellt eine ideologische und militärische Organisation wieder her, die nie ganz verschwunden war. Viele Familien, die von Serekaniye nach Til Temir gegangen sind, sind nun wieder gezwungen, umzuziehen, nach Qamishlo oder sogar Başur. Der Krieg geht weiter, er ist noch nicht vorbei. Die Bedeutung eurer Unterstützung ist enorm, ich würde sagen, entscheidend, und nicht einmal so sehr in Bezug auf die Propaganda, sondern in der einfachen Tatsache, dass ich mich euch nah fühle, das Gefühl zu haben, dass wir nicht allein sind, zu wissen, dass viele Menschen dahinter stehen. Die Solidarität gibt uns noch mehr Mut.

Unsere Moral ist hoch, wir werden all dies weiterhin verteidigen, auf Schritt und Tritt lernen, jeden einzelnen Freund und jede einzelne Freundin mit uns nehmen, in jedem Lächeln, in jedem Tropfen Schweiß, in jedem Moment der Einsamkeit oder Angst.

Es ist alles so schön und großartig, dass ich es nicht beschreiben kann.

Lasst uns vorwärts gehen, Freund_innen, hier machen wir weiter.

Şehîd Namirin

Munitionshersteller angezündet

Der Preis eines Lebens

Dokumentation:“ Wir haben heute Nacht in Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und gegen die türkische Invasion in Rojava den Eingangsbereich der Firma Ferrostaal in Geisenheim (Rheingau) angezündet. Wir haben mit einigen Reifen die Rückseite des Verwaltungsgebäudes in Brand gesetzt. Dort wird für den weltweiten Gebrauch Waffen und Munition hergestellt. Wir gehen davon aus, dass sowohl die Firma, als auch die Polizei kein Interesse daran haben wird, dass das an die Öffentlichkeit geraten soll.

Der Preis des Lebens – Eine Gewehrpatrone, vielleicht 0,75€. Aber was kosten tausende Leben? Und welchen Preis bist du bereit zu zahlen, auch nur eines zu retten? Wir wollen uns nie vorwerfen lassen, wir hätten etwas unversucht gelassen. Wann wäre der richtige Zeitpunkt gewesen? Zu welchem Zeitpunkt werden sie entscheiden es reicht, es ist genug? Wie viel bist du bereit zu ertragen? Und zu welcher Zeit wird es bereits zu spät sein. Wir haben uns entschieden jetzt zu handeln. Wir können und werden es nicht länger ertragen, nicht länger unwidersprochen mittragen.

te. Gegen die Akteure des technologischen Angriffs. 17.09.: In Berlin werden mehrere Vonovia-Transporter beschädigt. 18.09.: Das „Flieder Volkshaus“ eine Neonaziimmobilie in Eisenach wird kurz vor dem 5-jährigen Jubiläum großflächig mit Farbe verschönert. 19.09.: In Leipzig wird ein Secu-Auto abgefackelt. In Solidarität mit den 3 von der Parkbank. 19.09.: In Bremen wird im Zuge der Bewegung „Ende Gelände“ ein Dodge-SUV spritsparend in Brand gesetzt und so aus dem Verkehr gezogen. 20.09.: Das Landesamt für Asyl und Rückführungen in München wird mit groß-

Wir wissen, dass im Kapitalismus in dem wir leben die Profitmaximierung allem voran geht. Es ist völlig klar, dass privatwirtschaftliche Unternehmen sich nicht um die menschenverachtenden Folgen ihres Gewinnstrebens kümmern. Und ganz offensichtlich lässt sich mit dem Töten von Menschen sehr gut und sehr viel Geld verdienen. Wir lassen uns nicht verarschen! Hinter der Fassade sind vielleicht Biedermänner, aber was sie tun ist mörderisch. Eine Bombe erfüllt nur einen Zweck und wird auf ein Haus voller Menschen geworfen. Sie wird die Menschen darin töten, denn es gibt für Gewehrmunition keinen anderen Zweck als das Töten - und den Machtinteressen derjenigen dienen, die sie abfeuern und denen Geld einbringen, welche diese produzieren und verkaufen. Wir stellen vor: Das ist Ferrostaal.

Unter dem Namen Ferrostaal agiert heute die ehemalige Fritz Werner Industrie Ausrüstungs GmbH in Geisenheim. Sie stellt Waffen und Munition für den Kriegseinsatz weltweit her und verkauft diese an jeden zahlenden Despoten. Mehr noch, diese Firma gehört zu den weltweit ganz wenigen Anbietern, die seit Jahrzehnten komplette Rüstungs- und Munitionsfabriken für ihre Kunden konzipieren und aufbauen können. Hierdurch werden eventuelle Exportbeschränkungen auf perverseste Art

und Weise umgangen: Ist der Verkauf von entsprechenden Waffen oder Munition in eine Region verboten, bietet Fritz Werner/ Ferrostaal eine komfortable Möglichkeit an, das ganze zu umgehen. Sie bauen einfach eine fertige Waffen-Fabrik. Und schon können sich die Diktaturen der Erde sich die benötigten Kampfstoffe selbst herstellen, um ihre eigene oder andere Bevölkerungen zu unterdrücken, ermorden, zu vernichten.

Wir wissen Ferrostaal wird dies öffentlich abstreiten. Öffentlich präsentiert sich das Unternehmen als Spezi-

alist für den Maschinen- und Anlagenbau, hauptsächlich tätig in der sogenannten MENA(Middle east /North africa) Region. Natürlich nur im friedlichen Aufbau von Öl und Solaranlagen. Doch glaubt den Lügen der Mörder nicht! In einem Komplizierten Firmengeflecht werden die Rüstungsaktivitäten geschickt verschleiert. Heißt die Sparte offiziell Ferrostaal oil, so ist sie doch aktiv mit dem Rüstungsbereich von Rheinmetall verbunden. Das mit Ferrostaal Industrieanlagen GmbH, Essen, betrie-

bene Joint Venture Rheinmetall International Engineering GmbH, Geisenheim (RIE), war dem Unternehmensbereich Defence zugeordnet.

Wo es zu morden gibt, ist Ferrostaal aktiv: Türkei, Saudi Arabien, Mexiko... Ein kleiner unvollständiger Ausschnitt:

Türkei

Nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Helmut Kohl 1998 die Fertigung von einer halben Million HK-33-Gewehre in der Türkei genehmigt hatte, erteilte im Juni 2000 die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) der damaligen Fritz Werner die Zustimmung zum Bau einer Fabrik zur Herstellung von Patronen des NATO-Kalibers 5,56 mm. Die Fabrik wurde ab 2003 errichtet und hatte einen Wert von 46 Mio Euro. Fritz Werner ist Führer eines Konsortiums von Firmen aus Belgien, Frankreich und Spanien. Der Vertrag der Türkei mit der spanischen Firma Santa Barbara sieht vor, dass diese pro Jahr 750 Tonnen Patronenpulver fertigt. Diese Menge reicht für die Herstellung von etwa 400 Millionen Patronen 5,56 mm. Im Jahr 2000, dem Jahr der erteilten Ausfuhrgenehmigung in die Türkei war dem Türkei-Bericht von Amnesty international zu entnehmen, dass die Folter „verbreitet“ war. Im Februar 2010 hat der Bundessicherheitsrat abschließend entschieden, dass Fritz Werner Herstellungsausrüstung für Munition im Wert von 854.250 Euro in die Türkei exportieren darf. Wann die Lieferung erfolgte, ist unbekannt.

Zynisch sind die leeren Phrasen der deutschen Politiker, wenn sie auf Einhaltung von Menschenrechten in den neun Kriegsgebieten der Türkei pochen. Eben diese Türkei wurde mit deutschen Waffen hochgerüstet. Eben diese Türkei hat niemals einen Hehl daraus gemacht, was sie in den kurdischen Gebieten veranstaltet. Dort wird die letzte sichere und vom Krieg verschonte Region nun zerstört und die dort lebenden Menschen getötet und vertrieben. Mit dem Ziel andere Bevölkerungsgruppen, bzw. genauer die islamistischen Milizen vom sogenannten IS und Konsorten anzusiedeln. In den 90ern lief solches Handeln unter dem Namen „ethnische Säuberung“. Und genau das ist es. Ethnische Säuberungen und Krieg, ausgelöst und vorangetrieben von einem engen „Verbündeten“ und NATO Mitglied.

Und die Deutsche Regierung erklärt diesmal aber nun wirklich keine Rüstungsgüter mehr zu exportieren. Zumindest keine mehr welche in Syrien eingesetzt werden könnten. Was soll das sein? Nur noch Schneetarnanzüge für die türkische Armee?! Deutschland setzt Millionen von Euro mit den Türkischen Kriegen um. Und das auch fleißig nach dem vorherigen Einmarsch der türkischen Armee in



flächigen Graffiti verschönert: „Destroy Borders Smash The State“ und „Stop Deportation“ prangen nun auf der weißen Fassade. **20.09.:** In Berlin wird das Büro von Engel&Völkers mit Hämmern und Farbe angegriffen. Das Unternehmen ist durch die Spekulation mit Wohnraum und dem Schaffen von Luxuswohnungen mitverantwortlich für eine Stadt der Reichen. **22.09.:** In Tübingen wird der er Amazon Development Center GmbH klar gemacht, dass sie nicht willkommen ist: „No Cyber Valley!“ **22.09.:** In Berlin wird der Nazi-Store „Nordic Company“ mit Farbe angegriffen. **23.09.:** In Berlin



Afrin. Spätestens danach war völlig klar wohin die Reise geht.

Saudi-Arabien

Zu Zeiten des Kabinetts Merkel II (schwarz-gelb) erteilte der Bundessicherheitsrat im Juni 2011 drei abschließende Ausfuhrgenehmigungen nach Saudi-Arabien zur Herstellungsausrüstung von Munition im Gesamtwert von rund 1,13 Mio. Euro. Im Juni 2017 hat der Bundessicherheitsrat der Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH die Ausfuhr militärischer Werkzeuge und Ausrüstungen im Wert von 8,9 Mio. Euro nach Saudi-Arabien erlaubt.

Mexiko

Im Juni 2006 eröffnete Ferrostaal in Mexiko eine Produktionsanlage. Dort wurde ein G36-Nachbau, in Serienfertigung hergestellt. Anfangs wurden die militärische Spezialeinheit GAFE damit ausgerüstet, welche damit den indigenen Aufstand der Würde der EZLN niederschlug. Später rekrutierten sich aus ebendieser Einheit eines der brutalsten Drogenkartelle in Mexiko.

Die Auflistung der Beteiligung an Verbrechen von Ferrostaal /Fritz Werner würde diesen Rahmen sprengen - jedoch hat es bundesdeutsche Tradition. Selbst die international isolierte Militärregierung in Burma wurde jahrelang durch das Unternehmen hofiert. „Die deutsche Regierung hat zweifellos eine gewisse Mitschuld an den Tötungen in Burma, weil deutsche Firmen Waffen oder Fabrikmaterialien zur Herstellung von Waffen geliefert haben. Die deutsche Regierung hat dies nicht nur gebilligt, sondern auch aktiv realisiert. Wenn ich jemandem eine Waffe gebe in dem Wissen, dass er damit jemand anderes tötet, werde ich in den meisten Ländern als Helfershelfer bezeichnet. So gesehen ist Deutschland damit ein Komplize der Massaker von 1988 und dem Krieg

gegen die ethnischen Minderheiten.“, sagt Mark Farmer, Direktor der Burma Campaign London.

(Für weitere Hintergrundinformationen empfiehlt sich beispielsweise die Informationsstelle Militarisierung)

Unsere Sabotage richtet sich gegen die gesamten Machenschaften von Ferrostaal, gegen die blutigen Folgen ihrer Profitmaximierung. Doch besonders nehmen wir Bezug auf den Widerstand in Rojava, der mit Hilfe ihrer Technologie gerade jetzt zerschlagen werden soll.

In Nordsyrien bauen die Menschen eine demokratische Selbstverwaltung auf. In ihren Ausformungen und Prinzipien ist sie denen der parlamentarischen Demokratien der westlichen Welt deutlich näher als den sie umgebenen Machtblöcken. Ein bedeutender Unterschied, wie die meisten fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen, wurde auch diese von unten, durch die Menschen erkämpft. Insbesondere die enorme Teilhabe der Frauen, ihre Gleichberechtigung im Alltag wie auch an den Kämpfen, oft sogar ihre Vorreiterrolle in den gesellschaftlichen Umbrüchen darf gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dies sind unsere Anknüpfungspunkte an die revolutionären Umwälzungen in Rojava. Der Versuch eine befreite Gesellschaft aufzubauen, die feministische Revolution erfüllt uns mit Hoffnung. Der durch westliche Invasionen völlig in den Abgrund gescheiterte Irak, sogenannte oppositionelle Gebiete in Syrien, wo unter dem Schutz des türkischen Staates die Scharia ausprobiert wird, die Türkei selbst, im Vorhof sogenannte neoosmanischer Träume. Ganz offensichtlich ein autoritärer Staat welcher nur noch im Angriff gegen andere die inneren Widersprüche und die Korruptiertheit seiner Eliten überlügen kann.

Doch die kämpfenden Kurdinnen und Kurden sind einerseits Vorbilder, in der Konsequenz ihres Handelns und in dem Eintreten für ihre Sache. Andererseits ist es ein gemeinsamer Kampf, um Geschlechterbefreiung, gegen Krieg und kapitalistische Ausbeutung, für gemeinsame Teilhabe und gegen Ausschlüsse aufgrund von Herkunft oder sexueller Orientierung. Diese Kämpfe sind aktuell und an jedem Ort der Erde sind es die progressiven, radikalen fortschrittlichen Kräfte, welche für die Befreiung der Menschen eintreten. Sicherlich sind die jeweiligen Bedingungen in denen wir kämpfen unterschiedlich und unsere Voraussetzungen auch. Die linksradikalen Versuche in den zentral europäischen Metropolen sind kaum zu vergleichen mit den Organisationsansätzen der kurdischen Freund*innen, und in keinsten Weise mit dem unvorstellbaren hohen Preis an Blut, Leid und Tod. Doch uns eint die Vorstellung, der gemeinsame Traum, dass es einmal besser werden wird. Nicht nur für wenige, für alle!

Wedding wird ein Neubau unter Wasser gesetzt. An der Fassade werden Parolen hinterlassen. 23.09.: Im Rahmen des von FridaysForFuture ausgerufenen Generalstreiks fürs Klima wird mittels Kabelbrand der Bahnverkehr zum Flughafen Schönefeld unterbrochen. System change not climate change! 24.09.: In Dresden wird der gewaltbereite Neonazi Ferenc Achtnichts bei seinen Nachbar*innen geoutet, die Fassade und Tür seines Wohnhauses wird verschönert. 24.09.: In Hamburg werden das Büro von „STEG“ und ein anliegendes Immobilienbüro entglast. STEG ist sehr aktiv bei der

All Cars Are



e Barricades



10 Jahre Autonomes Blättchen

Der Preis des Lebens

Unser Traum des befreiten guten Lebens ist selbe Traum, wie ihn Gefähr*innen in Kurdistan und Chiapas träumen. Mittel, Wege, Voraussetzungen und Intensität unterscheiden sich in Chile, Paris, Seattle und Serê Kaniyê. Wir denken, dass Widerstand jetzt und hier notwendig ist. Wir kämpfen dort wo wir leben – nämlich an dem Ort, von dem aus die Diktatoren und ihre Regime in dieser Welt mit Waffen und Munition ausgestattet werden. Andere von uns beteiligen sich an den Kämpfen, dem Aufbau, dem Widerstand in Rojava. Manche versuchen hier auf vielfältigste Weise die dauerhafte und doch so schmerzhaft Stille in Westeuropa zu unterbrechen. Tausende versammeln sich zu Demonstrationen, es gibt Aktionen des zivilen Ungehorsams, Blockaden von türkischen Einrichtungen, Straßen oder deutschen Rüstungsbetrieben. Wir verstehen uns als Teil der Bewegung, welche nur in ihrem Zusammenspiel von verschiedenen Aktionen eine Stärke und Wirkmächtigkeit gegen den Krieg entfalten können und werden. Doch der Widerstand, unser gemeinsamer Kampf ist unsere Stärke. Wir verstärken die Aktionen und Demonstrationen und den Druck auf die Profiteure des Mordens. Doch ohne die öffentlichkeitswirksamen Aktionen verschwindet unser Widerhall im Blätterwald der Medien.

Das Zusammenspiel wird unsere Stärke ausmachen - das Zusammenkommen der Kämpfe!

Jede*r von uns wird sich entscheiden, wo er/sie steht. Und jede*r wird die Aktion, den Weg des Widerstands wählen welcher am besten zu ihr/ihm passt. Wichtig ist die selbe Richtung des Weges.

Wir haben bei unserer Aktion sehr darauf geachtet, dass das angegriffene Objekt menschenleer ist und somit keine Menschen verletzt werden. Das kann Ferrostaal nicht von sich behaupten. Ihre deutschen Waffen töten mit in aller Welt. Wir hoffen dass unsere Aktion wenigstens für ein paar Tage den ungestörten Betriebsablauf behindert hat. Wir glauben dass auch nur eine einzige Waffe, eine einzige Kugel weniger in den Händen Erdogans alles Wert ist. Es ist der Preis des Lebens. Was ist dein Preis?

Der Drang nach Freiheit ist unser aller Bedürfnis und stärker als jede Gefängniszelle, manchmal auch stärker als der Tod.

Wir grüßen alle Gefähr*innen auf der Flucht und in den Gefängnissen, insbesondere alle die weiter kämpfen. Solidarische Grüße an Loic und die drei von der Parkbank, und an alle im nirgendwo. Gewidmet ist die Aktion Anna Campbell. Sie schloß sich dem Frauenkampf der kurdischen Befreiungsbewegung an und kämpfte gegen den sogenannten Islamischen Staat. Sie wurde von türkischen Milizen in Afrin getötet, von türkischen Söldnern mit türkischen Waffen. Hergestellt und geplant wurden diese Waffen vielleicht in Geisenheim, von Ferrostaal.

Ihre Gefähr*innen in England blockierten einen Rüstungsbetrieb, wir entschieden uns dafür die Fabrik anzuzünden. „Für dieses weite und aufgerüttelte Herz, trunken von Solidarität, ist die einzig atembare Luft die Menschenliebe“

*Autonome Gruppe
Kommando Hêlîn Qereqox / Anna Campbell“*

Unser Kampf bedeutet Frieden wir bekämpfen euren Krieg!

Dokumentation:“ Wir sind wütend! Wütend auf das allzu bekannte Schweigen der sogenannten Repräsentant*innen Deutschlands in einer Situation, die richtige Konsequenzen erfordert! Ganze elf Tage hat es gedauert, bis die türkische Invasion vom Sprecher der Bundesregierung als völkerrechtswidriger Angriff benannt wurde – nichts weniger als eine Worthülse!

Schon seit Jahrzehnten versucht die Türkei die kurdische Bevölkerung zu unterdrücken, mundtot zu machen, sie auszuschalten. Spätestens seit den massiven Angriffen, die am 09.10.2019 Kurdistan erreichten, sollte jede*r verstanden haben, welche perfiden Interessen die Türkei verfolgt.

Es überrascht nicht, dass Parteien in Deutschland nur zusehen. Die SPD hat sich nach Tagen des grausamen Mordes durchgerungen einen „Stopp“ der Rüstungsexporte an die Türkei anzustreben. Aber auch dieser Vorstoß entpuppt sich als blanker Hohn, denn die bereits genehmigten Exporte werden weiterhin geliefert, genauso wie die Waffen, die nicht im „Konflikt in Nordsyrien genutzt werden“ können. Die Statistik zeigt die wahren Interessen der SPD-geführten Regierung: Ein Drittel aller Waffenlieferungen aus Deutschland gingen 2018 in die Türkei (neben den Staaten wie den Vereinten Arabischen Emiraten und Ägypten als Teil der Kriegsallianz im Jemen)1. Und auch dieses Jahr boomt die Waffenindustrie in der BRD, denn schon in der ersten Hälfte 2019 wurden mehr Rüstungsexporte an den NATO-Partner genehmigt

Aufwertung des Schanzen- und Karolinenviertels. 24.09.: In Berlin bleiben zahlreiche Immobilienbüros vorerst geschlossen: Etwa 20 Türschlösser wurden mit Nadeln gespickt und mit Sekundenkleber verklebt. 26.09.: In Berlin wird für Risse in der kapitalistischen Stadt gesorgt: Zwei Scheiben von Engel&Völkers mussten dran glauben. 26.09.: In Hamburg kriegen Mini-Appartments in der Knoopstraße einen neuen Anstrich. Gegen die Kapitalisierung von Wohnraum – Häuser für Alle! 26.09.: In Berlin wird der Firmensitz der Deutschen Wohnen und das Fahrzeug einer Sicherheitsfirma mit Farbe

als im gesamten Jahr 2018. Schlimmer noch: die tatsächlichen Lieferungen der Rüstungsgüter in die Türkei erreichten 2019 den Höchststand seit 2005. Daneben werden türkische Spezialkräfte am „Ausbildungszentrum Spezielle Operationen“ in Pfullendorf (Baden-Württemberg) von deutschen Soldat*innen ausgebildet, die nun in Syrien kämpfen (Informationsstelle Militarisation). Trotz der stark faschistischen Ausrichtung seiner Politik, wurde der Despot Erdogan vom SPD Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2018 mit militärischen Ehren empfangen.

Skrupellose, wirtschaftlich-politische Interessen und die Unterwürfigkeit gegenüber der Türkei, die sich aus dem sog. Flüchtlingsabkommen ergibt, werden maßgeblich von deutschen (SPD-) Parlamentarier*innen getragen. Dieses Verhalten ist ein Verrat an den Menschen, die ihr Leben für eine bessere Gesellschaft, ein besseres Leben in Gleichheit und Selbstbestimmung gegeben haben. Menschen, die jahrelang dem schlimmsten Feind, dem IS, gegenüberstanden und mit den Gräueltaten dieser faschistischen Organisation konfrontiert waren.

Es gab noch nie eine Hoffnung in staatliche Solidarität, abseits von wirtschaftlichen Eigeninteressen und einer rechten Ideologie, die in Militär, Staatsschutz und Parteien Einzug erhält. Und dennoch kann diese Menschenfeindlichkeit, die Ignoranz gegenüber eines der fortschrittlichsten Gesellschaftsprojekte der Welt und das Ducken vor rechten Agitatoren nicht unkommentiert bleiben! Das ist erst der Anfang!

Am 24. Oktober wurde die SPD Bundespartei zentrale mit Farbflaschen und Steinen angegriffen.

Es werden alle Zusammenhänge weltweit aufgerufen, sich an der Kampagne #Fight4Rojava zu beteiligen. Macht den Feinden der Freiheit in euren Ländern bewusst, welche Verantwortung sie tragen.

Keine Kompromisse!

Keine Forderungen!

Nieder mit Staat, Kapital und Faschismus.“

anonym

Baubeginn in Qamislo

Aufbau eines selbstverwalteten Gesundheitssystems in Rojava / Nord-Ost-Syrien

Seit mehr als drei Jahren wollen wir mit dem Projekt avahî – solidarity construction Rojava und unserer Kooperationspartnerin, der Stiftung der freien Frau in Rojava (WJAR) eine Poliklinik in der Demokratischen Föderation Nordsyrien bauen. Nun wird endlich gebaut! Wenn auch anders als wir lange Zeit dachten. Doch eins nach dem anderen...

Wer sind wir?

Avahi ist ein Zusammenschluss von Menschen aus verschiedenen beruflichen, regionalen und politischen Kontexten, die das Ziel teilen das basisdemokratische Gesellschaftsmodell in Nordostsyrien praktisch zu unterstützen. Wir arbeiten mit WJAR, der Stiftung der freien Frau Rojavas zusammen, welche Kindergärten, Vorschulen, Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen sowie Kooperativen für Frauen in Nordostsyrien aufbaut. Wir bauen zusammen ein neues Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder.

Wo wird das Projekt durchgeführt?

Qamislo ist eine Stadt von 250.000 Einwohner*innen, die seit Beginn der Revolution 2012 aktiv die basisdemokratische Gesellschaft aufgebaut und verteidigt haben. Viele haben dabei Familienangehörige verloren. Der Stadtteil Qanat Swes wurde unter Assads Regime

infrastrukturell benachteiligt und ist durch die Folgen des Krieges besonders stark von Armut betroffen. Trotz des großen Einzugsgebiets durch umliegende Dörfer, gibt es für die Menschen dort bisher keinen adäquaten Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Was wird gebaut?

Ein neues Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder. Denn diese sind besonders von struktureller Benachteiligung auf gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene betroffen. In der eher feudalen syrischen Gesellschaft hatten Frauen wenig Zugang zu Bildung und daher auch selten die Möglichkeit einen Beruf zu erlernen. Aus diesem Grund stehen sie in ökonomischer Abhängigkeit zu ihren Familien und haben selten ein eigenes Einkommen. Die Menschen aus Qanat Swes haben von Anfang an die Revolution unterstützt. Die Größtenteils kurdische Bevölkerung hat früh begonnen ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und sich dem Kampf für die demokratische Revolution angeschlossen. Durch diese Bereitschaft und bei der Verteidigung gegen den IS haben insbesondere viele Männer ihr Leben verloren. Der Verlust des Einkommens der Männer hat die ökonomische Situation für viele Familien weiter verschlechtert. Der gleichzeitige Mangel an Ausbildung der Frauen hat in diesem Stadtteil zu noch größerer Armut geführt. Da die Gesundheitsversorgung,

angegriffen. **27.09.:** In Berlin wird der Eingang des Amtsgerichts Pankow/Weißensee mit einem Flüssigbrandsatz angegriffen. Ein Gruß an die Squatter der Tu Mal Wat Tage. **27.09.:** Die Fassade der „HAMBURG TEAM Gruppe“, die Teil der Baugemeinschaft des „Pauli-Hauses“ ist, wird mit Farbe markiert. **27.09.:** Das AfD Büro in Neustrelitz wird mit einem selbstgebaute Sprengsatz angegriffen. **28.09.:** Der Parkplatz eines Jeep-Autohändlers in Berlin Lichtenberg wird angezündet. Für vier SUVs heißt es Ende Geländewagen. **28.09.:** In Moers werden eine Nazi-Location und ein von Nazis



in weiten Teilen, in privater Hand ist, können sich viele Familien den Arztbesuch nicht leisten.

Wir werden mit dem Bau des Gesundheitszentrums einen lokalen kostenfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung für Frauen und Kinder ermöglichen. Zudem wird das Gesundheitszentrum Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze für Frauen schaffen. So kann der strukturellen und ökonomischen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt werden. Das Gesundheitszentrum wird als Kooperative von Frauen geleitet werden. Durch solche Projekte versucht WJAR die männliche Dominanz und das Wissensmonopol im Gesundheitssystem zu durchbrechen. Gleichzeitig schaffen sich Frauen dadurch einen Zugang zu materiellen Ressourcen und wandeln aktiv ihre Rolle (und die von Männern) in der Gesellschaft.

Was haben wir bisher gemacht?

Im Rahmen unseres Projektes haben wir umfangreiche Bauplanungen gemacht und im Jahr 2018 sind zwei Delegationen nach Rojava gefahren, um die Projektidee einer Poliklinik und dessen Umsetzung mit den Menschen vor Ort zu diskutieren und deren Bau vorzubereiten. Gemeinsam mit der Stiftung und dem Gesundheitsrat der Selbstverwaltung haben wir entschieden, die Poliklinik im Stadtteil Qanat Swes in Qamishlo zu bauen. Dort wurde seit längerem der Bedarf nach kostenloser Gesundheitsversorgung geäußert. Unsere zweite Delegation sprach mit der Kommune und den Nachbar*innen, die ihre Freude über das Projekt zum Ausdruck brachten und die Vermessungs- und Dokumentationsarbeiten tatkräftig unterstützten. Vor 2018 und nach den geglückten Delegationsreisen haben wir trotz umfangreicher Vorbereitungen keine Genehmigungen, von den Irakisch-Kurdischen Behörden, zur Einreise nach Rojava erhalten. Die im folgenden skizzierten Schwierigkeiten unseres bisherigen Plans, traten immer wieder deutlich zu Tage. Nachdem die Bau- und Zeitplanung mehrfach umgeworfen wurde, haben wir uns mit WJAR im Mai 2019 zu einer Tagung getroffen, bei der wir die Schwierigkeiten der bisherigen und die Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit diskutierten.

Schwierigkeiten im Projektverlauf - Realität des Mittleren Ostens

Das Gebiet, in dem wir bauen wollen ist ein Kriegsgebiet. Die Bewegung, die wir unterstützen steht zahlreichen regional und global agierenden Akteur*innen gegenüber. Diese versuchen mit allen Kräften zu verhindern, dass sie ihre revolutionären und demokratischen Bestrebungen umsetzen kann. Im Laufe des Projektzeitraumes wurde der islamische Staat, in seiner territorialen Existenz besiegt und das befreite Gebiet zum Teil der demokratischen Föderation. Gleichzeitig wurde, mit dem Kanton

Afrin, ein großer Teil des Gebiets der Selbstverwaltung von der Türkei und mit ihr verbündeter Dschihadisten besetzt und geplündert, sowie große Teile der Bevölkerung vertrieben. Auch in der Türkei und im Irak haben schwere Angriffe gegen die kurdische Bewegung stattgefunden.

Die KDP-Regierung der autonomen Region Kurdistan im Irak ist Bündnispartnerin der Türkei, in deren massiver ökonomischer Abhängigkeit sie steht. Sie ist vor allem ein Instrument des Bazani-Clans seine Herrschaft zu sichern. Und so wird nicht nur die eigene Bevölkerung den Angriffen der Türkei und einer neoliberalen Plünderungspolitik ausgesetzt, sondern auch, die benachbarte demokratische Selbstverwaltung in Syrien umfangreich bekämpft. Außerdem hat sie 1/3 des kurdischen Autonomiegebiets im Irak an den Zentralstaat und mit ihm verbündete Shiitische Milizen verloren. Grenzen und Vormachtstellungen haben sich an vielen Orten, immer wieder verschoben. Die Rahmenbedingungen und auch die für uns möglichen Wege haben sich dadurch immer wieder stark und oft unvorhersehbar geändert.

Reisewege

Im Laufe des Projektes wurden zwei anfänglich denkbare Reisewege komplett unmöglich: Für den Flug über Beirut nach Qamislo ist ein syrisches Visa nötig, welches derzeit nicht erteilt wird. Die Reise über die Türkei ist seit der Schließung der Grenzübergänge und dem damit einhergehenden Mauerbau an der syrischen Grenze ebenfalls unmöglich.

So bleibt nur noch die Möglichkeit eines Fluges in den Nordirak/Südkurdistan und einer anschließenden 4-stündigen Autofahrt an den Grenzübergang Semalka/Peshabor am Tigris Fluss. Doch über die dortige Pontonbrücke oder auf die kleine Personenfähre kommt man nur, wenn die Willkür der KDP-Regierung, der autonomen Region Kurdistan eine Genehmigung zur Grenzüberfahrt nach Rojava gewährt. Die KDP erteilt gerade so viele Genehmigungen, materielle oder personelle Unterstützung nach Rojava zu bringen, dass sie behaupten kann, dass sie die Kurd*innen in Nordsyrien nicht blockieren würde. Soweit wir wissen gewährt sie nur „Organisationen“ den Grenzübertritt, welche mit der KDP im Irak zusammenarbeiten und dort Projekte machen. Diese müssen der



geführtes Geschäft angegriffen. 28.09.: In der Rigaerstraße in Berlin wird ein Polizeiwagen mit Steinen, Farbbeuteln und einem mit Farbe gefüllten Feuerlöscher angegriffen. 28.09.: Am Bürgerbüro der AfD Limbach-Oberfrohna werden die Scheiben eingeschlagen und die Tür eingetreten. 29.09.: In Berlin werden zwei Luxusneubauten mit Bitumen eingedeckt. Weitere Luxusbauten und ein davor geparkter SUV werden entglast. 30.09.: In Freiburg wird ein Vonovia Auto mit Farbe auf Lichtern, Fenstern, Nummernschild und Spiegeln verschönert. 01.10.: In Berlin-Lichtenberg wird das



Rassismus hat viele Gesichter:



neoliberale Politik der Autonomen Kurdischen Region im Nordirak „finanziell“ nützen. Einem Projekt, wie avahî, welches auf internationaler Solidarität und einer gemeinsamen progressiven Idee gründet, steht die KDP dementsprechend feindlich gegenüber. Gerade weil wir uns, im Gegensatz zu den

meisten großen NGOs, politisch positionieren, wozu auch eine Kritik und Distanz zur KDP gehört, sowie uns an den realen Bedürfnissen und Wünschen der Menschen vor Ort orientieren und mit ihnen arbeiten, werden wir von der KDP blockiert. Im Projektverlauf mussten wir deshalb feststellen, dass die Genehmigungen zum Grenzübertritt nicht planbar sind.

Arbeitsweisen

Um unser Projekt durchzuführen haben sich, neben den geglückten Delegationen, drei weitere Gruppen vorbereitet, nach Rojava zu fahren. Die Leute haben sich Urlaub genommen, ihre sonstigen, privaten, politischen und beruflichen Verpflichtungen und Pläne hinten angestellt und teils ihre Wohnungen untervermietet und ihre Jobs gekündigt. Die Willkür des Grenzübertritts und seine Unplanbarkeit führten zu teils erheblichen Schwierigkeiten für die Gruppe und einzelne Mitglieder. In den drei Jahren der Planung, Vorbereitung und Diskussion haben wir gemerkt, dass wir hier in Deutschland auch eine andere Planungssicherheit gewohnt sind und diese in dem Projekt nicht garantiert werden kann. Deshalb ist es für uns nicht möglich das Projekt im ursprünglich geplanten Sinne durchzuführen.

Denn sowohl für uns, als auch um einen reibungslosen Bauablauf mit Übergaben von Verantwortung von einer Baugruppe zur nächsten zu gewährleisten, brauchen wir verlässliche und berechenbare Zeitpläne. Ebenso ist niemanden geholfen wenn der Bau nicht fertiggestellt werden kann, weil beispielsweise die nächste, als Schichtablösung gedachte, Baugruppe nicht ankommt.

Ein Ansatz, dem zu begegnen, war nur die Bauleitung zu stellen und den Bau mit Arbeiter*innen Vorort zu organisieren. Es entsprach aber u.a. nicht unserem Verständnis von Kollektivität und hierarchiefernem Bauen. Wir sind als Gruppe mit dem Selbstverständnis der gemeinschaftlichen Entwicklung des Projektes gestartet. Wir wollen auf Augenhöhe mit der Stiftung der Freien Frau, als

Kontakt zur Bevölkerung Rojavas agieren und werden uns diesen Anspruch nicht durch externe Zwänge nehmen lassen. Auch wenn wir unsere Projektidee in weiten Teilen transformieren und einige Aspekte aufgeben müssen, wollen wir nicht zu einer klassisch westlichen Hilfsorganisation werden. Wir stehen solidarisch an der Seite der demokratischen Selbstverwaltung, anstatt von Außen mit vermeintlichem Wissen oder Moral einzugreifen. Zum Begriff der Kollektivität haben wir in den letzten Jahren außerdem viel hinzulernt. Das Verständnis von Kollektivität in der Gruppe war vor allem von einer Beteiligung aller an Entscheidungs- und Arbeitsprozessen geprägt. Gleichzeitig haben wir festgestellt, dass dies manchmal im Widerspruch mit dem Verantwortungsverständnis und den Möglichkeiten Einzelner und der Gruppe steht.

Durch die Tatsache, dass bestimmte Menschen viel Verantwortung übernommen haben, haben sie auch Informationen und Wissen gebündelt und nicht immer gelang es, dies ausreichend transparent zu machen oder weiterzugeben. Gleichzeitig ist der Anspruch als Gruppe kollektiv zu handeln, nur so gut wie die Gruppe in der Lage ist, Verantwortung kollektiv zu tragen. Dies wurde auch durch eine relativ große Fluktuation in der Gruppe erschwert. Während wir einige Mitstreiter*innen auf dem Weg in Anbetracht der Schwierigkeiten und des sich in die Länge ziehenden Prozesses verloren, kamen auch immer wieder neue Leute dazu. Eine Verantwortungs- und Arbeitsstandsübergabe hat dabei leider oft nicht gut funktioniert.

Die Stiftung und die kurdische Bewegung im allgemeinen stellt einen umfassenderen Begriff von Kollektivität zur Diskussion. Für sie steht eine Kollektivität im mentalen oder ideologischen Sinn im Vordergrund. Es ist ein kollektiver Kampf, ein gemeinsamer Gedanke, eine langfristig geteilte Perspektive der gesellschaftlichen Befreiung. In dem Verständnis der Stiftung, ist die kollektive Entwicklung des Projektes avahî, sowie die gemeinsame Auseinandersetzung im Entwicklungsprozess sowie der solidarische Kampf für eine befreite Gesellschaft, eben Teil einer großen kollektiven Bewegung.

Im Laufe der letzten Jahre, haben die vielen Komplikationen sowohl zu Konflikten mit der Stiftung als auch gruppenintern geführt. Für viele war es nicht möglich so lange an dem Projekt festzuhalten. Für einige ist es schwierig auf Teile des ursprünglichen Konzepts des Projekts verzichten zu müssen. An dieser Stelle müssen wir uns vor dem angesprochenen Hintergrund selbstkritisch fragen, inwiefern unsere Schwierigkeiten auch allgemeine Probleme der deutschen (radikalen/autonomen) Linken widerspiegeln. Unsere oftmals Projekt- oder Eventbezogene recht kurzlebige Art sich zu organisieren, führt dazu, dass eine langfristige strategische Ausrichtung unserer Kämpfe unmöglich erscheint. Dies fällt im Kontext internationalistischer Solidarität und im Kontrast zum langen Atem und

Amtsgericht mit Farbfeuerlöschern und Dosen verschönert. Die Parole „Free Primbo“ schickt Grüße in den Knast. 01.10.: In München wird das Sicherheitsunternehmen VHD Security besucht. An der Fassade wird die Frage gestellt: „Feeling secure?“ Zwei Autos der Firma werden umlackiert und mit Farbe auf Fenster, Spiegel, Nummernschildern und Scheinwerfern zeitweise unbrauchbar gemacht. 02.10.: In Basel werden 6 Bankautomaten zerdeppert. 02.10.: In Bremen werden die Beratungs- und Verwaltungsräume des Eigentümervereins „Haus und Grund“ mit Farbe, Steinen und Häm-

der Fähigkeit zu langfristigem strategischen Denken der Bewegung in Kurdistan und Syrien besonders auf, sollte jedoch allgemeiner diskutiert werden..

Diskussionsergebnis

Da die Leute im Stadtteil Qanat Swes, aber mittlerweile schon sehr lange darauf warten, dass das versprochene Gesundheitszentrum gebaut wird, ist es auch keine Option mehr darauf zu warten, dass sich die Grenzsituation verbessert. Da wir und unsere Kooperationspartnerin die Stiftung der freien Frau unserer Verantwortung gegenüber diesen Menschen gerecht werden wollen, haben wir beschlossen, dass jetzt auch ohne unsere Anwesenheit angefangen wird zu bauen.



Der Bau wird dabei nicht mit Lehm realisiert werden, da die lokalen Baufirmen damit keine Erfahrungen haben und es ohne uns als kostenlose Arbeitskräfte auch unverhältnismäßig teuer wäre tausende Lehmziegel zu produzieren. Auch wird der Prozess des Bauens konventioneller und weniger kollektiv im Sinne des Zusammenkommens und der gemeinsamen Aktivität, ablaufen. Wir und die Stiftung bedauern sehr, dass beides nicht unseren anfänglichen Plänen gerecht wird und bei dieser Entscheidung

einige wichtige Aspekte unseres ursprünglichen Konzeptes, nicht mehr im vollem Umfang umgesetzt werden können. Neben der Verantwortung gegenüber den Menschen in Qanat Swes, hat auch unser über die Jahre gewachsenes Verständnis für die Sichtweisen der Bewegung in Nordostsyrien, die Unplanbarkeit des Grenzübertritts, sowie die Schwächen unseres eigenen Organisationsansätze zu dieser Entscheidung geführt.

Wir verstehen unser Projekt als Ausdruck internationalistischer Solidarität. Trotz aller Hindernisse geben wir den gemeinsamen Kampf nicht auf. Die kontinuierliche Diskussion, samt Kritik und Reflektion ermöglicht einen beidseitigen Lernprozess und ein tiefer gehendes gegenseitiges Verständnis.

Deswegen starten wir nun eine neue Kampagne zur finanziellen Unterstützung des Baus. Über seinen Fortschritt und die Situation der Gesundheitsversorgung in Qamislo werden wir informieren. Und sofern es möglich ist, das Projekt auch lokal begleiten.

Und wir rufen zu einer Unterstützung des Projektes auf.

Verantwortung übernehmen

Unsere Baustelle in Qamislo hat endlich begonnen, leider ohne, dass wir direkt dabei sein können. Statt uns darüber zu grämen, wollen wir nun alle Hebel in Bewegung setzen und mit euch gemeinsam, das nötige und mögliche tun, um zumindest die Finanzierung des Projektes von hieraus zu stemmen.

... wenn wir unsere Arbeit nicht vor Ort einbringen können, dann tun wir das hier: Lasst uns Arbeitstage spenden! Egal wo und egal wie viel dabei herauskommt, ob alleine, im Kollektiv mit in paar Kolleginnen, ob Festgehalt, Ehrenamtspauschale oder Trinkgeldkasse, der Lohn für einen Tag Arbeit ermöglicht die wichtigen Arbeiten in Qamislo.

... Pat*in werden! Es ist meistens nicht so leicht mal eben einen Batzen Geld rüber zu schieben, aber auch kleine Beträge von vielen können eine Menge möglich machen, vor allem wenn sie regelmäßig kommen.

... Leute erreichen! Lasst uns über unser Projekt und über die Revolution in Rojava nicht nur mit denen reden, die dieser Flyer eh erreicht, die uns eh am Solitresen begegnen. Begeistert eure Familie, die Kollegen, die Gemeinde, den Kiez, das Seniorenheim und die Kita!

... lasst uns teilhaben! Bei allen unseren Vorschlägen geht es uns nicht nur darum Geld zu sammeln, wir wollen auch, dass sich viel als Teil unseres Projektes fühlen, dass die Avahi Solibaustelle am Ende doch ein gemeinsames Projekt wird, und das mit mehr Leuten, als wir jeh gedacht hätten. Wir Informieren über die Baustelle und die Erfolge der Arbeit ringsherum, erzählt uns auch was ihr beiträgt, und lasst uns einander und der Welt zeigen, dass wir zusammen, allen Widerständen zum Trotz, dran bleiben und etwas schaffen das bleibt.

Aktuelle Infos zum Projektverlauf:

<https://avahi.noblogs.org/>

https://twitter.com/avahi_

Spendenkonto:

Kurdistan Hilfe e.V.

Hamburger Sparkasse

IBAN: DE40200505501049222704 BIC: HASPDEHHXXX

Stichwort: construction

Oder online spenden über betterplace:

https://www.betterplace.org/de/projects/49170?utm_campaign=ShortURLs&utm_medium=project_49170&utm_source=PlainShortURL

mern attackiert. **03.10.:** Ein Brandanschlag auf eine Großbaustelle der leipziger CG-Gruppe verwandelt zwei hochmoderne Kräne zu Vollschrott. Kostenpunkt – zweistellige Millionenhöhe. **03.10.:** In Berlin wird in Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland und als Reaktion auf die staatliche Repression das griechische Konsulat mit Hammer und Farbe angegriffen. **03.10.:** Zur Feier des Tages wird der Audi von einer Besucherin einer AfD-Fete in Hamburg tiefer gelegt. **04.10.:** In Wuppertal werden jeweils ein Auto der Firmen Vonovia und Dussmann aus dem Verkehr gezogen.

Kriegsprofitierende sabotieren!

Dokumentation: „In der Nacht auf den 22. Oktober ist ein ThyssenKrupp Auto in Freiburg im Breisgau in Flammen aufgegangen. Diese Aktion steht in Solidarität mit den Menschen in Rojava, die gerade von Faschist*innen und unter Ignoranz von Merkel, Trump und Co. ermordet wer-

den. An dieser Kriegsmission beteiligt sich der Multi-Konzern ThyssenKrupp und ist deshalb Ziel unserer Wut. Kampf allen Kriegstreiber*innen! Hier und überall! Mit brennenden Herzen für unsere Freund*innen in Kurdistan!“

anonym

Feuer und Flamme den Immobilienhaien

Dokumentation: „Vonovia Autos interessieren uns brennend, deshalb haben sich gleich zwei Exemplare in der Nacht auf den 23. Oktober in Freiburg im Breisgau in Rauch aufgelöst. Als Zeichen für die unverschämte Profitgier des Konzerns wurden diese direkt angegriffen. Die beschissene Wohnraumpolitik in Freiburg und überall sonst kotzt uns an. Wir finden, es ist längst an der Zeit, dass sich etwas ändert. Da wir aus Erfahrung wissen, dass Politik und Konzerne nur an Profiten und nicht an Grundbedürfnissen von Menschen interessiert sind, müssen wir selbst Hand anlegen. Wir müssen autonom han-

deln und selbstverwaltete Lebensformen entwickeln, die eine ausgewogene Lebensgrundlage für ALLE schafft, und zwar global und heute noch. Deshalb: Freiräume schaffen und gnadenlos verteidigen!

Solidarität mit den geräumten Häusern hier in Freiburg und räumungsbedrohten Projekten überall!

P.S. Dieser Angriff richtet sich auch gegen die Polizei, die Freiräume im Keim erstickt.“

anonym

Burn all prisons and those who build them

Dokumentation: „In der Tullastraße in Freiburg im Breisgau ist in der Nacht von Donnerstag, dem 24.10.2019, auf Freitag ein Firmenwagen des Konzerns Implenia abgebrannt. Die Firma Implenia ist eine der größten Baufirmen in der Schweiz und international aktiv. In der Schweiz ist der Konzern unter anderem berühmt berüchtigt für den Bau des Ausschaffungsknastes Bässlergut. Das Bässlergut ist ein Gefängnis mit Strafvollzug und Abschiebehaft direkt an der Grenze zu Deutschland. Im Rahmen der neuen Gesetzgebung wurde nun ein Teil zu einem sogenannten Bundeslager umfunktioniert. Diese sind ein weiterer Schritt in der autoritären Verwaltung Geflüchteter in der Schweiz, in denen zentralisiert die Massenabfertigung von Menschen stattfindet. Registrieren, verwalten, abschieben ist die Devise.

gen eine Welt der Mauern und Grenzen richten. Leider bleiben diese Aktionen bislang jedoch isoliert in der Schweiz und einzelnen Städten wie Berlin. Wir möchten diesen Kampf verbreiten, darauf aufmerksam machen und mehr Gruppen motivieren die Knastprofiteur*innen in den Fokus zu nehmen.

Derzeit finden hier vor Ort in Freiburg die Squatting Days statt. Es werden Häuser besetzt und den Profiteur*innen von Leerstand und Gentrifizierung gezeigt, dass sie nicht weiter ungestört ihr menschenverachtendes Werk fortsetzen können. Ob Verdrängung durch Aufwertung und Räumung oder durch Justiz und Knast, dahinter steht die selbe Logik.

Die Firma Implenia baut derzeit die Erweiterung des Knastes und trägt damit direkt zum Ausbau des Bundeslagersystems bei. In den letzten zwei Jahren wurde daher Implenia immer wieder Ziel von Aktionen, die sich ge-

Flammende Grüße auch an die Anti-Knasttage in Berlin und Warschau und an alle hinter den Mauern!“

anonym

Wagen von Johnson Control brennt

Dokumentation: „In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober ist in Freiburg i. B. in der Badenweilerstraße in Freiburg-Weingarten erneut ein Auto in Flammen aufgegangen. Bereits in den Tagen davor wurden verschiedenste Autos von den Ausbeutungs-Profiteur*innen Thyssen&Krupp, Vonovia und Implenia in Brand gesetzt.

In dieser Nacht traf es ein Fahrzeug der Firma Johnson Control, zu der auch die Firma Tyco gehört. Tyco ist beteiligt an dem Profitschlagen der Gefängnisindustrie durch Sicherungssysteme, beispielsweise Alarmsysteme und Chips, welche benutzt werden, um die Gefangenen zu überwachen.

Dazu wurden alle Reifen geplättet, die Autos neu lackiert und Auspuff wie Lüftung mit Bauschaum aufgefüllt. **05.10.:** In Bremen wird ein Jaguar auf dem Gelände eines Autohauses angezündet. **06.10.:** In Berlin wird das Büro des Vereins „Pro Femina“ besucht. Dieser Verein gibt vor, ergebnisoffene Beratungen für schwangere Frauen* anzubieten, die sich im Schwangerschaftskonflikt befinden. Recherchen zeigten, dass diese Beratungen manipulativ und keinesfalls ergebnisoffen sind. Bei dem Besuch mussten die Scheiben dran glauben, dazu gab es Farbe und Buttersäure und ein zuge-



„Die schützenden Mauern aus und stellen
ihre Türen dann irgendwann ins Internet.“
(Politikredakteur Uwe Voigt, Leipzig)

#24
März-Mai 2016

Firmen wie Tyco nutzen Knäste und die dort schutzlos ausgelieferten Inhaftierten aus, um für eigene Sache Unmengen von Profiten zu machen. Gegen diese strukturelle Ausbeu-

tungsmaschinerie wurde mit diesem nächtlichen Angriff ein flammendes Zeichen gesetzt.

Gegen Knäste und Kapitalismus!
Solidarische Grüße an alle Gefangenen hinter den Mauern!“

anonym

Keine Räumung ohne Folgen: Feuer und Flamme den Kooperateuren von Staat & Polizei!

Dokumentation:“ Es waren mal 2 Hebebühnen... In den frühen Morgenstunden des 28.10.2019 haben wir 2

Hebebühnen der Firma Butsch und Meier, welche diese der Freiburger Polizei bzw. dem Baden-Württembergischen SEK (Sondereinsatzkommando) für die Räumung der Hausbesetzung in der Kronenstraße am letzten Samstag, den 26.10., geliehen hatte, auf dem Real Parkplatz bei der Gundelfingerstraße 2 in Freiburg Zähringen angezündet. Die Firma nutzt den Parkplatz als Übergabepplatz für den Verleih.

In Anknüpfung an die mehreren erfolgreichen Anschläge auf Fahrzeuge während der Freiburger Squatting Days vom 18. bis 29. Oktober 2019 hat auch die Firma Butsch und Meier nun eine prompte Quittung für ihre Kooperation mit den staatlichen Repressionsorganen und ihre Mithilfe an den polizeilichen Räumungseinsätzen erhalten.

Mit der Aktion wollen wir unsere absolute Unversöhnlichkeit mit den Staatsorganen und unsere Wut über die Brutalität und militarisierte Gefährlichkeit der Polizeieinsätze in den vergangenen Tagen in Freiburg – wie auch sonst und anderswo – zum Ausdruck bringen.

Häuser- und Wohnraumkämpfe betreffen uns alle. Die sich zuspitzenden Entwicklungen in Sachen Städteboom, Wohnungsnot und Gentrifizierung sind dringende Erinnerungen an die Notwendigkeit, ein gemeinschaftlicheres und gerechtes Zusammenleben jenseits von Privateigentum, Immobilienspekulationen und Leerstand zu erkämpfen.

Ungeachtet der offensichtlichen Richtigkeit unserer Anliegen und der Notwendigkeit von politischen Aktionen wurden die vergangenen Besetzungen in der Stadt großflächig abgeschirmt, Unterstützer*innen kriminalisiert, die Besetzungen gewaltvoll geräumt und mit Repressionen geahndet.

Da es für Firmen wie Butsch und Meier trotzdem eine Selbstverständlichkeit zu sein scheint, den Cops Gerät für

deren illegitime und bis zu lebensgefährliche Einsätze zu leihen, wollen wir ihnen zeigen, dass solche Kooperationen unratsam und nicht rentabel sind. Wenn sich Firmen in Folge aus den Kooperationen zurückziehen und weitere Firmen dies zur Warnung nehmen, wird den Cops der Zugang zu Gerät erschwert, zukünftige Räumungseinsätze in die Länge gezogen oder verunmöglicht.

Drum: Wir bleiben wachsam, beobachten und veröffentlichen das Vorgehen der Polizei und ihrer Helfer*innen und intervenieren.

Die heutige Aktion reiht sich in eine Vielzahl von Anschlägen auf Fahrzeuge ein, die während der Squatting Days in Freiburg stattgefunden haben:

- 22. Oktober: Brandanschlag auf ein Auto des Rüstungskonzerns Thyssen-Krupp: de.indymedia.org/node/41772
- 23. Oktober: Angriff auf zwei Autos des Immobilienkonzerns Vonovia: de.indymedia.org/node/41991
- 25. Oktober: Brandanschlag auf Firmenwagen der (Knast-) Baufirma Implenia: de.indymedia.org/node/42308
- 26. Oktober: Brandanschlag auf Firmenwagen von Johnson Control: barrikade.info/article/2786
- 27. Oktober: Angriff auf Firmenwagen der Deutschen Bank: de.indymedia.org/node/42688
- 28. Oktober: Brandanschlag auf zwei Hebebühnen der Gerätevermietungsfirma Butsch und Meier.

Wir begrüßen diese neue Welle militanter Aktionen in der Stadt und freuen uns auf mehr!

Informationen und Rückblicke zu den squatting days:
diewg.noblogs.org
aktionsticker.org

Ihr räumt uns nicht ohne Folgen – Feuer und Flamme dem Staat und all seinen Helfer*innen! Für eine Welt voller Freiräume und selbstorganisierter Orte!“

anonym

klebtes Schloss. 06.10.: In Dresden wird das faschistische Hausprojekt von „Ein Prozent für unser Land“ mit Farbbomben attackiert. 07.10.: In Erfurt wird die Ausländerbehörde, die Agentur für Arbeit und der der Bauernverband mit Farbe angegriffen. Als Zeichen gegen Verhältnisse, in denen sich einige wenige Menschen an den prekären Arbeitsverhältnissen Anderer bereichern, in denen die Klimakrise weiter befeuert wird und durch Abschottung in Kauf genommen wird, dass Menschen an Grenzen sterben. 07.10.: In Bremen wird die Scheibe an einem Bundeswehrfahrzeug eingeworfen.

Squatting-Days in Freiburg

10 Tage Jubel, Trouble und Ungehorsam

Heute gehen die Squatting-Days mit letzten Aktionen und Protesten zu Ende. Zeit für ein vorläufiges Fazit, bei dem Erreichtes, Mängel und die Frage der Gewalt im Mittelpunkt stehen. Dutzende Gruppen aus fast einem Dutzend Ländern haben sich an den Aktionstagen beteiligt, das 25-jährige Bestehen der KTS zelebriert, sich vernetzt und autonome „Do-it-yourself-Kulturtage“ vom Feinsten gefeiert. Die Aktionen der vergangenen Tage haben die Wohnraum- und Eigentumsfrage erneut in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt.

Autos brennen und ihr schreibt?

Brennend interessiert sich die Medien infolge einiger Sachbeschädigungen im Stadtgebiet an der Frage dieser angeblichen „Gewalt“ gegen Akteure von Verdrängung und Krieg. Wir halten nichts davon, ein irrationales Schreckensszenario zu zeichnen mit denen die Reaktionen dem Ruf der „WG (Wohnraum Gestalten)“ und ihrer „Squatting Days“, der „Autonomen Kulturwoche“ oder dem „Kulturtreff in Selbstverwaltung (KTS)“ zu schaden versuchen. Vielmehr sollte die Öffentlichkeit versuchen, die Gründe solcher Aktionen zu begreifen und sich einer differenzierten Betrachtung der Ursachen widmen. Wir sehen Sachbeschädigungen nicht als eine besonders spektakuläre Kategorie, wenn diese als Reaktion auf Verdrängung, Wohnungsnot, alltäglichen Rassismus, patriarchale Gewalten, Krieg und Gefangenschaft geschehen. Objektiv gewaltsam waren dieser Tage jedenfalls die Polizeieinsätze: Räumungen durch das baden-württembergische Spezialeinsatzkommando (SEK), nötigende Verhöre jugendlicher Besetzer*innen und prügelnde Polizisten auf den Straßen und auf der Wache. Die Repression gegen linke Bewegungen und Initiativen nimmt auch in dieser Stadt zu. Naheliegend ist daher auch unsere Beteiligung an den Protesten gegen neue und alte Polizeigesetze der #NoPolGBW-Kampagne, sowie die sogenannte „Sicherheitspartnerschaft“, kommunale Vollzugsdienste und drohende Ausweitung von Videoüberwachung. Auch liegt unsere praktische Solidarisierung mit den sozialen Kämpfen gegen autoritäre Unterdrückung in Chile und Syrien nahe, wo Repression ebenfalls eine andere Kategorie erreicht. Es ist dieser Tage gelungen viele Themen miteinander zu verknüpfen, auch wenn der Kampf gegen Gentrifizierung und Leerstand hier und anderswo als „WG“ unser zentrales Anliegen ist und bleibt.

Do-it-together: Autonome Politik verteidigen!

„Die Squatting-Days waren eine vielfältige, anstrengende und bereichernde Zeit“, erklärt Hausbesetzerin

Yana Wendlinger. „Zwar haben wir in diesen Tagen keinen neuen Raum erkämpft und die Kriminalisierung der Proteste gegen Leerstand, Spekulation und unsolidarische Verhältnisse hat sich gesteigert. Doch wir beenden die Saison mit neuer Motivation und Tatendrang – der intersektionale Widerstand gegen das System von Eigentum, Verdrängung und Krieg wird in den kommenden Monaten weiter an Fahrt gewinnen“, versichert die Besetzerin.

Die Besetzungen der vergangenen Tage geben einen beispielhaften Einblick in die Absurdität eines Marktes, in dem weder der Staat noch vermögende Bürger*innen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen. „Wir sehen nicht nur individuelles Verschulden, sondern eine Misere mit System und fordern realistischerweise das Unmögliche: Wohnraum darf keine Ware sein!“, sagt dazu Julian Kuhfüssler von den Squatting-Days.

Besetzen, Gestalten – das nächste mal Halten!

Die Besetzungen der alten Fahrrad-Polizeiwache konnte Zweckentfremdung durch das Land Baden-Württemberg und das Amt für Vermögensverwaltung skandalisieren. Die Besetzung in Weingarten zeigte die Absurdität jahrelangem Leerstandes von Privateigentümer*innen, der natürlich die Mietspirale ankurbelt. In der Kronenstraße konnte das Beispiel vermeintlicher Eigenbedarfskündigungen von Luxusvillen wie bereits in der Guntramstraße demonstriert werden. Zahllose weitere Absurditäten, wie die noch immer brach liegenden und vor einem Jahrzehnt zerstörten Gebäude der Post am Baslertor oder etwa der Goethestraße 2 an der Kronenbrücke; Zweckentfremdung durch Stadt (Schwarzwaldstraße 31), Land

(Fehrenbachallee) und Kirche (Kartäuserstraße 64b) und die Etablierung von Verdrängungsfirmen wie etwa Vonovia steigern unsere Wut täglich.

„Zurzeit könnten ohne Probleme Hunderte Menschen den Freiburger Leerstand bewohnen. Dass die Leerstandsquote mit 1 zu 200 gering sei, ist kein Trost, wenn Hunderte Menschen zugunsten der Spekulation mit diesen Objekten kein Dach über dem Kopf haben“, so WG-Aktivistin Irma Sauer. „Leider konnte das Ziel der langfristigen Aneignung“



08.10.: In München brennt ein Luxus BMW. **09.10.:** In Hamburg werden die Scheiben des Polizeireviere Volksdorf eingeschlagen. Freiheit für die drei von der Parkbank! **10.10.:** In Herne wird die Kneipe „Markt Treff“ mit dem Schriftzug „Nazitreff“ markiert. **10.10.:** In Dresden wird das Auto des Nazis Rudi Reinhardt abgefackelt. **11.10.:** In Berlin wird 200m vor der SPD Zentrale ein türkisches Diplomatenauto abgefackelt. Figh4rojawa! **11.10.:** Das Wohnhaus des Berliner AfD-Politikers Michael Kossler wird mit Farbe und Steinen attackiert. **11.10.:** In Leipzig werden zwei Eurovia

nung von Räumen bisher nicht realisiert werden. Wir sind dennoch froh, dass wir nichts unversucht ließen und werden auch weiterhin auf dem Freiburger „Leerstandsmarkt“ vertreten sein“.

Nach der Räumung ist vor der nächsten Besetzung

Eine ausführliche Auswertung und weitere Aktionen stehen nun an. Wir bedanken uns für die Solidarität und Beteiligung zahlreicher Gruppen, ohne die dieses autonome Festival des vielfältigen Chaos nicht möglich gewesen wäre. Es ist damit zu rechnen, dass der Staat mit Repression reagieren wird. Räumt zuhause auf, hütet euch vor Anquatschversuchen und lasst euch von den Antirepressions-Strukturen eures Vertrauens beraten. Es wird in Kürze ein Spendenkonto für die Repressionskosten eingerichtet.

Zum Abschluss der Aktionstage gab es am Dienstag ein „Go-In“ beim Amt für Vermögensverwaltung, welches die Zweckentfremdung in der geräumten Fehrenbachallee betreibt. In einer kreativen Aktion besuchte eine bunte Gruppe Besetzungstierchen die Verantwortlichen und informierte Passant*innen und dort Beschäftigte über die Mitverantwortung des Amtes an der Freiburger Wohnraummisere. Nach der Räumung der Fehrenbachallee gab die Vermögensverwaltung zu, dass es trotz eines bereits 15-monatigen Leerstands noch immer keine Pläne für die Zukunft des Areals gibt. Angesichts dieser Arroganz steht fest: Unser Protest geht weiter.

Auf ein widerständiges Jahresende!

anonym

Nachrichten aus der Zwischenwelt

Ein kleiner Auszug irritierender Sätze, Texte und Fragmente, die uns in letzter Zeit per Mail und Post erreicht haben:

„wow , aeht ? die leibgarde koenig hussein von morocco , im haus

liebe, entweder guckst du weg wenn dich was stoert oder du sagst es mir – ich bin nicht ueber den hof gelaufen mit fuhrergruss – soll ich das mal ?

Hilflose Person , 081 – Geisteskrank , rtw, kkh
WEDER UEBER AFFEKTIVE SCHWINGUNGSFAEHIGKEITEN , HALLUZINATIONEN , PSYCHOSEN ODER ANDERE KRANKHEITZUSTAENDE WILL ICH DARUEBER DIE AUFMERKSAMKEIT . DAS AUSGEOESTE TRAUMA IST FREMDVERSCHULDEN . DIE DAMIT VERBUNDENE FINANZELLE SCHULD WURDE MIR ANGELASTET. MEINE AUGEN SIND IMMER NOCH UNBEHANDELT . DER ZAHNERSATZ UNBEHANDELT . DER SCHAEDIGENDE NACHRUF WEITERHIN IN DER B.O.S. . DER SOZIALE ZUSTAND WEITERHIN FRAGLICH .

Hilflose Person , 081 – Ge-

steskrank , rtw, kkh
EINGESPERRT , ILLEGAL INTRAVENÖS BEHANDELT MIT EINEM UNBEKANNTEN MEDIKAMENT & OHNE AUF-

KLAERUNG UEBER ALLERGISCHE REAKTIONEN ODER SCHOCKZUSTAENDE U.S.W. , WAERENDESSEN BEDROHT , EINGESCHUCHTERT UND VERHOEHNT VON MEHREREN B.O.S.-BEAMTEN . JEDWIGE RECHTE ABERKANNT , RICHTERLICHER EINWEISUNGSBESCHLUSS MIT VORERSTDAUER VON 6 WOCHEN , DAS RECHT ZU TELEFONIEREN MIT EINEM VERSEHEN EINES FALSCHEN PASSWORTES ABGETAN , DIE WIDERRECHTLICHE KRANKENHAUSINVERWAHRNAME UEBER 48 STUNDEN HINAUS , KEINE EIGENE BEKLEIDUNG ZUM WECHSELN , KEINE FAMILIE DIE EINEN UNTERSTUETZEND BEGLEITET (LUEGEN UND VERLEUMDUNGEN MIT EIDESSTATTLICHER FALSCHAUSSAGE) UND DER RECHTSANWALT WOLLTE GELD , 100 EUR , WAS NICHT VERFUEGBAR WAR – DIE BOS-TAETER IMMER NOCH FREI UND UNBESTRAFT . EINE GROSSE ZUHAELTERGROSSE ERWIES SICH DIE EHRE . AUF DER FLUCHT DIE KLEINHELIKOPTER -SUCHE IN DUNKELBLAUER FARBE , UEBER DIE LANDESGRENZEN SOGAR FLUGZEUGBEGLEITUNG (SOWAS WIE NATO-AWAC) AM HIMMEL . MEHRERE WOCHEN KEIN DURCHGENDER SCHLAF , NICHTS ZU ESSEN UND BEDENKLICH WENIG ZUTRINKEN . AUFTRETENDE SEHBEHINDERUNG DURCH BIS HEUTE ANHALTENE VERSCHMUTZUNG DES KAMMERWASSERS BEIDER AUGEN . DIESES TRAUMA AUS DER VERGANGENHEIT WIRD IM ALLTAEGLICHEN ZUSTAND MIT WITZEN INNERHALB DER B.O.S. BEGLEITET UND NAZIS & HELLSANGELS & NORMALOS WIE AUCH EINIGE ACHSO KLUGE LINKSALTERNATIVE . ANGEMACHT FUER WEISSES UND ANDEREN MIST , STAATSFREUNDLICH BETRACHTET UND VERSPOTTET VON SONDEREINSATZKRAEFTEN , BELEIDIGT , GESCHLAGEN , GENOETIGT , BESPUCKT UND BESPITZELT . KEINE RECHTLICHE ANERKENNUNG IM GERICHTLICHEN STRAFRECHTLICHEN ZUSAMMENHAENGEN IRGENDWELCHER



Vinci Bagger abgefackelt. 11.10.: In Bad Salzuflen fliegen Steine gegen die DITIB Moschee. 12.10.: In Berlin wird von einer Brücke ein Zivilwagen der Polizei mit Steinen beworfen. 13.10.: In Leipzig brennt ein Bagger auf der Baustelle des Südcarreé. Wassermühlenimmobilien & Bullenschweine raus aus dem Viertel! 14.10.: In Zürich wird im Laufe einer Spontigegen den Krieg in Rojava ein Geschäft von Credit Suisse zerlegt. 14.10.: In Berlin wird mittels eines Brandsatzes ein Bagger auf der Baustelle der „Project Immobilien GmbH“ unschädlich gemacht. 14.10.: Im Zuge von RiseUp4Rojava

ANGEBLICHEN TATHERGAENGE . KEIN AUFKLAERISCHES WIRKEN UEBER EIN MUTMASSLICHEN MICROWELLENANGRIFF AUS DER DAMALIGEN NACHBARSCHAFT . EIN NEUES LEBEN UNKAEUFLICH ODER NACH DEM TOT . DAS KLEINE HERZ KAPUTT , NICHT REPARABEL . KEIN ZURUECK .

« D A N K E »

WARUM , WEIL ES MIR JETZT REICHT UND ICH NICHT VERGEBEN KANN UND NICHT VERGESSEN WERDE .

GLEICHES VERFAHREN , WANDERTAG FUSS ZU BERGE , MARKIERUNG HAFENMEISTER UND NUDELN . 800MG X2 VOLL DURCH BEIDE FUESSE UND KOPF , SCHNEEWEISS AUCH DA ANGEKOMMEN , BRENNENDE SCHMERZEN , ANMACHE VOR KIOSK UND FLADENBUTZE . NUR NOCH SCHWER IN KAMPFSTIEFELN .91

die fahrt zu euch ist mit einem vmtl. Bmw-kombi(?b-knt),silbergrau gegen etwa 20:08 uhr zwischen vinnhorster-bhf-bruecke und der kaliko-benecke mit fahrbahn-industriegifte-spielregenwasser beschmutzt worden,meine kleidung,rechte koerperseite,kopf bis fuss

E.S was ich dir schon immer mitteilen wollte,wie sehr ich dich mag und deine fans dich dafür lieben.toll ist es auch das du mit uns am donnerstagabend mit uns bier trinkst. deine heissen artikel uns mitreißen.wir lesen viel davon und haben jedes magazin.

hast du getrunken , gekifft , gewixt – ich spuck dich an , mitten ins gesicht , nicht nur in den kaffee – du modellst nicht gut – nicht so gut . ich ruf dich nochmal auf , hast du jetzt was am penis und an den fuessen , gehe beten . wir sind staerker .

warum wir noch lindener bier trinken ? obwohl schon lange der geschmackspfad über feinherbe traubige fußnote verringert wurde und das gerstenmalz erhöht.süd-h.o-tonbrauerei,rezeptur ist geblieben,veroeffendlicht das nicht weil es kein nutzen hat.

„mäuse fängt man mit käse und speck ?“

„läufst schon eine ganze weile allen hinterher.“

„muß jetzt backen gehen“

„Die Nudelwochen sind vorbei“...

Buttersäure Angriff auf „Karrieremesse KissMe“ der Uni Hannover

Dokumentation: „Lebenslauf, Dating und Job – was diese drei Dinge gemeinsam haben, ist offensichtlich. Es gilt den Richtigen zu finden und nie mehr loszulassen. Auf der KissMe 2019 finden Unternehmen den richtigen Lebenslauf und Studierende den richtigen Job. Für den Rest gibt es bekanntlich Tinder und Co.“

Damit fasst das Willkommens-Wort der „Karriere-Messe“ am 29. und 30. Oktober 2019 im Lichthof der Uni Hannover treffend zusammen, worum es geht. Lieben und Arbeiten im neoliberalen Kapitalismus. Neben Plakaten, die aggressiv dazu auffordern, „endlich arbeiten“ zu gehen steht gleich eine Vielzahl an Unternehmen bereit, die nur darauf warten, „hilfreiche Karrieretipps“ zu verteilen und neue Mitarbeiter_innen zu rekrutieren. Woran dann später gearbeitet werden darf ist klar: Die Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung.

Unter anderem mit dabei:

- Axians: Involviert in den Bau von Flughäfen und Autobahnen, Infrastruktur für Atomenergie
- Balcke-Dürr Nuklear Service GmbH: Involviert in Atomindustrie, produzieren unter anderem Kühlanlagen für Braunkohlewerke
- Bundeswehr: Kriegsführung weltweit

- Ferchau: Enge Zusammenarbeit mit Airbus Military (z.B. Luftsysteme, Modellentwicklung „Mission Management-System, A400M)
- Mahle: Klimaanlage und Kühlsysteme für militärische Land- und Wasserfahrzeuge
- MTU: Panzermotoren, die aktuell unter anderem in türkischen Panzern zum Einsatz kommen

Die anderen Unternehmen sind natürlich auch nicht besser. Uns ist oft mehr als schleierhaft was sich unter „Consulting“, „Systemintegration“, „Technology Solution“, „Embedded Systems“ und „Cybersecurity“ ganz konkret verbirgt. Klar ist jedoch, es geht um Arbeit, die dazu beiträgt Krieg, Klimawandel, (neo-)koloniale Strukturen, Ausbeutung von Arbeiter_innen, Zerstörung der Umwelt und Systeme der Überwachung weiter voranzutreiben. Dass die „Karrieremesse“ alljährlich ehrenamtlich von Studierenden organisiert und vom Uni-Präsidenten Volker Epping gefördert, gelobt und unterstützt wird, spiegelt die inner-universitären Zustände wider: Die Uni Hannover forscht für zahlreiche dieser Unternehmen. Die Lehre ist darauf ausgerichtet, Mitarbeiter_innen für diese zu generieren. Kritische Wissenschaften (Sozialpsychologie, Geschlechterforschung...) wurden schon vor Jahren aus der Uni verdrängt.

wird in Tübingen eine Niederlassung der Rüstungsfirma ZF Friedrichshafen mit roter und grüner Farbe markiert. 14.10.: In Berlin wird die Bundeszentrale der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH mit den Farben Rojavas und mehrfach mit dem Schriftzug „rise up 4 Rojava“ markiert. 15.10.: In Rottweil wird das AfD-Büro besucht. An die Wände im Eingangsbereich wurde „Kein Raum der AfD“ gesprayt und der Briefkasten mit Bauschaum gefüllt. 16.10.: Das U-Boot-Denkmal in Laboe bei Kiel wird mit einem „Riseup for Rojava“ Graffiti markiert. Stoppt den Krieg in Syrien!

Dass die Uni als systemtragende Institution fungiert, wundert uns also nicht. So ist das mit Bildungsinstitutionen im Kapitalismus.

Wir haben die Gelegenheit ergriffen, all diese Firmen zusammen auf dem Präsentierteller vorzufinden, uns in unser „bestes Businessoutfit zu werfen“ um „einen unvergesslichen ersten Eindruck zu hinterlassen“. Dafür haben wir eine nicht unerhebliche Menge Buttersäure im Lichthof der Uni verschüttet. Der zweite Tag der „KissMe“-Messe dürfte sich damit in schlechte Luft aufgelöst haben.

In diesem Sinne schließen wir mit einem weiteren Zitat aus der „KissMe“-Begleitbroschüre:
„Es liegt in eurer Hand, was Ihr daraus macht! Folgt Eurer Leidenschaft und bestimmt Eure Zukunft selbst! Traut Euch, macht den ersten Schritt und sammelt wertvolle Erfahrungen!“

(1) Stand auf einem Plakat vor Ort. Meint wahrscheinlich: Jetzt wird gearbeitet um Geld für teurere Speisen ausgeben zu können.“

anonym

Wie der Staat mordet

am 19. September 2018 meinen Mitstreiter Sonne im Hambacher Forst

**Triggerwarning: Dieser Text ist sehr emotional und enthält etliche Schilderungen von Gewalttaten.*

Täglich werden Menschen durch den Staat ermordet. Strukturell, psychisch und physisch. Drei Formen, die sich gegenseitig bedingen, sich nicht voneinander trennen lassen.

Oury Jalloh wurde am 7. Januar 2005 in einer Zelle in einem Polizeirevier in Dessau verbrannt. Alexis Grigoriou wurde am 6. Dezember 2008 in Exarchia (Athen) von der Staatsmacht erschossen. Benno Ohnesorg wurde am 2. Juni 1967 in Berlin erschossen. Drei physische, dadurch offensichtlich und klar erkennbare Morde durch den Staat. Strukturelle und psychische Morde hingegen verschwinden hinter dem Nebel der Zensur und Manipulation des Staates. Meistens werden Morde nicht erwähnt und dort, wo sie öffentlich werden, ist nur von tragischen Einzel- und tragischen Unfällen die Rede. Von Mord sprechen die Wenigsten.

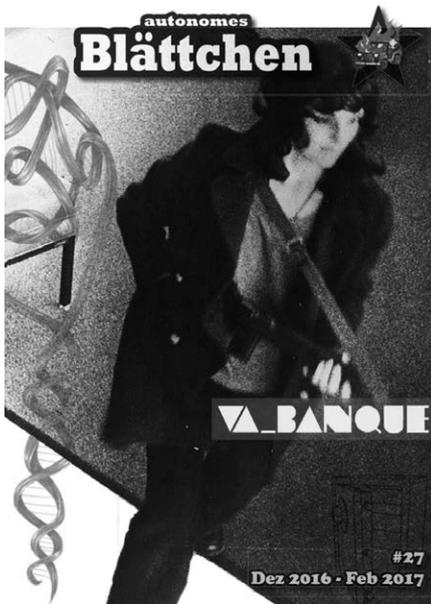
Fast täglich ertrinken Geflüchtete aufgrund der europäischen Abschottungspolitik im Mittelmeer. Staatliche Seenotrettungsprogramme wurden eingestellt, private Initiativen werden kriminalisiert. Die Menschen ertrinken, weil ihnen nicht geholfen wird. Das ist Mord. Erwerbslose, haben sich teilweise direkt vor Jobcentern das Leben genommen, weil sie keinen anderen Ausweg aus der schikanösen, demütigenden Bürokratie gesehen haben. Sie wurden psychisch und strukturell umgebracht. Als weitere Gruppe möchte ich die Klimatoten erwähnen, zumeist ärmere Menschen, die weltweit aufgrund der Umweltzerstörung verdursten, verhungern, ersticken... Auch sie werden täglich umgebracht.

Strukturelle und psychische Morde sind zwar unsichtbar im Vergleich zu den physischen, aber dadurch nicht weniger schlimm. Es ist wichtig diese als solche zu benennen

und sichtbar zu machen. Deshalb widme ich diesen Text Sonne, der am 19. September 2018 im besetzten Hambacher Forst ermordet wurde. Ich schreibe speziell über ihn, da ich als ehemaliger Bewohner des Hambacher Forstes, eine tiefe emotionale Nähe zu ihm verspüre. Es hätte ebensogut mich treffen können, aber dazu später mehr. Sonne, einigen unter seinem bürgerlichen Namen Steffen Meyn bekannt war Aktivist, Blogger, Journalist und Student an der Kunsthochschule für Medien in Köln und Teil der Bürgerbewegung im Hambacher Forst. Er schrieb gerade an seiner Projektarbeit „Facetten des Widerstands – Teil 1 Hambacher Forst“ und war an seinem Wohnort Leverkusen zuletzt als Regisseur am Jungen Theater tätig. In seinen letzten Tagen berichtete er über die Räumung der Besetzung. Da die Polizei eine Berichterstattung auf dem Waldboden verhinderte, musste Sonne auf die Bäume klettern. Dies machte er auch nochmal in einem seiner letzten Beiträge deutlich. Sie hatten kein Interesse an der Veröffentlichung ihrer Gräueltaten während der Räumung. Und davon gab es einige:

An der Tankstelle in Buir (Nachbardorf der Besetzung) bedrohten Polizist*innen Besetzer – und Unterstützer*innen bereits im Vorfeld der Räumung mit Schusswaffen! In den darauffolgenden Tagen wurde ein interessanter Mensch aus der Umgebung ebenfalls mit einer Waffe bedroht. In einer anderen Situation wehrten sich Aktivist*innen mit Steinen und Zwillen gegen die Staatsgewalt, die in den Wald kommen wollten. Als einer der Polizist*innen zu Fall kam, gab ein Kollege einen Warnschuss ab und rief: „Kommt doch!“ Das wird hoffentlich auch irgendwann passieren, Kollege. Wenn genug Mut, Leidenschaft für Freiheit, tiefe Freundschaften und der Wille zum revolutionären Bruch zusammenkommen. Während der Räumung wurde das Sondereinsatzkommando (SEK) eingesetzt, das Baumhausbewohner*innen mit Maschinenpistolen im Anschlag räumte. Hinzu kam, dass mehrmals wichtige Traversen (Verbindungsseile zwischen zwei Bäumen) ge-

17.10.: In Tauberbischofsheim fliegen Steine und Farbflaschen gegen das AfD-Büro. **17.10.:** In Berlin wird das Büro von Thyssen Krupp mit Steinen angegriffen und eine Botschaft hinterlassen. Die Verantwortlichen für den Krieg in Rojava befinden sich überall! **18.10.:** In Leipzig brennt der Wagen einer Immobilienfirma. **19.10.:** In Berlin-Lichterfelde wird ein AfD-Büro mit Farbe beschmiert. **19.10.:** In Eisenach wird ein rechter Treffpunkt angegriffen. Inventar wird beschädigt und sechs Gäste leicht verletzt. **19.10.:** In Reinsdorf brennt der Wahlkampf-Lkw der AfD aus. **21.10.:** In Dortmund



kappt wurden, obwohl sich Menschen darauf befanden. Diese konnten sich nur mit viel Glück retten und so dem sicheren Tod entrinnen. Außerdem fuhren die Autoritäten über einen Tunnel mit schwerem Gerät, obwohl sich darin zwei Besetzer*innen befanden und riskierten so dessen Einsturz.

Diese krassen Ereignisse erzeugten in mir eine unglaubliche Lebensangst. Ironischerweise, wenn ich bedenke, das ich in der Zeit vor den Plünderungen und riots in Hamburg während des G20 oft Selbstmordgedanken und generell eine geringe Lebenslust hatte. Aber sowohl G20 als auch danach das Leben in der Besetzung haben mir gezeigt, dass ich mit meinem Drang nach Freiheit nicht alleine bin. Es gibt viele schöne Menschen, die kein Bock mehr auf die emotionskalte Scheiße haben. Wir müssen nur zusammen finden, dann sieht's schlecht aus für alle Autoritäten! Und jetzt, wo die Lebenslust wieder in mir erblüht ist, kommt die Exekutive des Staates und zeigt deutlich, dass sie uns nicht nur schlagen, treten und einsperren können. Nein, sie können uns auch einfach umbringen!

Darauf war ich mental überhaupt nicht vorbereitet. Mit Knast hatte ich mich viel auseinandergesetzt, aber dass die mich auch umbringen können, hatte ich so nicht bewusst bedacht. Auch, wenn bei G20 bereits das SEK die Schanze mit Schießbefehl geräumt hatte, war die Situation im Hambi für mich emotionaler und gefühlt viel näher. Schließlich war der Hambi mein Zuhause und überall liefen die Marionetten des Staates und RWE-Scurities und -Arbeiter*innen herum, die das, was wir uns monatelang aufgebaut hatten innerhalb von Sekunden mit ihren großen Maschinen zerstörten. Zudem fühlte ich mich durch die tagelange Belagerung der Besetzung gefangen in einem großen Kessel. Das Rein- und Rausgehen war mit unglaublichem Stress verbunden: Entweder Polizeikontrollen

oder irgendwie daran vorbei durch das Feld kriechen. Der sogenannte Ausnahmezustand wurde verhängt. Der lebendige, vielfältige Ort drohte unter dem Stumpfsinn der Macht zu versinken. Zum Glück gab es vielfältige, auch militante Gegenwehr und Solidarität für die Gefangenen, die diesen Ort gerettet hat. Besetzer*innen, die das herausgeschrien haben, was ich gedacht hab: ihr versteht gar nicht was der Wald bedeutet, ihr seid so in eurem toten Dasein gefangen, handelt wie Roboter und lauft nur euren Befehlen nach. Soviel Mut, Zusammenhalt, Emotionen und Kreativität obwohl der Staat mit all seiner Macht zugeschlagen hat. Vielleicht auch gerade deswegen.

Obwohl es also auch durchaus viele ermutigende Handlungen gab, war die Räumung alles in allem eine unglaubliche Belastung, ein enormer Stress. Einige wurden dadurch schwer traumatisiert und kämpfen immer noch mit der Aufarbeitung dieser schrecklichen Ereignisse. Es ist kein Zufall, dass Sonne während der Räumung gestorben ist. Es ist auch kein Zufall, dass die Polizei in der Nähe war als Sonne gefallen ist, sie wollten diesen Ort als nächstes räumen. Er wurde durch die Extrembelastung ermordet!

An dem Tatort legten Aktivist*innen zunächst eine Schweigeminute ein. Als in der Folge dessen manche auch ihrer Wut Ausdruck verleihen wollten, wurde ihnen dies von den anderen untersagt. Das wäre nicht im Sinne von Sonne gewesen. Das sind zynischerweise die selben Leute, die meinen, mensch dürfe den Tod von Sonne nicht „instrumentalisieren“. Das sind ekelige Manipulationen, die militante Handlungen unterbinden sollen. Dabei sind diese genauso gerechtfertigt wie die Schweigeminute und die Trauer!

fliegen Molotowcocktails gegen DITIB-Moschee. 21.10.: In Zürich wird der Briefkasten der SSB AG mit Pyrotechnik geprenzt. Die Firma ist Tochter des türkischen Bau und Industrie Konglomerats ERG. 21.10.: In Dortmund wird in einem Thor Steinar Laden während der Öffnungszeiten ein Böller gezündet, anschließend wird mit einem Feuerlöscher überbeliehende Flüssigkeit verteilt. 22.10.: In Freiburg brennt ein Thyssen Krupp Auto. Kampf allen Kriegstreiber*innen! Hier und überall! 22.10.: In Berlin werden drei CDU-Büros und eine Sparkasse mit Steinen und Hämmern angegriffen. Mit

Genausogut hätte es auch mich treffen können. Auch, wenn der Staat und der RWE danach beteuerten wie schrecklich Leid ihnen das tut, haben sie doch an ihrem Verhalten überhaupt nichts verändert. Im Gegenteil haben sie durch ihre Krokodilstränen wieder einmal mehr von ihrer eigenen Beteiligung am Tode Sonne's abgelenkt und die Verantwortung einmal mehr auf die Besetzung abgewälzt. So forderten sie die Besetzer*innen auf, die Baumhäuser zu verlassen, damit bei der Räumung nichts mehr schiefgehe. Das macht mich rasend vor Wut.

Dann die Trauer. Wow, einen Tag nach dem Tod von Sonne erlaubte uns die Polizei zu trauern. Das hieß, das alle die zu dem Tatort hingehen wollten durch ein Spalier laufen durften, um dann unter staatlicher Aufsicht zu trauern. Wie gnädig! Nach diesem Tag ging die Räumung weiter, als ob nichts passiert wäre!! Solche ignoranten Idioten. Die juckt's überhaupt nicht, dass dort jemand gestorben ist. Das sie Sonne umgebracht haben. Sie haben nur Angst davor, dass wir deswegen wütend werden. Deswegen behaupteten sie auch erst, dass sie gar nicht in der Nähe gewesen wären als Sonne von der Hängebrücke gefallen ist. Sie wissen, das es an anderen Orten, an denen Menschen ermordet wurden, die Staatsmacht tagelangen riots ausgesetzt waren. Darauf haben sie keine Lust. Deswegen die Krokodilstränen.

Mit Sonne haben sie einen Menschen ermordet der mit seiner kritischen Berichterstattung wichtige Arbeit geleistet hat.

Er legte den Finger in die Wunde und brachte den Nebel, der sich über den gewalttätigen Alltag des Staates legt ein wenig zum verdunsten. So wie die Sonne Nebel zum verdunsten bringt. Sonne ist in und für den Kampf gestorben. Das dürfen wir nie vergessen. Es liegt an uns dafür zu sorgen, dass sein Tod nicht umsonst war.

Ich rufe zu einer dezentralen, vielfältigen Erinnerungskultur auf! Redet mit eurem Umfeld darüber, macht Flyer/Plakate und verteilt sie, sprayt Graffiti's... seid kreativ. Lasst euch von Keinem vorschreiben, wie ihr zu fühlen habt und wie ihr dem Ausdruck geben wollt!

Sonne, wir vergessen dich und auch all die anderen die ermordet wurden nicht! Ihr fehlt uns, aber in unseren Herzen und unseren Kämpfen werdet ihr immer bei uns sein.

anonym



Erweiterte DNA-Analyse

*Entgegen aller Argumente und Warnungen vielfältiger Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Minderheiten und von Datenschutzexpert*innen hat der Bundestag am 15.11.19 im Schnellverfahren das Gesetz zur Erweiterten DNA-Analyse beschlossen. Mit dem „Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens“ soll die polizeiliche DNA-Analyse von Alter, Augen-, Haut und Haarfarbe von unbekannt Personen aus Tatortspuren erlaubt werden. Bisher durfte nur das Geschlecht geprüft und geschaut werden, ob die DNA schon einmal im Zusammenhang mit anderen Straftaten registriert wurde. Wir dokumentieren die Kritik seitens des Gen-ethisches Netzwerk e.V. :*

Technisch unausgereift

Die Analyse der Pigmentierung von Augen- Haar- und Hautfarbe sowie des Alters ist zwar grundsätzlich möglich, doch Wissenschaftler*innen haben immer wieder darauf verwiesen, dass die Vorhersagegenauigkeiten stark schwanken können und nicht den Testdaten aus dem Labor entsprechen. Eine Fehlleitung von Ermittlungen auf-

grund von zu großem Vertrauen in die DNA-Technologie erscheint demnach höchst wahrscheinlich.

Expert*innen, die die Einführung befürworteten, verweisen darauf, dass die Technologie ausreichend validiert sei. Doch Studien zeigen, dass die „hinreichende Vorhersagegenauigkeit“ von dem das Bundesjustizministerium in seinem Gesetzesentwurf ausgeht, nicht gegeben ist. Beispielweise zeigte eine neue US-amerikanische Studie eine Fehlerrate von rund 40 Prozent bei Augenfarbe auf, bei Haarfarbe lag sie bei 20 Prozent.[1] Bei einer anderen Studie mit brasilianischen Proband*innen versagte die Technologie HlrisPlex-S (auf die sich meist bezogen wird) fast gänzlich dabei, Hautfarbe vorherzusagen.[2] Die Wissenschaft scheint also noch gar nicht so weit zu sein, wie es von den politisch Verantwortlichen vermittelt wird.

Nutzen fraglich

Immer wieder wird auf den Mordfall Maria L. verwiesen. Doch selbst Manfred Kayser, ein Hauptentwickler

Grüßen an allen Kämpfer*Innen, die jede Nacht in den Zentren der europäischen Festung, in den Metropolen Südamerikas und in allen übrigen Konfliktgebieten unterwegs sind. 22.10.: In Freiburg wird die Waffenteil-Firma LITEF mit Farbe markiert. Kriegspolizei*innen gegen die Wand fahren! Biji Rojava – grenzenlose Solidarität. 22.10.: In Hamburg wird das Auto in der Einfahrt des Chefs der Hamburger Senatskanzlei abgefackelt – Solidarität mit den Parkbank 3! Sofortige Freilassung von Parkbank 2! 22.10.: Das Leipziger Jobcenter bekommt einen stinkigen Brief. Wegen eines



der Technologie hat inzwischen eingeräumt, dass die DNA-Analysen in diesem Fall – in einer Großstadt mit einer diversen Bevölkerung – nicht geholfen hätten. Vielfach wird behauptet, in anderen Ländern würde die Technologie erfolgreich eingesetzt, doch Studien über Schaden und Nutzen fehlen. Es ist kein einziger Fall bekannt, bei der die Vorhersage von Augen- Haar- und Hautfarbe und des Alters zur Aufklärung eines Falls geführt hat!

Gefahr des Racial Profiling

Ein schwerwiegendes Problem der Technologie stellt die Gefahr der Pauschalverdächtigung von gesellschaftlichen Minderheiten dar. Die Analyseergebnisse ergeben kein „genetisches Phantombild“ sondern grobe Vorhersagen der Pigmentierung einzelner Merkmale – die Kombination daraus trifft jeweils auf viele Menschen zu. Wie sowohl der immer wieder (fälschlicherweise als Anwendungserfolg) angeführte Mordfall von Marianne Vaatsra aus den Niederlanden, als auch der aktuelle Fall des „Allgäuer Triebtäters“ aus Bayern gezeigt haben, werden Merkmale der Mehrheitsgesellschaft bei Ermittlungen nichts nutzen. Nur Merkmale von Minderheiten helfen dabei, den Kreis der Verdächtigen einzugrenzen. So werden Personen aus Minderheiten öfter von Ermittlungen belangt und rassistische Stereotype einer erhöhten Kriminalität zwangsläufig verstärkt werden. Zwar ist im Gesetzesentwurf die Rede davon, dass es „ nicht zu einem Missbrauch [...] im Sinne rassistischer Stimmungsmache oder Hetze kommen darf“, doch diesem Ratschlag folgen keinerlei Maßnahmen, die einen sensiblen Umgang sicherstellen würden.

Die Bundesregierung hat, „als bewusste Entscheidung“, die Analyse des Merkmals „bio-geografische Herkunft“ nicht aufgenommen, da laut Justizministerin Christine Lambrecht durch die Analyse einer vermeintlichen kontinentalen Herkunft „größere Gruppen an den Pranger gestellt werden“ können.[3] Doch die Bestimmung einer Hautfarbe wird genau denselben Effekt haben und muss daher mit demselben Argument abgelehnt werden. Auch in der Expertenanhörung des Rechtsausschusses am 11.11.2019 konnte rassistische Diskriminierung als Folge

der Anwendung von den zwei dazu befragten Experten nicht ausgeschlossen werden!

Es stellen sich noch viele Fragen bezüglich der Anwendung in Ermittlungen. Wie wird die Polizei etwa nach „Hautfarbe = dunkel“ fahnden? Dieses Merkmal ist bisher in keiner Datenbank vermerkt – werden entsprechende Datenbanken angelegt? Oder wird von Nationalität auf Hautfarbe geschlossen? Wie wird die Hautfarbe von Bürger*innen entsprechend des Analyseergebnisses (bei dem System Hlrisplex-S von Manfred Kayser z.B. 5 Hautfarben) einsortiert? Geschieht dies nach Augenmaß der verantwortlichen Polizist*innen? Fälle aus Deutschland („Phantom von Heilbronn“) und dem Ausland zeigen gut dokumentiert die Gefahr der Diskriminierung von Minderheiten durch Fahndungen mittels Erweiterter DNA-Analysen. Diesem Effekt muss vorgebeugt werden, statt fälschlicherweise immer wieder zu behaupten, es handele sich beim Aussehen nicht um sensible Informationen.

Massive Datenschutzverletzung

Der immer wieder angeführte Vergleich mit Videoüberwachung und Aussagen von Zeug*innen ist inkorrekt. Zum einen verwies auch der Rechtsanwalt Stefan Conen (Vereinigung Berliner Strafverteidiger e. V.) bei der Expertenanhörung am 11.11.2019 darauf, dass während Zeug*innen sich bemühen Täter*innen zu beschreiben, DNA nicht „spreche“, und eine DNA-Spuren am Tatort nicht im Tatzusammenhang stehen muss. Zum anderen entspricht die im Gesetzesentwurf vertretene Einschätzung, die Untersuchung von Spurenmaterial auf Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie des Alters greife nicht in den absolut geschützten Kernbereich der Persönlichkeit ein, weder bisher geltenden Datenschutzstandards noch molekulargenetischen Erkenntnissen. DNA-Daten sind keine gewöhnlichen personenbezogenen Daten, sondern sie sind durch ihren hohen Informationsgehalt und ihre vielfältige Verwendungs- (und damit Missbrauch-) Möglichkeiten als gesonderte, besonders sensible Datenkategorie zu betrachten. Darauf weist auch die Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins hin und fordert daher, dass die Analyse von Augen-, Haar- und Hautfarbe unterbleiben muss.[4]

Die Ausweitung von polizeilichen Analysebefugnissen auf die sogenannte „kodierende“ DNA ist ein tiefer Einschnitt in den Datenschutz von Betroffenen. Bisher durfte zur Bestimmung der Identität einer Person auf Marker in der „nicht-kodierenden“ DNA zurückgegriffen werden, die keine Angaben über persönliche Merkmale enthalten soll. Mit den neuen Analysekompetenzen werden automatisch Nebenbefunde über andere Eigenschaften generiert. Die moderne Genomforschung zeigt, dass jedes Gen, jede Genvariante mit einer Vielzahl von Eigenschaften in Zu-

mutmaßlichen Buttersäure-Anschlags wird das Jobcenter für gut zwei Stunden geräumt. **23.10.:** In Berlin Zusammenhang mit dem Räumungsprozess der Liebig34 werden in Berlin zwei Immobilienbüros mit Farbe angegriffen und entglast. **23.10.:** In Stuttgart wird das Turkish Airlines-Büro mit Farbe markiert: „Fight for Rojava!“ **23.10.:** In Freiburg werden zwei Vonovia Autos angezündet. **23.10.:** In Berlin wird ein Amazon-Lieferwagen angezündet. **24.10.:** In Berlin werden zwei Bankautomaten angezündet. Gegen das System der Überwachung und Kontrolle, des Sanktionierens und Strafens.

sammenhang gebracht werden kann. Die Darstellung der scharfen Begrenzung der Analyse auf einige konkrete Eigenschaften ist daher wissenschaftlich inkorrekt bzw. verkürzt. Eine aktuelle Studie zeigt, dass zum jetzigen Stand der Forschung schon für einige der Genvarianten, die für die Bestimmung von äußeren Merkmalen verwendet werden, Korrelationen mit Erkrankungsrisiken bekannt sind.[5] Mit dem exponentiellen Anwachsen des Wissensstands im Bereich der humangenetischen Forschung ist davon auszugehen, dass das Wissen über den Informationsgehalt des durch die Polizei analysierten Bereichs noch einmal deutlich steigen wird. Die massive Verletzung von bisherigen Standards des Datenschutzes gilt dabei nicht nur für potenzielle Täter*innen, sondern einen großen Kreis von unbeteiligten Personen, deren DNA auch durch Transfer durch Dritte oder angefasste Gegenstände an den Tatort gelangt sein kann. Hinzu kommen alle (auch zukünftigen) biologischen Verwandten der betroffenen Person, deren genetische Daten indirekt mitanalysiert werden.

Ausweitungsgefahr

Wir sehen zudem eine große Gefahr der Ausweitung auf weitere Merkmale, wenn der datenschutzrechtliche Dammbreach einmal erfolgt ist. Die DNA-Datenbank des BKA wurde 1998 eingeführt, um schwere Straftaten aufzuklären, aber heute wird sie zum allergrößten Teil zur Aufklärung von Bagatelldelikten verwendet. Schon jetzt wünschen sich die Befürworter*innen aus Forensik, Polizei und Politik die Ausweitung auf die angeblich so viel genauer ermittelbaren „biogeografischen Herkunftsmarker“ oder sprechen sich sogar für keinerlei scharfe Begrenzung aus, welche Merkmale erlaubt sein sollen und welche nicht.

Wir protestieren daher gegen das Gesetz!

- Wir protestieren gegen die fehlgeleitete politische und mediale Darstellung dieser Methoden. Die sicherheits-

politisch geforderten DNA-Analysen sind keine Wahrheitsmaschine, sondern hochgradig fehleranfällig. Die Gefahren ihrer Anwendung wiegen weitaus schwerer als ihr geringer kriminalistischer Nutzen!

- Wir protestieren dagegen, dass das Gesetz rassistischer und antiziganistischer Stimmungsmache Vorschub leistet. Öffentliche Generalverdächtigungen gegen diskriminierte Gruppen aufgrund der Analyse von Haut-, Haar- und Augenfarben dürfen nicht durch solche Verfahren ermöglicht werden!

- Wir protestieren dagegen, dass bisher gültige Datenschutzrechte dramatisch verletzt werden, wenn Rückschlüsse auf persönliche Eigenschaften via DNA-Analyse erlaubt werden!

[1] Sharma et al (2019): Evaluation of ForenSeqTM Signature Prep Kit B on predicting eye and hair coloration as well as biogeographical ancestry by using Universal Analysis Software (UAS) and available web-tools. Electrophoresis, doi: 10.1002/elps.201800344.

[2] Carratto et al. (2019): Evaluation of the Hlris-Plex-S system in a Brazilian population sample. Forensic Science International: Genetics, doi: 10.1016/j.fsigss.2019.10.180.

[3] Rath (2019): Justizministerin zur DNA-Strafverfolgung. „Das ist keine Stigmatisierung!“, taz, 12.09.2019. <https://taz.de/!5625314/>

[4] Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz eines Gesetzes zur Modernisierung des Strafverfahrens, 19.10.2019, <https://www.bundestag.de/resource/blob/667740/bbdd1be9b1b-6fa698994afaa7...>

[5] Bradbury et al. (2018): Off-target phenotypes in forensic DNA phenotyping and biogeographic ancestry inference: A resource. Forensic Science International: Genetics, doi: 10.1016/j.fsigen.2018.10.010.

Bure/F: Die Rückkehr der Eulen ein Nachtrag zur Wiederbesetzung des bois leduc im Juli 2019

Zwei Monate sind inzwischen vergangen, dass die Nachricht von der Wiederbesetzung des Waldes durch die Medien gingen. Die gewaltsame Räumung folgte unmittelbar und dauerte zwei Tage an. Ist die Aktion also gescheitert? Wir denken das nicht! Dennoch: so groß die öffentliche Aufmerksamkeit war, so schnell war sie wieder verflogen; zumal auch von Seiten der Akteur*innen keine weiteren Lebenszeichen in Form von Erklärungen oder weiteren Aktionen folgten. Wir Bedauern sehr, dass nach der Aktion keine öffentliche Auswertung aus Sicht der beteiligten Personen stattgefunden hat. Wir denken diese

wäre wichtig gewesen, um das Geschehene diskutierbar zu machen und daraus Schlüsse für zukünftige Strategien des Kampfes zu ziehen. Es scheint uns wenig hilfreich, über die Motive dieses Schweigens zu spekulieren, es wird schon seine Gründe haben. Als Menschen, die hier in der „Zone“ leben und kämpfen wollen wir das Geschehene jedoch trotzdem zum Anlass nehmen, um ein Paar Gedanken zum Thema öffentlich zu teilen, sowie den Beteiligten und dem Widerstand im Ganzen ein Feedback unserer Wahrnehmungen zu geben. Eine Analyse der

24.10.: In Freiburg wird ein Firmenwagen des Konzerns Implenia abgebrannt. Die Firma Implenia ist eine der größten Baufirmen in der Schweiz und international aktiv. In der Schweiz ist der Konzern unter anderem berühmt berüchtigt für den Bau des Ausschaffungsknastes Bässlergut. 25.10.: In Berlin fliegen Farbflaschen und Steine gegen die SPD-Zentrale. Fight4Rojava! 25.10.: In Dresden verliert ein Auto wegen eines rechten Aufklebers seine Scheiben. 26.10.: Hamburg: Während ein Großaufgebot von uniformierten Marionetten den Vollhöfner Wald räumt, fliegen bei SPD und GRÜNE in

Zu Hause bei Familie Hupp in Hitzacker:
«Es war eindeutig Terror - die haben
einfach nicht aufgehört zu singen -
mindestens zehn Minuten lang.
Und Olaf war im Einsatz.»



technischen Abläufe vor Ort, können wir somit natürlich nicht leisten.

Worüber wir jedoch sprechen wollen ist die Tatsache, dass dieses kurze (wieder)Aufflammen von militantem Widerstand uns mit neuer Hoffnung erfüllt hat! Seit über zwei Jahren leben wir hier nun unter diesem polizeilichen Besatzungszustand. Unter permanenten Provokationen und Schikanen einer staatlichen Übermacht. In einer Region, die zunehmend im Mafiastil verwaltet wird. Freund*innen sitzen im Gefängnis, sind auf der Flucht, oder haben (sich) aufgegeben. Wer unter diesen Bedingungen lebt versteht sehr schnell, dass dieser Kampf sich nicht „militärisch“ gewinnen lässt. Und trotzdem kann es richtig und notwendig sein den Angriff zu wählen! Die Friedhofsruhe, die sich seit der Räumung im Februar 2018 über Bure und den umliegenden Dörfern ausgebreitet hat, ist für einen kurzen Moment durchbrochen worden. Und auch wenn es nicht gelang, mit dem Angriff einen Sieg über die nuklearen Vasallen davonzutragen, so wurde doch ein Sieg über die Angst errungen, die schon zu lange unser tägliches Leben prägt.

Die Eulen sind zurückgeehrt! Zumindest hier in der „Zone“ ist die Botschaft trotz der spärlichen Worte wohl angekommen. Wir sehen es im komplizierten Lächeln unserer Nachbar*innen, wenn wir auf der Flucht vor der nächsten Polizeistreife durch die Strassen huschen. Wir sehen es in ihrem schadenfrohen Grinsen, wenn die Patrouillen ihre Häuser passieren. Wir lesen es in den grimmigen Gesichtern der Projektbefürworter*innen, die sich gerade an die Totenruhe gewöhnt zu haben schienen. Wir lesen es bei jeder Fahrzeugkontrolle in den weinerlichen Requisitionen der Bullen die davon zeugt, dass sie auch zwei Monate danach die ihnen verabreichte Kost aus Mollis und Steinen nicht verdaut haben. Wir wissen nicht, ob die direkt beteiligten Personen unseren Optimismus in dieser Frage teilen. Es scheint zumindest schwer vorstellbar, dass Menschen die Inspiration finden, sich auf diese Form der Auseinandersetzung einzulassen, ohne dabei auch ein Stückweit die Hoffnung zu haben am Ende einen konkret greifbaren Erfolg zu erzielen. Um so wichtiger scheint uns, den Menschen die im Juli den Kampf um den bois lejeuc wieder aufgenommen haben zu versichern, dass sie nicht gescheitert sind und dass die von ihnen entzündeten Feuer in unseren Herzen weiterbrennen!

Auch die technisch-nüchterne Bilanz der Besetzung kann sich in unseren Augen sehen lassen: Nach allem was wir gehört haben, müssen wir davon ausgehen, dass die Bullen von der Aktion überrascht wurden. Weder waren im Vorfeld verstärkte Patrouillen in und um den Wald festzustellen, noch waren Spezialkräfte der Höhenrettung vor Ort (diese mussten erst aus Paris angefordert werden). 300 Gendarmen stehen zur permanenten Verfügung, um diesen gerade einmal 200 Hektar großen Wald zu

bewachen. Stattdessen verbringen sie ihre Zeit lieber damit Anwohner*innen zu schikanieren und wahrlose Kontrollen durchzuführen. Die Einsatzleitung dürfte einiges zu erklären gehabt haben, wie es rund 50 Aktivist*innen gelingen konnte unbemerkt in den Wald einzudringen, dort Baumhäuser und Barrikaden zu errichten und schließlich die Bullen am Boden anzugreifen und aus dem Wald zu jagen. So zogen sie es vor, einen Angriff von außen herbeizuhalluzinieren der von den Sicherheitskräften abgewehrt werden konnte. Allein die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des bekanntwerdens der Besetzung bereits Baumhäuser bzw. Plattformen im Wald errichtet worden waren entlarvt diese Behauptung als billige Propagandalüge. Dass es so scheint, dass sie weder mit dem Zeitpunkt noch der Intensität des Angriffes gerechnet haben, soll jedoch keineswegs bedeuten, dass sie unvorbereitet waren! Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass sie in dem Moment der Veröffentlichung ein von langer Hand geplantes Programm abspulsten, dass durch den permanenten polizeilichen Besatzungszustand jederzeit abrufbar ist und auch in anderen szenarien vermutlich ähnlich aussehen würde. Es wäre sicherlich interessant zu diskutieren, was diese Beobachtung für zukünftige Aktionsstrategien innerhalb der „Zone“ bedeuten könnte.

Doch nicht nur die Polizei schien von der unangekündigten Wiederbesetzung überrascht worden zu sein: mangelnde Mobilisierung im Vorfeld, eine nur spärliche Kommunikation während der Aktion, sowie die völlig ausbleibende Vermittlung im Nachhinein machten es vielen Menschen im Widerstand schwer, das Geschehen politisch einzuordnen. Wir haben in Gesprächen später häufiger die Kritik gehört, dass fehlende Informationen das Bild einer recht exklusiven Veranstaltung einer geschlossenen Gruppe entstehen liessen, in der sich viele Menschen nicht wieder finden konnten. Das mag (neben der kurzen Dauer) einer der Gründe sein, warum eine Unterstützung der Besetzung von außen – die für ein längeres Bestehen wohl notwendig gewesen wäre – weitgehend ausblieb. Wir haben den Eindruck, dass weit mehr Menschen sich beteiligt bzw. solidarisiert hätten, wenn die Aktion offener kommuniziert worden wäre. So beschränkte sich die Anteilnahme der Bewegung auf ein paar Solifotos und eine abgefackelte ENEDIS Karre in Ivry-sur-Seine.

Soweit wir wissen gab es während der gesamten Aktion keine Verletzten und auch die Repression hätte weit

Harburg die Scheiben ein. 26.10.: In Leipzig werden Baustellenabsicherungen in Brand gesetzt und die Polizei angegriffen. 26.10.: In Rostock brennt ein Porsche-SUV ab. 26.10.: In Freiburg wird ein Wagen von Johnson Control angezündet. Die Firma ist ein Profiteur der Gefängnisindustrie. 27.10.: Deutsche Bank Auto in Freiburg geplättet. 27.10.: In Berlin werden um die 27 SUVs mit Farbe besudelt. 28.10.: In Rostock wird ein Büokomplex in dem auch Rheinmetall ansässig ist neu lackiert. Biji Rojava! 28.10.: In Bern werden bei einem Büro von Turkish Airlines die Scheiben eingeden-

schlimmer ausfallen können: Im Zuge der Räumung kam es zu mehreren willkürlichen Identitätsfeststellungen und Ingewahrsamnahmen in der näheren Umgebung. Ob diese Personen Teil der Besetzung waren, oder sich zufällig dort aufhielten ist völlig unklar. Fest steht jedoch, dass sämtliche Personen nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden. Am selben Tag kam es noch zu einer weiteren Verhaftung in Bure, die jedoch nicht in direktem Zusammenhang mit der Besetzung steht: Ein Mensch wurde wegen Verletzung seiner juristischen Auflagen (Territorialverbot) verhaftet und zu indestens 4 Monaten Präventivhaft verurteilt³. Die Person befindet sich seither im Gefängnis Nancy/Maxeville. Auch im Nachhinein blieb (bislang) eine größere staatliche Reaktion auf die Wiederbesetzung aus.

Nach allem, was wir später über den Charakter der durchgeführten Aktion erfahren konnten, müssen wir den mancherorts entstandenen Eindruck einer homogenen Komandoaktion revidieren. Auch wenn die offensichtlich erfolgreiche Geheimhaltung der Planung viele Menschen faktisch ausgeschlossen haben mag, trägt die Wiederbesetzung deutliche Zeichen einer Strategie der Vielfalt der Taktiken, bei der unterschiedliche Aktionsformen gleichberechtigt nebeneinander praktiziert wurden. Diese Heterogenität halten wir nach wie vor für einen zentralen Schlüssel für den Erfolg unseres Widerstandes! Von daher wollen wir die Wiederbesetzung des Waldes auch nicht isoliert betrachten. Hinter uns liegt ein ereignisreicher Sommer, in dem sich der Widerstand gegen das Atomprojekt auf vielfältige Art zurückgemeldet hat. Veranstaltungen verschiedener Milleurs und Spektren haben deutlich gemacht, dass der Kampf gegen CIGEO auf allen Ebenen weiter geht. Wir denken dabei unter anderem an die 33 Konferenzen, welche die staatliche Öffentlichkeitsdebatte atomkritisch begleitet haben, das

Treffen der landweiten Unterstützungskomitees anfang August in Dijon das im November in Valencean fortgesetzt wird, das Burelesques Festival, zu dem über 1000 Menschen in Hevillers zusammenkamen, die Eröffnung der Dauerausstellung „Trainstopping“ am Bahnhof von Luméville, das kurz bevorstehende feministisch-antinkulare Wochenende in Montieres, oder die angekündigte Bauwoche i Widerstandshaus in Bure (BZL).

Der alltägliche Terror der Staatsgewalt beginnt seinen Schrecken zu verlieren. Es gibt wohl kaum etwas was sie uns antun könnten, was sie uns nicht bereits angetan haben. Und doch geht unser Kampf weiter! Weniger spektakulär als zuvor, dafür mit mehr Bedacht und dem Wissen um die Konsequenz. Mit der Repression kam die Angst und mit ihr Spaltung und Misstrauen. Es wird wohl noch einige Zeit brauchen, das verlorene Vertrauen in einander und in uns selbst wieder herzustellen. Doch wir sind sicher, dass wir – wenn wir diesen Weg weiter gehen – zukünftige Auseinandersetzungen auf ein stabileres Fundament stellen können, welches der Repression stand hält. Wir werden uns auch weiterhin – mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln – diesem teuren, nutzlosen und gefährlichen Projekt Namens CIGEO in den Weg stellen. Wir hoffen auf eine breite, spektrumübergreifende Beteiligung an der Großdemonstration „vent de Bure“ am 28. September in Nancy. Lasst uns unsere Wut gemeinsam auf die Strasse tragen!

Einige Menschen aus der „Zone“, 14 September 2019

Als „Zone“ bezeichnen wir hier ein geographisch variables Gebiet um Bure, des militärisch-polizeilichen Belagerungszustandes. Je nach behaupteter Sicherheitslage erstreckt sich dieses über weite Teile der Departements Meuse und Haut Marne.

[B] Tu Mal Wat mit Feuer

Angriff auf das Amtsgericht Pankow/Weißensee

Dokumentation: „Mit einigen Botschaften haben die militanten, autonomen Gruppen bereits die Tu Mal Wat Tage begrüßt und auch wir wollen uns mit diesem ersten Gruß und einem Brandsatz, den wir am frühen Freitag Morgen, den 27. September 2019, vor dem Amtsgericht Pankow/Weißensee abstellten, melden.

Während ein Hubschrauber der staatlichen Schergen über dem Zentrum der Stadt kreiste, um ihr repressives Klima über den Tu Mal Wat Tagen zu verbreiten, haben wir, als autonome Gruppe, in der vergangenen Nacht den Haupteingang des Amtsgerichts Pankow/Weißensee mit einem Flüssig-Brandsatz mit mehreren Litern angegriffen. Wir waren bereits über verschlungene Wege

aus dem Blickfeld des scheinbar allgegenwärtigen Auges verschwunden, als unser nächtlicher Angriff erst bemerkt wurde.

Damit verdeutlichen wir, dass zu jeder Zeit an jedem Ort der Stadt mit Angriffen auf die Symbole der Macht zu rechnen ist. Ob mit Brandsätzen, Steinen, Farbe, Plakaten oder selbstorganisierten Versammlungen auf Augenhöhe, der anarchistische Widerstand gegen Herrschaft und Kapitalismus wird stets Schäden an Gütern und der Moral in den Reihen der Herrschenden und Besitzenden anrichten. Mit einigen Botschaften haben die militanten, autonomen Gruppen bereits die Tu Mal Wat Tage begrüßt und auch wir wollen uns mit diesem ersten Gruß melden.

gelt. 28.10.: In Freiburg brennen zwei Hebebühnen der Firma Butsch und Meier. Diese wurden zwei Tage zuvor bei der Räumung der besetzten Kronenstraße vom SEK benutzt. 29.10.: In Berlin wird in Solidarität mit der Liebig 34 ein Showroom der Pandion Immobilienfirma beschädigt. 30.10.: In Hannover wird auf der Karrieremesse „KissMe“ der Uni Hannover Buttersäure verkippt. An der Messe beteiligen sich mehrere Firmen die mit Rüstungsfirmen kooperieren, selber welche sind und die Bundeswehr. Außerdem richtet sich der Angriff gegen die Arbeit als Mittel zur aufrechterhaltung

Wir haben dieses Ziel ausgewählt, weil die staatliche Justiz niemals für Gerechtigkeit sorgen wird, da ihre einzige Aufgabe die Legitimation der bestehenden Gewaltverhältnisse ist. Was bei der Strafjustiz am offensichtlichsten ist, gilt auch für die zivilrechtlichen Angelegenheiten. Mit ihren Einrichtungen verhilft sie den Eigentümer*innen, Wohnungsbaugesellschaften und Investor*innen zur Bestimmung unserer Wohn- und Lebenssituation. Was z.B. vor dem Pankower Gericht als Einigung oder Beschluss in Mietrechtsfragen dargestellt wird, ist auch nichts anderes als Strafe für diejenigen, die nicht über Geld und Eigentum verfügen.

Spezialisierte Anwaltskanzleien klagen Mieter*innen aus ihren Wohnungen, während diese meistens Scheitern

mit Klagen gegen Vermieter*innen. Dann sind erst mal Gerichtsgebühren fällig und Gerichtsvollzieher*innen treten unsere Türen ein. Wir treten zurück! Gegen jede Autorität! Solidarische und kämpferische Grüße an die vielen Besetzer*innen heute!“

Autonome Gruppe Rosemarie
F. 27/09/2019



[B] Tu Mal Wat für Ende Geländewagen

Dokumentation: „Wir haben in der Nacht zu Samstag, 28. September, an mehreren Stellen den Parkplatz eines Jeep-Autohändlers in Berlin-Lichtenberg angezündet. Glücklicherweise segeln wir damit auf der sich erhebbenden Welle weltweiten Widerstands gegen den zerstörerischen Kapitalismus mit seinen verheerenden Folgen für die Erde und seine Bewohner_innen. Auf dass der Widerstand im Bewusstsein der Notwendigkeit eines revolutionären Umbruchs handelt anstatt der Befürwortung eines grünen, sich ständig reformierenden kapitalistischen Systems.

Dieses durchdringt jeden Bereich unseres Lebens und verwandelt persönliche Beziehungen und Gedanken in Warenwerte. Dass das Netz der Herrschaft uns alle zu Träger*innen derselben funktionalisiert, bedeutet nicht, dass es keine besonderen Antreiber*innen und Verantwortlichen für die Misere gäbe. Die Reichen sind es im Besonderen, die mit ihrem Egozentrismus alles dafür geben, dass es so weiter geht wie bisher und patriarchale Herrschaft ausgebaut wird. Immer smarter, immer größer, immer schneller. Sie fahren in der Stadt Geländewagen, bauen mit ihren Palästen und smarten Devices das Strom und Ressourcen fressende Internet der Dinge aus, jetsetten durch die Welt und setzen auf Grün – per Einkauf im Biomarkt oder an den Wahlurnen. Eng verbunden mit der weiteren Ausbreitung und gewaltsamen Durchsetzung kapitalistischer Ideologie ist die Gentrifizierung als Angriff auf soziale und widerständige Teile der Gesellschaft. Umso offensichtlicher ist der Gegensatz zwischen denen, die bereit sind, Verantwortung für den aggressiven Umbau der Stadt zu tragen und jenen, die für die Ideen eines anderen, kollektiven, würdevollen und freien Lebens einstehen. In den Köpfen der erstgenannten wollen wir Angst säen und sie die Konsequenzen ihres Handelns spüren lassen. Mit den anderen rebellieren.

Wir haben hochwertige SUVs eines Konzerns abgepackelt, der hier in Berlin Geld mit der Profilierungssucht der Reichen macht. Jeep baut für den zivilen Markt mehr oder weniger ausschließlich diese tödliche Technologie, die doppelt so viel wiegt wie ein normales Auto, die doppelt so viel Sprit frisst, um doppelt so viel Leistung zu bringen, um doppelt so viel Ansehen in den kaputten Kreisen ihres Klientels zu generieren. Wir wollen die genauen Umstände nicht beurteilen, jedoch ist der Todes-Crash vor wenigen Tagen in Berlin, bei dem vier Menschen von einem dieser SUVs zermalmt wurden, sinnbildlich für den ganzen Wahnsinn. Nicht zu vergessen ist natürlich, dass das amerikanische Unternehmen Jeep seine Ursprünge und einen wesentlichen Marktanteil im militärischen Sektor hat. Bis heute steht Jeep für Geländefahrten von Söldnern in feindlichem Territorium im Auftrag aggressiver Marktwirtschaft.

Vier SUVs und fünf weitere Autos des Händlers bleiben heute also auf dem Parkplatz liegen. Auch wenn wir Ende Geländewagen heute ein minimales Stückchen näher kommen und etwas weniger CO2 die Atmosphäre belasten wird, bleibt noch viel zu tun.

Taten wie diese appellieren nicht an die Vernunft der Eliten und sind auch weder ein Versuch ihrer Resozialisierung noch erfolgen sie mit der Absicht, einen Forderungskatalog aufzustellen. Es liegt uns fern, Kapitalismus reformieren zu wollen. Vielmehr greifen wir ihn bewusst an und tragen Unsicherheit in die Lofts der Besitzer_innen solcher und anderer Reichtümer und zielen auch auf die Gleichgültigkeit jener, die ohne reich zu sein, sich im System arrangiert haben.“

Gemeinschaft für traditionelle Fahrzeugentsorgung e.V.

der herrschenden Ordnung. 30.10.: In Berlin wird ein Veolia Transporter von Autonomen Gruppen angezündet. Veolia betätigt sich u.a. durch ihre Tochterfirma NOB als Militärdienstleister. So führt Veolia pro Jahr über 18.000 Transportaufträge für die deutschen Militärs durch. Für uns bieten sich gerade im Bereich unserer Position zu Kriegen, zur NATO und zur Situation in Kurdistan/Syrien, langfristige Interventionsmöglichkeiten an; der Angriff auf den Gegner hier vor Ort. 01.11: In Dortmund wird eine Scheibe eingeschlagen hinter der offensichtlich eine Reichskriegsflagge hängt.

CLIMATE CRIMES

Es gibt sie immer noch, die von der Industrie finanzierten wissenschaftlichen Klimaleugner*innen. Aber heute reden in der BRD fast alle vom Klimawandel. Manche reden von der Klimakrise oder der Klimakatastrophe. Wir nutzen Climate Crimes oder auch Klimakriege. Klima-Verbrechen und -Kriege sind legal, denn auf ihnen beruht das ‚warenproduzierende Patriarchat‘ (ein Begriff der marxistischen Wertkritikerin Roswitha Scholz). Das macht große Unterschiede, denn dieser Prozess ist nicht einfach menschengemacht. Er ist, so unsere These, die logische und auch rassistisch wirkende Konsequenz aus den Systemen Staat und Kapitalismus und ihrer patriarchalen Basis. Der IPCC-Bericht von 2018 versammelt das aktuelle Wissen der weltweiten Klimaforschung. Er ist ein Bericht an die Staaten und stellt eine Vielzahl von Handlungsstrategien (genannt: Pfade) vor. Seine Aussagen zeigen deutlich auf, dass die Erwartungen, wieviel Zeit zum Handeln noch bleibt, sich von einem Bericht zum anderen erheblich verkürzt.



Der IPCC-Bericht von 2018 prognostiziert bei einem sofortigen vollständigen Stopp des Ausstoßes von Klimagasen als Ergebnis das Erreichen der Erwärmung um 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Stand in 30 – 100 Jahren. Das ist für keine* Politiker*in und auch für die Wissenschaftler*innen keine Option. Der Bericht fasst 90 Pfade zusammen, die alle davon ausgehen, dass weltweit nochmal die CO₂-Menge der letzten 10 Jahre ausgestoßen wird. ‚Wir‘ haben dann mit den 90 Pfaden je eine Wahrscheinlichkeit

von 67 %, die Erderhitzung auf 1,5 °C zu beschränken, wenn bestimmte Maßnahmenbündel getroffen werden. Die Pfade, die nicht auf den massiven Einsatz destruktiver Großtechnologien setzen, erfordern es, sofort zu beginnen, weltweit bis 2030 den Ausstoß von CO₂ auf weniger als die Hälfte, bis 2040 auf weniger eines Viertels und bis 2050 auf Null zu reduzieren. Zusätzlich ist danach eine negative CO₂-Bilanz erforderlich, da CO₂ in der Atmosphäre über Jahrzehnte aktiv bleibt. Nach Ende der Freisetzungen von klimaaktiven Gasen würden die 1,5 °C sonst deutlich überschritten. Die Grenzen des IPCC-Berichts liegen in der Logik der Systeme Staat und Kapitalismus. Die radikalen, destruk-

tiven Konsequenzen fast aller Pfade werden erst bei kritischer Betrachtung deutlich.

Von den 90 Pfad-Modellen, die 1,5 °C anstreben, setzen nur neun nicht auf den massiven Einsatz der CDR- und CCS-Technologien. CDR bedeutet Kohlen-Dioxid-Reduzierung und meint Technologien, die der Atmosphäre CO₂ entziehen. Außer der Anlage von Wäldern und der Renaturierung von Wäldern (Moore werden seltsamerweise, obwohl weit effektiver, im IPCC-Bericht nicht diskutiert) handelt es sich um äußerst Energie- und Ressourcen-aufwändige Großtechnologien. Diese funktionieren heute nur im Modellversuch, sind aber fest eingeplant. CCS, Carbon Capture and Storage (also CO₂-Auffangen und Speichern) schien nach dem Scheitern des Greenwashing von Kohlekraftwerken mittels dieser Technologie gescheitert. Jetzt soll es in weit größerem Maße zurückkommen. Alle Studien dazu sagen, dass die unterirdischen Speicher nicht dicht sind, und dass sie regelmäßigen Austritt von CO₂ an die Erdoberfläche erwarten. Leider ist CO₂ schwerer als Luft, sammelt sich bei Austritt also bodennah. Bei einem größeren Leck bedeutet das das Ende für alles Leben in der Umgebung der Austrittsstelle. Auch verstecken die Pfade undiskutiert eine massive Ausweitung der Energie aus Atomkraftwerken (für 2050 durchschnittlich 2,5 mal höher als heute, maximal 11 mal höher, minimal auf 1/3 reduziert). Zusätzlich werden noch viele Geo-Engineering Ansätze vorgeschlagen und eingeplant. Das ist nichts anderes als die Vorbereitung eines neuen technologischen Angriffs im Namen des Klimaschutzes. Auf dem Klimagipfel COP 21 in Paris haben sich die Staaten in einer Sonntagsrede – also ohne jegliche Verpflichtung für die einzelnen Staaten – darauf geeinigt, die Aufheizung der Erde auf 1,5 oC begrenzen zu wollen. Die Pläne der einzelnen Staaten und Staatengemeinschaften verfehlen die Anforderungen aber total, die ihnen die eigenen Wissenschaftler*innen stellen. Wir sehen darin das notwendige Scheitern der kapitalistischen Staaten, angemessene Konsequenzen zu ziehen. Gerade hat das EU-Parlament den Klima-Notstand erklärt. Ist das ebenso nur eine Sonntagsrede, oder wird es Konsequenzen haben? Und wenn ja, werden die sich mehr gegen die Menschen als gegen Industrie und Staat wenden?

Merkel hat für 2050 Klimaneutralität angekündigt und will damit ihren Ruf als Klimakanzlerin reaktivieren. Klimaneutralität ist aber etwas völlig anderes als das vom IPCC geforderte Ziel, den Ausstoß klimaaktiver Gase bis 2050 auf Null zu reduzieren. Klimaneutralität ermöglicht ein weiter so. Mit Hilfe von z.B. REDD-Projekten (ein fataler, kapitalfreundlicher Mechanismus des Kyoto-Protokolls. Dieses machte die Luftverschmutzung

02.11.: IN Berlin kommt es während und nach einer Soli-Demo für das Syndikat und die Liebig 34 zu Angriffen auf eine baustelle der CG-Gruppe, Bullen SUVs und auch einiger Kleinwägen. November: In Kandel wird eine Nazikarre tiefergelegt. **02.11.:** In einem Berliner Cafe werden vor einem CDU Bürgersgespräch die Scheiben eingeworfen. **03.11.:** In Bremen brennen neun Karren von Vonovia, laut Polizei beläuft sich der Schaden auf 250.000 Euro. **03.11.:** Prokuristin von Wassermühle Immobilien GmbH wird in Leipzig angegriffen. Diese war verantwortlich für die Sanierung der

zur Ware) können im Globalen Süden Kompensationen für hier verursachten CO₂-Ausstoß gekauft werden. REDD bewirkt praktisch immer wieder Repression gegen Indigene und Kleinbäuer*innen, die z.B. den Regenwald nutzen, nie aber gegen Großkonzerne und Großgrundbesitzer*innen, die diesen platt machen. Und auch die Erdaufheizung um 1,5 °C ist laut IPCC bereits sehr bedrohlich für die Meeresflora und -fauna, gerade in den tropischen Küstenbereichen. 70 – 90 % aller Korallenriffe werden bereits bei plus 1,5 °C absterben. Es wird eine Verschlechterung der menschlichen Gesundheit erwartet. Krankheiten wie Malaria und das Dengue-Fieber werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit stark ausbreiten. Aber auch die Ernährung wird massiv betroffen sein. Es wird erwartet, dass der Klimawandel direkte Effekte auf die Qualität und Quantität der Ernteerträge hat. In der Sahelzone und Westafrika reichen bereits plus 1,5 °C, um die Ernteerträge drastisch zu senken, bei Mais z.B. um 40 %. Noch stärker sind die Auswirkungen auf die Ernährungslage der Menschen in den Savannen und Trockengebieten des südlichen Afrikas. Aber auch Südostasien wird massiv betroffen sein. Eine so fortgesetzte Klimapolitik ist damit als ein neo-kolonialer Krieg gegen die Menschen im Globalen Süden zu betrachten.

Die Verbrechen an der Menschheit und dem Leben auf der Erde werden bewusst in Kauf genommen. Die Überwindung der Klima-Verbrechen widerspricht der Logik des Profits (die heute nur noch auf die nächsten Quartalszahlen schaut) sowie der der Politik (die nicht über die nächste Wahlperiode und die Erhaltung der Welt der Waren hinausschauen kann). Das gleiche gilt für andere Angriffe auf die Grundlagen des Lebens auf der Erde. Eine Lösungsperspektive sehen wir in einem radikalen, gesellschaftlichen Bruch mit Herrschaftssystemen wie Staat und Kapitalismus. Mit der Entwicklung eines Gu-

ten Lebens für alle weltweit gilt es, die Bedürfnisse der Menschen von den Warenverhältnissen zu lösen. Dass bedeutet auch gesellschaftlich die für den Kapitalismus grundlegende patriarchale Abspaltung der Reproduktion / des Care-Bereichs zu überwinden, gesellschaftlich die Re_Produktion zu organisieren. Die Erfahrungen der Menschen aus den massiven Kämpfen im Globalen Süden und die dezentral-praktischen Ansätze im Sinne des Anarcho-Kommunismus und des Anarcha-Feminismus, Ansätze zur Befreiung vom Geld und Eigentum, Commonismus, sowie die Radikale Ökologie scheinen uns hilfreich, eine Welt jenseits der Warenlogik zu entfalten, in der viele Welten Platz haben (wie die Zapatistas aus Chiapas, Südmexiko sagen).

Dazu haben wir eine Veranstaltung mit Präsentation und Diskussion vorbereitet. Sie findet als Beitrag des Seminars von Fritz Storim zur Public Climate School an der UNI Bremen am Tag vor dem weltweiten Klimastreiktag am 29.11. statt. Grundlage ist ein deutlich umfangreicherer Abschnitt aus unserem Buchprojekt ‚Befreiung vom Geld und Eigentum ... und warum das noch lange nicht reicht‘. Die noch nicht endgültigen Texte zum Buchprojekt sind als pdf veröffentlicht unter: <https://we.riseup.net/geldundeigentumabschaffen>

Der erste Teil des Buchprojekts wird, wenn wir es schaffen die Planung einzuhalten, über Silvester gedruckt werden. Das Buch wird ohne Preisschild verteilt werden und es wird keine* daran verdienen. Wer spendet, fördert damit die direkt die Finanzierung des Drucks der anderen zwei Drittel vom Buchprojekt. Das Buchprojekt ist das Ergebnis einer 2010 von einer Person geschriebenen Diskussionsgrundlage und eines folgenden, fast 10 jährigen, kollektiven Diskussions- und Redaktionsprozesses im Umfeld vom Umsonstladen Bremen.

Klimapolitik - noch schlechter als ihr Ruf

Viele Menschen auf der ganzen Welt machen sich Sorgen über die Erderwärmung. Zu Recht: Die Wissenschaft gibt immer dramatischere Prognosen über die immensen Schäden des Klimawandels ab. Die Auswirkungen sind aber längst bemerkbar. Dafür tut sich erstaunlich wenig in Sachen Schadstoffreduktion: Kaum ein Staat senkt den Ausstoß tatsächlich. Und was auf nationaler und internationaler Bühne angekündigt wird, bleibt weit hinter dem Pariser Klimaabkommen zurück. Der weltweite Protest von Fridays For Future fordert von der Politik ein, das einzuhalten, was sie sich vorgenommen hat. Dafür kriegt er viel Lob und Unterstützung. Komischerweise auch von denen, die der Protest kritisiert. Die Lage ist ernst. Da wäre es klug, sich damit auseinander zu setzen, an wen

man da appelliert. 30 Jahre Klimapolitik – deren Ergebnisse und Gründe – geben Aufschluss darüber, dass der Staat kein guter Ansprechpartner ist, wenn es darum geht, den Planeten zu retten.

Mensch und Natur - wofür sind sie gut?

Mittlerweile hat es sich bei Vielen rumgesprochen: Wenn die Erderwärmung gebremst werden soll, müsste sich ziemlich viel ändern. Der Ausgangspunkt aller Klimapolitik waren und sind – trotz aller moralischer Appelle in Sachen Urlaubs-Flugreisen und Avocados – die kapitalistischen Unternehmen. Von denen hängt das gesamte Leben (Lohn, Steuern, Staatsschulden, Qualität einer

Südcarees in Leipzig-Connewitz. **04.11.:** In Basel brennt ein Auto der Firma Bouygues., welche auch vom Knastsystem profitiert. **04.11.:** In Freiburg fackelt ein Vonovia Transporter ab. **05.11.:** In Hamburg wird nach der Räumung des Vollhöfner Waldes eine Bullenwache umlackiert. **05.11.:** In Berlin wird bei einer Kärcher-Vertretung. Die Firma ist als NATO-Partner an der Ausstattung von Feldlagern und Hygiene-Einrichtungen für das Militär beschäftigt. **Riseup4Rojava!** **05.11.:** In Leipzig werden die Baufirmen Hentschke bau und VSTR GmbH angegriffen, da diese am Bau der neuen JVA

Währung) einer bürgerlichen Volkswirtschaft ab. Daran will keine verantwortungsbewusste Regierung von links bis rechts etwas ändern.

Dass „die Wirtschaft“ florieren muss, da sind sich alle einig. Und das geht so: Unternehmen wollen mit dem, was sie herstellen, mehr einnehmen, als sie dafür ausgegeben haben. Dafür wird Einkauf, Produktion und Verkauf darauf getrimmt, den Gewinn zu steigern. Lohnarbeiter*innen bekommen das zu spüren, wenn sie für weniger, gleichen und manchmal auch mehr Lohn immer mehr zu leisten haben. Genauso gehen Unternehmen auch mit der Natur um: Herausholen, was geht, so günstig wie möglich. Energie- und Rohstoffgewinnung und Abfallentsorgung sind nur Kostenpunkte. Vergiftung der Böden, Flüsse und auch der Atmosphäre kostet die Unternehmen erstmal nichts.

Recycling wird dann gemacht, wenn es sich lohnt, z. B. wenn die Rohstoffe teuer sind – aber wenn nicht, dann nicht. Energie einsparen für den gleichen Output wird dann gemacht, wenn es sich lohnt – wenn nicht, dann nicht. Damit die Geldvermehrung immer umfangreicher vollzogen werden kann, muss die Produktion immer weiter wachsen und damit letztlich auch der Energieverbrauch. Das alles liegt nicht daran, dass Unternehmer*innen oder Manager*innen zu doof oder zu gierig sind. Sondern daran, wie die Wirtschaft hierzulande organisiert ist und was ihr Zweck ist: Private Gewinnvermehrung mittels Produktion für den zahlungsfähigen Bedarf. 1

autonomes
Blättchen



Faschismus bekämpfen!

#36 März-Mai 2019

Von A wie Arbeitsagentur bis Z wie Zulassungsstelle benutzt der Staat das Steuergeld, um die Gesellschaft am Laufen zu halten. Damit das gut und immer besser funktioniert, kümmern sich Staaten darum, dass für die Unternehmen genug Energie zuverlässig und billig vorhanden ist. Und dass ihren Unternehmen die ganze Welt

Die Wirtschaft - wofür ist die gut?

Auch die Politik ist nicht blind, konfliktscheu oder korrupt, wenn sie genau dieses Wirtschaftswachstum auf Kosten von Mensch und Natur fördert. Die Staaten (und Regierungen) der Welt setzen auf die kapitalistische Produktion als eine historisch unvergleichbare Machtquelle. Nie zuvor hat eine Produktion einer Herrschaft soviel Reichtum zugespielt, um ihre Zwecke zu verwirklichen (z.B. Beamte bezahlen, Infrastruktur organisieren).

als Markt offen steht. Man denke nur an Deutschland mit seiner Autoindustrie, die ihre Karren weltweit absetzt.

Damit andere Staaten, die das gleiche Interesse für ihre Wirtschaft haben, da nicht zwischen funken, versucht jeder Staat, sich andere Staaten unterzuordnen: In Handelsverträgen versuchen sie der eigenen Wirtschaft möglichst viele Vorteile zu verschaffen. Der Staat macht sich zum Mittel der kapitalistischen Wirtschaft, weil er dadurch stark (die Grünen würden sagen „handlungsfähig“) wird. Der Erfolg der heimischen Wirtschaft ist dabei wiederum das Mittel der Staaten, um sich gegen andere Staaten durchzusetzen. In dieser Konkurrenz um Über- und Unterordnung, die für den Erfolg der eigenen Unternehmen geführt wird, ist der Erfolg der eigenen Wirtschaft das entscheidende Machtmittel. Nicht umsonst ist Deutschland als die Wirtschaftsmacht in Europa auch die Führungsmacht.

Umweltschutz - was kostet der Abfall?

Dass die Umwelt bei diesem volkswirtschaftlichen Programm vor die Hunde geht, wird dabei durchaus wahrgenommen. Mehr Leute, die sterben oder Landstriche, die nicht mehr ohne weiteres benutzt werden können, werden hochgerechnet in Kosten für die Volkswirtschaft. Wo die Unternehmen die Menschen und die Umwelt eher als Umsonstladen benutzen, sorgt sich der Staat darum, dass beides auch morgen noch für ihn und die Wirtschaft zur Verfügung steht – deshalb macht er Sozial- und Umweltpolitik.

Dabei hat der Staat ein Problem: Das kostet Geld, ist „eine Belastung für die Wirtschaft“ und verhindert manches profitable Geschäft (z.B. Fracking). Dem Staat stellt sich deshalb immer die Frage, ob das wirklich sein muss. Im Ergebnis wird dann umwelttechnisch manchmal einfach gar nichts gemacht, und stattdessen in öffentlichen Reden die Schädigeleugnet oder kleingeredet. Wenn dann doch was gemacht wird, dann zumeist so: Den Unternehmen wird möglichst viel Zeit gelassen, sich möglichst günstig entsprechend der neuen Vorgaben umzustellen. Im Laufe der Zeit werden dann mal Grenzwerte festgelegt, mal bekommen Verschmutzungen einen Preis – Emissionshandel oder CO₂-Steuer.

Klimapolitik - was kostet die Welt?

Wenn die Regierungen der Welt zusammen kommen, um gegen den Klimawandel etwas zu unternehmen, dann sind sie sich in der Regel uneinig. Erstens ganz fundamental darin, wie dringend gehandelt werden muss, denn bis zu welcher Grenze die Erwärmung der Erde noch zu akzeptieren ist, stellt sich für Staaten höchst unterschiedlich dar. Für viele kleine Inselstaaten sind schon 1,5 Grad

Zwickau-Mariantal beteiligt sind. Es werden zwei Lastwagen, zwei Bagger, einen Kleintransporter und eine Sattelzugmaschine den Flammen übergeben. **06.11.:** In Berlin wird ein Mercedes-Autohaus mit Steinen und Farbe angegriffen. Die Daimler AG erhält laut eigener Aussage das Vertrauen vieler Armeen. Seit mehr als 100 Jahren. In mehr als 80 Ländern. So auch die türkische Armee im Krieg gegen unsere Freund*innen in Syrien. **06.11.:** In Chemnitz wird ein freiliegendes Verteilerkabel des Kommunikationsdienstleisters Pyur abgefackelt. 14.000 Kun*innen waren

globale Erwärmung zu viel. Für Länder wie Russland geht selbst eine Erwärmung um 2 Grad sogar mit allerlei erhofften Vorteilen einher. Staaten sind sehr unterschiedlich von den Folgen des Klimawandels betroffen.

Zweitens verfolgen sie unterschiedliche Klimaschutzstrategien, die sich oft genug widersprechen und wechselseitig behindern. Denn Staaten verfolgen bestimmte Klimaschutzmaßnahmen sehr gerne und andere wiederum überhaupt nicht – je nach Vorteil für die nationale Wirtschaft. So ist für die meisten Industriestaaten die Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferländern schon länger eine ärgerliche Nebenwirkung ihrer Energiepolitik. Die Erzeugung von Energie jenseits von Verbrennung von Öl und Gas ist deshalb für diese Staaten interessant – und zwar erstmal völlig unabhängig von der Klimapolitik. Zur unabhängigen Energieversorgung der nationalen Wirtschaft setzen deshalb manche Staaten auf die Förderung von erneuerbaren Energien. Je unabhängiger man sich von anderen Energielieferanten macht, desto besser kann man gute Öl- und Gaspreise bei den Lieferländern aushandeln.

Wenn dann in diesem Sinne eine neue Industrie aufgebaut wird, ist sofort der wirtschaftspolitische Gedanke da, daraus einen Exportschlager zu machen, wie es mit der Solarenergie in Deutschland bis 2012 versucht wurde. Als Chinas Solarproduktion sich dann doch als konkurrenzfähiger erwiesen hat und von der deutschen Energiesubvention profitierte, wurde die Förderung umgehend wieder eingestellt. Öl- und Gasstaaten und die Transitländer der Rohstoffe finden hingegen die neue Energiepolitik der Industriestaaten naturgemäß nicht gut. Andere Staaten sehen wiederum eine Chance, durch die Bereitstellung großer Flächen für Biomasse und Solarfelder wenigstens ein bisschen Miete von den kapitalistischen Großmächten bzw. von deren Unternehmerschaft abzugreifen.

Gibt es in einer Wirtschaft entscheidende Schlüsselindustrien – wie in Deutschland die Autoindustrie – sorgt das für Widerstand gegen Maßnahmen, die diese Industrie gefährden. Daher trat die deutsche Regierung, egal ob CDU/SPD, CDU/FDP oder SPD/Grüne, immer wieder auf die Bremse, wenn Frankreich hier ein paar weitgehende Klimaschutzmaßnahmen vorschlug. Anders verhält es sich, wenn der deutschen Autoindustrie ihr Spitzenplatz streitig gemacht werden soll, zum Beispiel wenn China die Klimafrage nutzt, um mit nationalen E-Auto-Vorgaben endlich selbst einen Weltautokonzern auf die Beine zu stellen. Da will sich VW nicht abhängen lassen - zu aussichtsreich sind die Absatzchancen in China

und darüber hinaus. Das leuchtet auch der Bundesregierung ein, die das Unterfangen unterstützt, bspw. indem sie den Ausbau von Ladestationen beschleunigt.

Fazit - Mit Klimapolitik in die Klimakrise?

So ging und geht die Klimapolitik voran. Maßnahmen, die Kostennachteile für die eigene Volkswirtschaft bringen, werden schlichtweg vermieden. Maßnahmen, die die eigene Volkswirtschaft voranbringen, zum Beispiel wenn sie Absatzmärkte für eigene „grüne“ Weltmarkt-Champions eröffnen, werden durchgezogen. Der technische Fortschritt ist dabei als Mittel für neues kapitalistisches Wachstum wie immer voll eingeplant – einmal als Mittel für Weltmarktexpansionen nationaler Produkte, und einmal als Hoffnungsträger für zukünftige technische Innovationen. So besteht in der Politik die leise Hoffnung, dass mit einer Erfindung „made in Germany“ der Klimawandel oder seine Folgen abgewendet werden können. Dann erübrigen sich auch Entscheidungen, die schwer fallen, zum Beispiel strenge Emissionsgrenzen.

Das alles meint Merkel, wenn sie die Klimaproteste für ihr ehrenwertes Anliegen lobt und zugleich daran erinnert, dass Vieles zu bedenken ist. „Wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes versöhnen.“ Und etwas anderes ist auch nicht abzusehen, wenn sich derzeit Bündnis90/Die Grünen fit für die Machtübernahme machen. Trittin als Umweltminister hat in dieser Hinsicht schon mal gezeigt, was zu erwarten ist (Atomausstieg mit langen Laufzeiten, Abwehr von Vorschlägen aus Frankreich für weitergehende Klima-Ziele).

Klimapolitik geht also, aber sie geht in einer kapitalistischen Nationalökonomie eben so. Dass das ausreichen würde, um Kippunkte zu vermeiden, ist nicht sehr wahrscheinlich. Von daher ist eine Umweltbewegung, die sich an die Politik wendet, verkehrt. Vielleicht werden durch die Klimapolitik dauerhaft klimaschädliche Stoffe reduziert. Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Und wenn, dann mit allen beschriebenen Nebenwirkungen moderner Politik. Es steht daher an, sich gegen die Zwecke und Ziele der herrschenden Politik zu richten. Appelle an Politik und Wirtschaft der Sorte „strengt euch bitte mehr an“ sind dagegen völlig fehl am Platze.

Ein Flugblatt anlässlich der Klimaproteste am 29.11.2019 von Kritik im Handgemeine Berlin, organisiert bei den Gruppen gegen Kapital und Nation – <http://gegner.in>

daraufhin von Internet, Fernsehen oder Telefon abgeschnitten. Der Schaden beläuft sich auf 8000 Euro. 06.11.: In Bremen wird die Fensterfront der der Vonovia Zentrale mit Steinen eingedeckt. Unser Handeln ist Teil des vielfältigen Widerstandes gegen die Aufwertung von Quartieren und die Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohnern. 07.11.: Farbe und eine verschlossene Zufahrt gabs nach einer Zwangsäumung für die Wohnungsgenossenschaft in Dresden. 07.11.: In Bielefeld bekommt ein „Die Rechte“- Funktionär aufs Maul. 07.11.: In München wird eine Vonovia Karre

Der Gig-Economy die Luft rauslassen – UBER plätten!

Aufruf und Erklärung zu einer neuen antikapitalistischen Mitmach-Kampagne

Dokumentation:“ Wer den Namen UBER hört, denkt bestimmt zuerst an die taxi-ähnliche Beförderungsvermittlung per App und die damit verbundene Ausbeutung der Fahrer*innen. Daneben ist das Unternehmen noch in weiteren Teilen des Mobilitätsmarktes vertreten, z.B. mit Kooperationen und eigenen Angeboten im Bereich von Elektro-Fahrrädern und E-Scootern.[1] Mit den rollenden roten Pestbeulen und ihrem penetranten JUMP-Aufdruck flutet UBER unsere Innenstädte. Die ungenutzten Gefährte verstopfen die Fußwege und ihre Nutzer*innen nerven alle anderen mit oftmals rücksichtslosem Verhalten. Fahren darf ohnehin nur, wer einen horrenden Endbetrag entrichtet. Doch der Preis für die Nutzung endet nicht beim Minus auf dem digitalen Konto. Wer verblendet genug ist, eines der Gefährte per App zu chartern, wird genau getrackt. Die Daten sind für UBER bares Geld wert. Davon sehen allerdings die Menschen, die die Fahrräder und Scooter als Selbstständige aufladen und warten müssen, fast nichts. Uns reicht es jetzt! Wir wollen nicht mehr tatenlos zusehen, wie kapitalistische Unternehmen immer weiter die Städte vermüllen und die Arbeitskraft oder die Daten von Menschen mit ständig neuen Mitteln ausbeuten. Deswegen haben wir Ende August 2019 in Berlin die Kampagne „UBER plätten“ ins Leben gerufen (mehr Infos auf uberplaetten.blackblogs.org). Gemeinsam können wir den Konzern da treffen, wo es ihm am meisten wehtut: am Profit. Jedes zerstörte Gefährt bringt für eine gewisse Zeit keinen Gewinn mehr, die Reparaturkosten steigen und zu guter Letzt leidet auch das Image überall verfügbarer Bikes und Scooter. Wenn UBER Anstellungsverhältnisse durch den Zwang zur Selbstständigkeit ins Unendliche prekarisiert und das als „Flexibilisierung“ verkauft, antworten wir mit einem verteilten und flexiblen Widerstand – ganz ohne App. Jede*r kann die massenhaft herumstehenden Gefährte mit wenigen Handgriffen unbrauchbar machen. Durch massenhafte Nadelstiche – im wahrsten Sinne des Wortes – konnten allein in Berlin in den vergangenen Monaten mehrere hundert Bikes zeitweilig geschrottet werden. Jetzt heißt es: weitermachen – am besten auch in anderen von JUMP betroffenen Städten, wie z.B. München. Für eine selbstorganisierte Stadt ohne Großkonzerne und in Solidarität mit den ausgebeuteten UBER-Fahrer*innen und JUMP-Auflader*innen.

Einwand I: Aber was ist mit der Verkehrswende?

Auf den ersten Blick mag es verwirrend wirken, dass eine autonome Kampagne zum Zerstören von Fahrrädern aufruft. Gerade in Zeiten von Klimaprotesten helfen doch alle Angebote, die eine ökologische „Mobilitätswende“

vorantreiben und den Autoverkehr von der Straße weg-holen, oder? Nicht wirklich, so zeigen bereits erste Studien aus Frankreich, dass Leihangebote von E-Gefährten per App fast gar nicht auf Strecken genutzt werden, für die sonst das Auto genommen worden wäre – wie den berühmten letzten Kilometer vom Bahnhof zum Arbeitsplatz.[2]

Stattdessen dienen Fahrräder und Scooter eher als bequeme Alternative zum selber Laufen für vergleichsweise kurze Wege. So wird nicht nur kein CO2 eingespart – stattdessen steigt auch der Materialeinsatz durch Herstellung, Aufstellung, Abholung, Ladung und Wartung und damit die aufgerechnete Umweltbelastung auf den genutzten Strecken. Gleichzeitig sind die entsprechenden Angebote oftmals auf die unmittelbaren Innenstadtbereiche beschränkt, in denen in der Regel ohnehin genügend umweltfreundlichere Alternativen zum Auto bereit stehen sollten.

Argument I: It's still capitalism (and that's shit)

Spätestens jetzt sollte auch den Kritiker*innen unserer Kampagne dämmern, dass die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen „Lösungen“ zur „Verkehrswende“ sicherlich nicht die Rettung der Umwelt oder die Abmilderung des Klimawandels zum Ziel haben. Entsprechende Argumente sind nichts als green-washing-Gequatsche windiger Kapitalist*innen. Als hätte „Bundesverkehrsminister“ Andreas Scheuer die Zulassung von E-Scootern (mit der sog. „Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung“ – eKFV – vom 15.6.2019) entgegen aller Kritik aus purer Menschenliebe quasi im Alleingang durchgebracht. Und als würden Unternehmen, wie UBER, auch nur etwas für Umweltschutz übrig haben, wenn dieses Label keine satte Gewinne versprechen würde – schließlich basiert das Kerngeschäft des Unternehmens immer noch auf der Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch die Vermittlung von Autofahrten. Vielmehr geht es darum, neue Bereiche im Feld der (Massen-)Mobilität der kapitalistischen Verwertung zugänglich zu machen.

Durch die Möglichkeit zum massenhaften Aufstellen von E-Gefährten, die nur gegen Gebühr genutzt werden können, werden weitere Teile des ohnehin gefährdeten öffentlichen Raumes in Gestalt vormals nutzbaren Straßenlands quasi privatisiert. Wo ein kapitalistisches Unternehmen Geld verdienen will, müssen Senior*innen oder Menschen im Rollstuhl längere Wege in Kauf nehmen oder Radfahrer*innen absteigen, weil eine Reihe Scooter den Weg blockiert. Gleichzeitig sind die Angebote nicht

geplättet. **07.11.:** In Berlin bearbeiten Menschen die Werbegentur der Bundeswehr mit Farbe und Hämmern. **08.11.:** In Stuttgart wurde Thyssen-Krupp mit Hämmern und Feuer angegriffen. Der Angriff ist Teil des weltweiten Widerstandes gegen den faschistischen Angriffskrieg der Türkei gegen das kurdische Volk in Rojava. **09.11.:** Am Morgen werden in Zürich mehrere Straßen versperrt und Tram Gleise sabotiert um gegen den türkischen Einmarsch in Nord/Ost-Syrien zu protestieren. **10.11.:** In Berlin werden zwei Geldautomaten angezündet. Diese befanden sich auf Grundstücken im

gerade kostengünstig (ein Euro bei jedem Freischalten und dann 15 Cent pro Minute), was den Kreis der potentiellen Nutzer*innen massiv einschränkt. Wenn vermeintliche Mobilitäts-Alternativen nicht uneingeschränkt für alle bezahlbar sind und damit nicht massenhaft genutzt werden können, geht ihr allgemeiner Nutzen gegen Null. Nur die Unternehmen freuen sich. Und diese Freude geht über die monetären Zugewinne hinaus. Angebote, wie JUMP von UBER, sammeln über Tracking wichtige Daten. Gerade bei mehrmaliger Nutzung entstehen so detaillierte persönliche Bewegungsprofile, die auf anderem Wege für Unternehmen ohne direkten Zugriff auf Handy-Tracking-Funktionen nur schwer zu erhalten sind.

Außerdem geht die Sammelwut der UBER-App weit über die vermeintlich vermittlungsrelevanten Daten hinaus, sodass u.a. auch auf die Kamera zugegriffen werden kann oder der Akku-Ladestand an das Unternehmen übermittelt wird.[3] In diesem Sinne bedrohen solche Angebote bei minimalen Nutzen den öffentlichen Raum der Innenstädte sowie die individuelle Datensicherheit der Nutzer*innen. Die größte Zielgruppe der entsprechenden Leihangebote von Elektro-Gefährten sind Touris. Im besten Fall ordentlich angetrunken heizen sie dann alleine oder in Gruppen über die innerstädtischen Fußwege und machen diese für andere, verletzbarere Gruppen unbenutzbar. Und das soll dann ein Beitrag zu einer ökologischeren Mobilität in den Städten sein.

Einwand II: Aber ist das Zerstören der Fahrräder nicht unökologisch?

Zuerst müssen wir uns in Erinnerung rufen, dass es nicht um mit eigener Kraft betriebene Räder geht, sondern um eine breite Auswahl von Elektro-Gefährten. Deren Batterien verfügen nicht zuletzt aufgrund der massiven Verwendung seltener Rohstoffe, die zumeist unter neo-imperialistischen Bedingungen und härtester menschlicher Ausbeutung gefördert werden, um dann über den halben Globus verfrachtet zu werden, über eine desaströse Umweltbilanz – von den Zuständen in den zumeist chinesischen Fertigungsbetrieben ganz zu schweigen. Eine detaillierte Kritik haben die Gefährt*innen "Greta und Kenny" in ihrem lesenswerten Beitrag (u.a. im letzten "Autonomen Blättchen") geliefert.[4]

Solche Umweltsünden ließen sich höchstens durch einen langen Betrieb ausgleichen. Doch die Realität sieht anders aus. Selbst die politisch sicherlich nicht unabhängigen „Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages“ sprechen von einer Lebensdauer der öffentlich aufgestellten Gefährte und ihrer Batterien zwischen 28 Tagen und zwölf Monaten,[5] wobei eher von weniger als von mehr auszugehen ist. Sie sollen eben nicht lange halten, sondern vor allem billig in der massenhaften An-

schaffung sein. Danach landen sie auf dem Sondermüll. Recycling findet bisher nur begrenzt statt, denn der Umgang mit dem anfallenden Schrott ist politisch noch nicht geregelt. Umweltpolitische Regulierungen würden das neue Marktsegment wohl zu sehr einschränken. Somit lässt sich frei nach Bertolt Brecht festhalten: Was ist die Zerstörung eines E-Fahrrads gegen die Herstellung eines E-Fahrrades? Gleichzeitig rufen wir nicht dazu auf, die Fahrräder und Scooter im nächsten Fluss oder See zu versenken. Es besteht zumindest noch die Gefahr, Tiere und Pflanzen zu schädigen, falls sie noch in Gewässern in Innenstadtnähe anzutreffen sein sollten.

Demgegenüber produziert die gezielte Beschädigung der Reifen oder der Speichen nur sehr wenig nicht potentiell wiederverwertbaren Müll. Oder ironisch zugespitzt formuliert, schlägt diese Form der Sabotage locker die Ökobilanz von jedem brennenden SUV.

Argument II: Why UBER? – Because platform capitalism and gig economy are even worse

Zu klären bleibt noch die Frage, warum wir uns bei der Vielzahl der Anbieter*innen von E-Bikes und E-Scootern gerade UBER als Ziel einer Sabotage-Kampagne ausgesucht haben. Sind die Arbeits- und Herstellungsbedingungen bei den anderen nicht genauso beschissen? Werden nicht alle E-Gefährte von den gleichen Nutzer*innen-Gruppen verwendet? Ist LIDL nicht auch ein übler Ausbeutungsverein? Und sind die „Juicer“ von LIME nicht ebenso arm dran wie die Auflader*innen bei JUMP?[6] Das mag alles richtig sein. Und nur weil wir explizit zur Sabotage von UBER aufrufen, heißt das nicht, dass wir die anderen Anbieter*innen besser oder weniger bekämpfenswert finden. Jedes kaputte E-Gefährt von einem Großanbieter ist gerechtfertigt – überall. Allerdings glauben wir, dass der Schaden für das Unternehmen sowie der Nutzen für alle Betroffenen der Konzernpolitik bei UBER am größten ist. Von allen Anbietern am bundesdeutschen Markt verfügt UBER über das breiteste Unternehmensportfolio im Mobilitätssegment, da es neben dem E-Gefährte-Verleih beispielsweise noch die Beförderungsvermittlung per App betreibt. Damit bieten sich dem Unternehmen mehr Möglichkeiten, um unterschiedliche Daten(-sätze) miteinander zu vernetzen und so deren (potentiellen) Nutzen zu erhöhen. Im Bereich der urbanen Mobilität besteht somit vor allem bei UBER



Besitz von Real Estate Padovicz. 13.11.: In Berlin wird vor dem Prozess um die Räumung der Liebig 34 der Privatwohnsitz der Hausverwalter angegriffen. Scheiben werden eingeschmissen und ein SUV mit Buttersäure behandelt. 15.11.: In Berlin wird vor dem Prozess um die Räumung der Liebig 34 die Fassade des Gerichtes mit Farbe beschmiert. Außerdem verzögert ein an technischen Fehlern gescheiterter Sprengstoffanschlag auf eine Büro des Gerichts die Verhandlung. 15.11.: In Kiel brennen 6 Mercedes in einem Autohaus. Vor einem Besuch von Andreas Kalbitz wird der Veranstal-

die Gefahr, dass sich das Unternehmen aufgrund der Angebotsvielfalt und des massiven Abgreifens persönlicher Informationen der Nutzer*innen zu einer bedrohlichen Datensammelmaschine entwickelt. UBER gibt es sogar als Ziel aus, zum "Amazon des Transportsektors" werden zu wollen.[7]

autonomes
Blättchen



Die drei ??? Bullenpack im Park



#38 Sep - Nov 19

Zugleich hat UBER durch die Konzentration der Unternehmenspolitik auf den Bereich urbaner Mobilität sowie die breite Angebotspalette, am ehesten die Mittel und ein wahrscheinliches Interesse an der Herstellung einer dominanten Marktposition in dem Sektor. Sollte es uns gelingen, der kapitalistischen Hydra in diesem Segment den stärksten Kopf abzuschlagen, ist unklar, ob die Vielzahl der anderen Anbieter*innen die Möglichkeiten besitzen, selbst eine marktbeherrschende Position anstreben zu können oder

zu wollen bzw. sich überhaupt in dem vergleichsweise kleinen Bereich zu halten. Inwieweit eine solche Kannibalisierung unterschiedlicher kleinerer Anbieter*innen sowie die damit verbundene Verödung eines Marktsegments funktionieren kann, zeigt gerade der Bereich des Elektrofahrrad-Verleihs, der bis zur Einführung der hippen E-Scooter kaum wirtschaftlich lukrativ auszubeuten war. Noch steckt das JUMP-Angebot in den Kinderschuhen, da es in der Bundesrepublik bislang nur in zwei Städten (Berlin und München) verfügbar ist. Ansonsten kooperiert das Unternehmen mit LIME. Die Chancen einer massenhaften Sabotage von UBER und seinen Partner*innen stehen gut, dieses Experiment frühzeitig zu beenden.

Außerdem steht der Name UBER wie kaum ein anderes Unternehmen für die Erneuerung der kapitalistischen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft unter den Vorzeichen der sogenannten "Gig-Ökonomie" des Plattform-Kapitalismus. Bekannt wurde UBER als App-basierte Vermittlungsplattform für Autofahrten. Was im ersten Moment wie ein weiterer Taxi-Service klingt, unterscheidet sich jedoch massiv von bekannten Geschäftsmodellen. So sind die UBER-Fahrer*innen weder besonders geschult oder geprüft (z.B. in Bezug auf städtische Wegekunde) noch persönlich überprüft (s. Vielzahl sexueller Übergriffe bei US-amerikanischen Fahrer*innen)[8].

Außerdem sind sie nicht bei UBER angestellt, sondern empfangen als Selbstständige über das Unternehmen

bzw. dessen digitale Plattform der App lediglich die Aufträge. Die Fahrer*innen sind dementsprechend darauf angewiesen, die ihnen zugewiesenen Aufträge oder polemisch „Gigs“ beständig anzunehmen. Dies entspricht einer maximalen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Einerseits ist das Auftragsaufkommen gerade über einen längeren Zeitraum kaum planbar und neben der Hangelei von Job zu Job existieren keinerlei soziale Absicherungen, sodass z.B. Krankheit eine existentielle Bedrohung darstellen kann und an Urlaub eigentlich kaum zu denken ist. Und wenn das Auto kaputt ist, zahlt UBER auch nichts. Andererseits sind die Fahrer*innen hauptsächlich von einem einzigen Unternehmen abhängig, das im Gegenzug keine Verpflichtungen hat. Versicherung im Krankheitsfall kann UBER egal sein und auch gewerkschaftliche Organisation geht bei formal Selbstständigen ins Leere. Und wenn mal etwas schief geht, kann das Unternehmen alle Verantwortung an die Fahrer*innen abwälzen. Trotz allem saht UBER kräftig ab.[9] Obwohl offiziell "nur" 25% des Fahrpreises als "Vermittlungsgebühr" abgeführt werden müssen, liegt der wahre Wert aufgrund der Abgabe der komplette Buchungsgebühr sowie des Bonus-Systems laut einer Studie von "ridester.com" mit bis zu 42,75% deutlich höher.[10]

So ersetzen maximal-prekarierte Scheinselbstständigkeits Normalarbeitsverhältnisse. Dies ist nicht zuletzt ein Angriff auf die im Zuge jahrhundertelanger Arbeiter*innen-Bewegungen erkämpften Erleichterungen des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses. Selbst wenn diese nur als vergleichsweise magere Errungenschaften auf dem Weg gesellschaftlicher Befreiung erscheinen, sollten ihre historischen Wirkungen nicht unterschätzt oder den Kapitalist*innen leichtfertig zum Fraß vorgeworfen werden. Insgesamt steht UBER für einen besorgniserregenden Trend in Bezug auf die Gestalt von Arbeitsverhältnissen, der immer mehr Branchen und Lebensbereiche umfasst. Beispiele hierfür sind u.a. Essenslieferdienste, wie „Lieferando“ (oder außerhalb der BRD „UberEats“), deren Fahrer*innen von den Unternehmen kaum mehr als die mit dem Logo versehenen Klamotten bekommen, oder „Wohnungsvermittlungsplattformen“, wie „airbnb“, die in Form von massenhaften Ferienwohnungsangeboten kommerzieller Unternehmen den Mietdruck in Großstädten maßgeblich erhöhen oder als Möglichkeit der privaten Vermietung den kapitalistischen Verwertungszwang in die Sphäre der Reproduktion verlängern. Auch UBER selbst setzt diese Form der Ausbeutung über die Beförderungsvermittlung hinaus ein. So werden Aufladung und Wartung der Scooter und Fahrräder von selbstständigen Auflader*innen übernommen. Sie holen mit ihren privaten Wagen die leeren oder kaputten Gefährte ab, richten sie wieder her und laden sie auf (im schlimmsten Fall auf ihre private Stromrechnung, wie beim UBER-Partner

tungsort in Hanau mit Farbe, Kleber und Stinkezeug ungemütlich gemacht. 15.11.: In Geisenheim wird an der Rückseite eines Bürogebäudes der Firma Ferrostaal Feuer gelegt. Das Kommando Hêlîn Qereçox /Anna Campbell betont das Die Firma in Kooperation mit Rheinmetall an der Produktion von zahlreichen Rüstungsgütern beteiligt ist, welches in nahezu allen aktuellen Kriegsgebieten eingesetzt wird. Wir glauben dass auch nur eine einzige Waffe, eine einzige Kugel weniger in den Händen Erdogans alles Wert ist. Es ist der Preis des Lebens. Was ist dein Preis? 16.11. In Rostock

LIME) und das Unternehmen stellt höchstens das (Spezial-) Werkzeug.

Vulgär-marxistisch interpretiert, bedeutet diese Entwicklung nichts anderes, als dass die Lohnarbeitenden zur Erwirtschaftung des Mehrwertes von den sie ausbeutenden Kapitalist*innen nicht mal mehr die Produktionsmittel gestellt bekommen, sondern diese selbstständig und auf eigene Kosten in den kapitalistischen „Wertschöpfungsprozess“ einzubringen haben. Ob solche Jobplattformen jedoch in der Lage sind, zur bestimmenden Form der Arbeitsverhältnisse in einer digitalisierten Ökonomie zu werden, darf momentan noch bezweifelt werden. Allerdings trägt die Gig-Economy des Plattform-Kapitalismus entscheidend zu einer umfassenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und der Existenzbedingungen derer bei, die auf dem „regulären“ Arbeitsmarkt ohnehin systematisch ausgegrenzt werden. Statt schlecht bezahltem Minijob heißt es in Zukunft wohl vermehrt Scheinselbstständigkeit in Abhängigkeit von Angebotsplattformen. Ein „Engagement“ in der Gig-Economy erfolgt trotz der vollmundigen Versprechungen der Unternehmen oftmals nicht freiwillig, sondern bei einem Großteil massivem wirtschaftlichen oder sozialen Druck geschuldet. Auch die angepriesenen „flexiblen“ Arbeitsverhältnisse sind aus Sicht der von ihnen Betroffenen wohl eher blanker Hohn, da nur ein geringer Anteil die versprochene „Unabhängigkeit“ tatsächlich erlebt.[11]

Und obwohl den Unternehmen bereits jetzt massenhaft billig auszubeutende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wirken die Angebote des Plattform-Kapitalismus als eigener Nachschublieferrant. Dies zeigt sich am Einfluss von UBER auf das reguläre Taxigewerbe. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, wie Preisbindungen, die UBER aufgrund der Geschäftsstruktur umgeht, können viele der zumeist kleinen Taxi-Unternehmen nicht mit den Preisen von UBER konkurrieren. Das Preisdumping sowie die „Geiz-ist-geil“-Mentalität der Kund*innen führt über kurz oder lang zum Verlust von Arbeitsplätzen im Taxigewerbe und damit zu neuen potentiellen UBER-Fahrer*innen.

Schlussfolgerung: Gig Economy? – Fuck U(ber)!

Der Widerstand gegen UBER geht über die Sabotage des einzelnen Unternehmens hinaus. Er ist zugleich eine Kampfansage an jegliche Form des neuen Plattform-Kapitalismus. Wir schädigen UBER, doch Angst sollten alle haben, die daran arbeiten, uns und unsere Kolleg*innen und Gefährt*innen mit neuen Lohnarbeitsverhältnissen noch weiter für ihren Profit auszupressen. Es gab bereits einige erfolgreiche Interventionen in diesen neuen Ausbeutungsbereich. Beispiele hierfür sind der Kampf der syndikalistischen Basisgewerkschaft „Deliverunion“

der Essenslieferant*innen für bessere Arbeitsbedingungen [12] oder der internationale Kampf gegen „airbnb“ und Konsorten, der zunehmend in Form von gezielten Sabotage-Akten geführt wird [13]. Auch der Widerstand der Beschäftigten im Taxi-Gewerbe und ihrer Gewerkschaften weltweit gehört gewissermaßen dazu, da er gegen die Zerstörung des Sektors durch UBER und die den damit verbundenen Verlust selbst minimaler Arbeitnehmer*innen-Rechte gerichtet ist.[14] All diesen Kämpfen gilt unsere Solidarität!

Wir haben jedoch den Weg der massenhaften Sabotage gewählt. Jedes zerstörte Bike und jeder zerstörte Roller kosten UBER Geld für die Instandsetzung und können zeitweilig nicht zur Profitmaximierung genutzt werden. Außerdem führt die Wahrnehmung kaputter Gefährte zu einem derben Imageschaden durch empörte Kund*innen, die wieder selber laufen oder Konkurrenzangebote wahrnehmen müssen. So haben sich in Berlin mit dem Start der Kampagne die Beschwerden über JUMP auf twitter gehäuft, sodass UBER auch potentiell interessierte Menschen abhandeln kommen. Doch kann einem weltweit operierenden Unternehmen überhaupt durch das Zerstechen von ein paar Reifen geschadet werden? Wie sehr sich UBER vor den Folgen einer erfolgreichen Massensabotage sorgt, zeigte sich bereits kurz nach dem öffentlichen Start unserer Kampagne. Es waren erst wenige Dutzend Bikes zerstört und schon malte die bürgerliche Presse ein Bild der Verwüstung an die Wand. Es war die Rede von „Linksextremen“, die „zur Beschädigung von Leihfarrädern“ aufriefen (Berliner Morgenpost) und E-Roller „zerstörerisch attackieren“ würden (Berliner Kurier).[15] Auch der UBER-Pressesprecher Oliver Klug sah sich zu einer Stellungnahme genötigt. Die Angst ist offenbar groß, dass eine solche Kampagne eine nicht mehr ordnungspolitisch kontrollierbare Dynamik entwickelt, wie bspw. bei den Autobrandstiftungen gegen Gentrifizierung und ihre Profiteur*innen Mitte der 00er Jahre in Berlin. Außerdem ist die Zeit momentan günstig für einen konzentrierten Angriff auf UBER. Zum Einen hat das Unternehmen gerade massive Probleme, sein Beförderungsvermittlungs-Angebot UBER X in der Bundesrepublik rechtssicher zu gestalten. So drohen u.a. nach einer einstweiligen Verfügung des Kölner Landgerichts im Herbst Verbote und damit massive Umsatzeinbußen im Kerngeschäft.[16] Zum Anderen stehen gerüchteweise nicht die notwendigen Kapazitäten zur Einlagerung der ganzen Gefährte über den Winter zur Verfügung. Es ist davon auszugehen, dass bei gleichzeitigem Rückgang der Nutzung die Wartungsintervalle vergrößert werden. Die zerstörten Bikes und Scooter werden somit über einen langen Zeitraum eindrucksvolle Mahnmale unseres Zorns in den Straßen abgeben, wodurch der Gesamtschaden

werden 32 Neuwagen mit Farbe beschmiert. 16.11.: Bei einem Vortrag in Albstadt wird der SUV von Andreas Kalbitz eingeschneppert. November: In München werden in Solidarität mit den Revoltierenden in Chile Ticketautomaten abgefackelt und das chilenische Konsulat mit Farbe beschmissen. 17.11.: In Berlin brennt ein Wagen des Knast-Schlösser-Bauers Kone. Solidarität mit Thunfisch! 17.11.: In Borna fliegt wohl schon zum elften Mal ein Gullydeckel durch die Scheiben des örtlichen AfD-Büros. 19.11.: In München brennt ein Sendemast. Der verursachte Schaden beläuft sich wohl

am Ende der kalten Jahreszeit nur unter großen finanziellen Aufwendungen zu beheben sein wird.

UBER plätten – Aber wie?

Das namensgebende Plätten, also das Zerstechen der Reifen der Fahrräder, ist sicherlich eine einfache und schnelle Möglichkeit, die Dinger aus dem Verkehr zu ziehen. Versucht dabei unbedingt Spuren zu vermeiden, indem ihr bspw. Handschuhe tragt und eher unauffällige Werkzeuge benutzt. Auch Kameras, Bullen- oder Ordnungsamt-Streifen sowie Aktivbürger*innen solltet ihr beim nächtlichen Entfernen der luftigen Reifenfüllung im Blick haben. Da so ein Reifen jedoch schnell geflickt ist, sind auch Formen der nachhaltigeren Zerstörung dankbar, z.B. in Form des Durchtrennens einiger Speichen (ein guter Bolzenschneider wirkt Wunder). Allerdings wäre es nett, dennoch die Reifen zu zerstechen, damit nicht irgendjemand auf die Idee kommt, das Bike noch zu fahren und einen Unfall baut. Außerdem bieten die einfarbig roten Gestelle viel Platz, um Botschaften gegen UBER oder die Nutzer*innen anzubringen und so die Gefährte zu Autonomen (Anti-)Werbeträgern umzufunktionieren.

Etwas schwieriger gestaltet sich die Sabotage der JUMP-Scooter, da diese über Hartgummireifen verfügen. Um sie aus dem Verkehr zu ziehen, bietet es sich an, die QR-Codes vorne am Lenker und hinten an der Radverkleidung unleserlich zu machen, z.B. durch penetrante Sprühfarbe, und gleichzeitig das kleine Display am Lenker zu zerstören (ein großer Stein reicht). So können sie nicht mehr benutzt werden.

Das sind nur einige Anregungen für mögliche Sabotagen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.[17] Auch als Street-Art lassen sich die Fahrräder und Roller nutzen, indem sie in Bäume gehängt, auf Bus-Häuschen gestellt oder zu riesigen Skulpturen verkeilt werden. Doch bei allem Aktionismus bitte immer schön an die Umwelt denken, nicht wahr! In diesem Zusammenhang sind wir besonders am Erfahrungsaustausch zur "proletarischen Aneignung" der Gefährte (oder ihrer Komponenten) interessiert. Denn statt der kompletten Zerstörung wäre es uns auch lieber, eher die Sicherheitssperren zu cracken und die Fahrräder und Roller zur kostenlosen Verfügung für alle in die Stadt zu stellen oder die teuren Batterien in eigene Fahrradprojekte zum kollektiven Gebrauch einzubauen. Leider scheint es, als ob entsprechende Ansätze und Methoden aus den USA, die dort in zahlreichen Internet-Videos kursieren, nicht ganz umstandslos auf Europa übertragen werden können, da UBER die digitalen wie vor allem die realen Sicherungssysteme angepasst zu haben scheint. Wer Bock hat, aktiv zu werden, aber gerade nicht weiß, wo das nächste Zielobjekt steht; auf

folgender Karte sind immer aktuell die Standorte der Bikes verzeichnet (nur mit Tor benutzen!): multicycles.org

Be your own UBERfallkommando!

Es bleibt dabei; wir lassen uns nicht verarschen. Angebote wie JUMP von UBER sind kein Beitrag zu einer ökologischen Mobilitätswende. Stattdessen erleichtern sie nur das Leben von einigen wenigen privilegierten Nutzer*innen, denen sie Fußwege abnehmen. Solche Angebote dienen lediglich dazu, weitere Felder des täglichen Lebens der kapitalistischen Verwertung zu unterwerfen, sodass Großunternehmen ihre Profite und Datenbanken vergrößern können. Das geschieht auf dem Rücken aller, die solche Angebote nicht nutzen wollen. Doch UBER steht nicht nur für eine zunehmende Kapitalisierung des öffentlichen Raums. Das Unternehmen ist sowohl im Kernbereich der Beförderungsvermittlung per App sowie bei der Wartung seiner Gefährte Vorreiter einer sich verschärfenden kapitalistischen Ausbeutungslogik in Form der Gig-Ökonomie des Plattform-Kapitalismus. Die an das Unternehmen gebundenen Arbeiter*innen bleiben trotz der formalen Selbstständigkeit von den Aufträgen der Vermittlungsplattformen abhängig, wobei sich UBER von jeglicher Verantwortung ihnen gegenüber befreit hat. Diesen Entwicklungen gilt es gemeinsam einen Riegel vorzuschieben. UBER plätten! – In Berlin und überall.

VERWEISE (Die Anmerkungen dienen der allgemeinen Dokumentation und spiegeln größtenteils nicht unsere Präferenzen der Informationsgewinnung wider. Doch manchmal lassen sich auch Mitteilungen des politischen Gegners in unserem Sinne nutzen.)

[1] Um der allgemeinen Verwirrung entgegen zu wirken, bezeichnen wir die kleinen Gefährte ohne Sitz und ohne Führerschein-Zwang als Scooter. Die anderen sind E-Roller.

[2] Link zum Abstract der Studie: 6-t.co/trottinettes-free-floating

[3] Zur UBER-App als Datenstaubsauger: <https://www.fr.de/wirtschaft/wozu-braucht-uber-ganzen-daten-11207344.html>

[4] de.indymedia.org/node/36572

[5] <https://www.bundestag.de/resource/blob/656430/300cac802d6ddc2a29c639054a991cea/E-Scooter-data.pdf>

[6] Bericht der "taz" zu den Arbeitsbedingungen der Auflader*innen

unterschiedlicher Unternehmen in Berlin:

<https://taz.de/E-Scooter-in-Berlin!/5605912/>

[7] <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/das-ziel-sind-90-milliarden-dollar-uber-will-an-die-boerse-und-steht-global-in-der-kritik/24319408.html>

auf 250.000 Euro. **21.11:** Zwei Rechte kriegen in Göttingen Schläge. **21.11.:** In Frankfurt wird das russische Konsulat mit kurdischen Farben beschmiert und der Spruch "war starts here" hinterlassen. **22.11.:** In Leipzig wird eine Fascho-Karre demoliert. **22.11.:** 50.000 Euro Schaden entstehen beim Anzünden eines Transporters von Hentschke Bau in Dresden. **25.11.:** Anlässlich des Besuches von Ex-Innenminister Thomas de Maiziere in Göttingen wird die Ausländerbehörde angezündet und erheblich beschädigt. **27.11.:** Ein Postomat in Basel brennt in Solidarität mit den Aufständen weltweit.

[8] <https://money.cnn.com/2018/04/30/technology/uber-driver-sexual-assault/index.html>

[9] Einige Einblicke in das undurchdringliche Prämiensystem, mit dem UBER die Gewinne der Fahrer*innen systematisch beschneidet:

<https://www.taxi-times.com/ein-uber-partner-packt-aus/>

[10] <https://www.ridester.com/uber-fees/>

[11] Einen Einblick in die Einschätzung von „Gig-Jobber“ zu ihren Beschäftigungsverhältnissen liefert der Report des (wirtschaftsnahen und ultra-neoliberalen) „McKinsey Global Institute“ zu „Independent Work: Choice, Necessity and the Gig Economy“:

<https://www.mckinsey.com/~media/McKinsey/Featured%20Insights/Employment%20and%20Growth/Independent%20work%20Choice%20necessity%20and%20the%20gig%20economy/Independent-Work-Choice-necessity-and-the-gig-economy-Full-report.ashx>

[12] <https://deliverunion.fau.org/>

[13] Action-Video gegen „airbnb“ im Rahmen der „Tumal Wat“-Aktionstage in Berlin im September 2019:

www.youtube.com/watch?v=CJv2PTcDGrw

[14] Bericht des öffentlich-rechtlichen „Rundfunks Berlin Brandenburg“ zum

Taxistreik gegen UBER und Co. im April 2019:

<https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2019/04/taxiverkehr-soll-mittags-zum-erliegen-kommen.html>

[15] Links und Texte gesammelt zu finden auf unserem Blog: <https://uberplaetten.blackblogs.org/reaktionen/>

[16] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Taxi-vs-Uber-Koelner-Landgericht-verbietet-Uber-X-4566783.html>

[17] Auch „Greta und Kenny“ haben hierzu einige Ideen: <https://emrawi.org/?Greta-und-Kenny-schlagen-zuruck-401>

anonym

direct action for future

[get prepared]

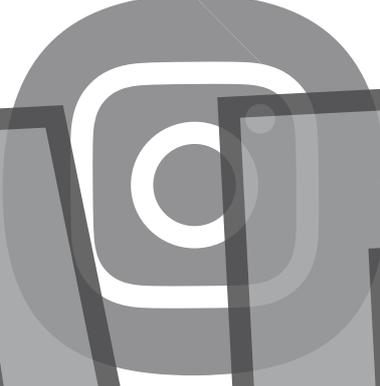
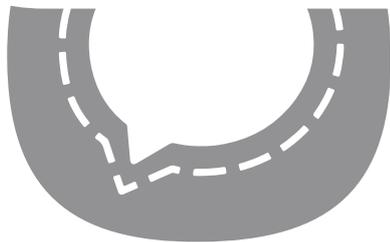


27.11.: Als feurige Begrüßung für die neue Regierung brennen in Athen ein Parteibüro der Nea Demokratia und ein Büro der Post. 27.11.: Als Zulieferer der türkischen Armee wird in Zürich eine Mercedes Geschäftsstelle mit Steinen und Farbe angegangen. 27.11.: In Exarchia werden ein MAT-Bus Und DIAS Motorrad Bullen angegriffen und vertrieben. 27.11.: In Wuppertal brennt ein Auto der Firma Spie. Dieses Feuer in der Nacht wollen wir allen inhaftierten Gefährten widmen. 28.11.: In München wird ein Strabag Auto geplättet.

**All
Chats**

Are

Bescheuert



AMAZON

10 Jahre Autonomes Blättchen

